



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Argumentative Strategien rechtspopulistischer Diskurse
im Bericht der Historikerkommission der Freiheitlichen
Partei Österreichs“

verfasst von / submitted by

Joel Till, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Bertrand Perz

*"Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah.
Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon."*

- Max Mannheimer

Abstract

Die vorliegende Arbeit untersucht den Bericht der Historikerkommission der Freiheitlichen Partei Österreichs nach den im rechtspopulistischen Diskurs üblichen argumentativen Strategien. Im Zentrum steht die Frage, inwiefern die Beiträge im Bericht der Historikerkommission den wissenschaftlichen Standards entsprechen und inwiefern der Bericht in seiner Gesamtheit dazu tendiert, sich als Parteipublikation zu klassifizieren, die opportunistische politische Interessen verfolgt. In diesem Sinne werden diskursive Strategien, ausgrenzende Argumentationen, Relativierung von Fakten und geschichtsrevisionistische Tendenzen sichtbar gemacht. Die an den Diskurshistorischen Ansatz der Kritischen Diskursanalyse angelehnte Untersuchung der argumentativen Strategien im rechtspopulistischen Diskurs wird von einem historischen Kontext zur Parteigeschichte des sogenannten „Dritten Lagers“ begleitet. Der historische Abriss setzt im frühen 19. Jahrhundert an und endet mit 2020.

This thesis analyses the Report of the Historians Committee of the Freedom Party Austria based on for right-wing-populism typical argumentative strategies. The main question is to what extend the articles in the Report of the Historians Committee correspond to scientific standards and if the report in its entirety can be classified as a mere party publication that pursues opportunistic political interests. By an in-depth analysis of discursive strategies, marginalising reasoning, relativization of facts the thesis shows the reports tendencies to historical revisionism. The discourse historical approach of the critical discourse analysis of argumentative strategies in right-wing populist discourse is complemented by a historical context of nationalist developments. The historical context sheds light on the period from the early 19th century until 2020.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	6
1.1. Fragestellung und Zielsetzungen der Arbeit.....	9
1.2. Methodik und theoretischer Rahmen der Arbeit	11
1.3. Forschungsstand und Materiallage	20
1.4. Begriffsdefinitionen.....	23
1.4.1. Ideologie	23
1.4.2. Rechtsextremismus.....	25
1.4.3. Rechtspopulismus.....	28
1.4.4. „Drittes Lager“	31
2. Historischer Kontext und Hintergründe.....	36
2.1. Frühgeschichte der „nationalen“ Parteien in Österreich.....	39
2.2. „Entnazifizierung“ und der Verband der Unabhängigen.....	45
2.3. Die Freiheitliche Partei Österreichs.....	52
3. Zum Bericht der Historikerkommission der FPÖ.....	62
3.1. Quellenbeschreibung und Zusammenfassung	62
3.2. Analysekriterien und Kontextanalyse.....	63
3.3. Mitglieder der Kommission.....	67
4. Analyse argumentativer Strategien im Bericht der Historikerkommission	76
4.1. Vorworte	76
4.2. Zur Einbegleitung	80
4.3. Zur Geschichte von VDU und FPÖ.....	83
4.4. Zur Dogmengeschichte von VdU und FPÖ.....	98
4.5. Das Zivilgesellschaftliche Umfeld – die Korporationen	106
4.6. Materialien.....	110
4.7. Zusammenfassung und Nachbemerkung.....	130
4.8. Quantitative Aspekte des „Berichts der Historikerkommission“	135
5. Schlussbetrachtungen und Ausblick	138
6. Quellen- und Literaturverzeichnis	142
7. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	146

1. Einleitung

In der Folge der Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017 bildete die *Österreichische Volkspartei* (ÖVP) mit der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) eine Koalition. Damit war mit der FPÖ, der Nachfolgepartei des *Verbands der Unabhängigen* (VdU), eine im rechtsäußeren Eck befindliche, jedoch demokratisch legitimierte Partei in der Regierungsverantwortung. Die FPÖ beschloss im Zuge der sogenannten „Liederbuchaffäre“ um Udo Landbauer, sich mit ihrer Parteigeschichte auseinanderzusetzen, nachdem sie sich mit breiter Kritik an mangelnder Vergangenheitsbewältigung konfrontiert sah. Im Februar 2018 wurde die Einsetzung einer Historikerkommission beschlossen, nach einigen Verzögerungen wurde die finale Version Ende Dezember 2019 publiziert. Die Kommission setzte sich zu einem großen Teil aus Personen mit einer Parteimitgliedschaft der FPÖ oder einer Nähe zur FPÖ bzw. zu rechten Ideologien zusammen und sollte sich mit der eigenen Geschichte, der Haltung zur NS-Vergangenheit und sogenannten „braunen Flecken“ in der Partei auseinandersetzen. Eine konkretere Beschreibung der Genese des Historikerberichts findet sich im dritten Kapitel „Zum Bericht der Historikerkommission der FPÖ“.

Diese Arbeit befasst sich mit der Geschichte der FPÖ und untersucht die im sogenannten „Dritten Lager“ entstandenen Vergangenheitsdarstellungen und die damit vermittelten ideologischen Vorstellungen. Nach den Ansätzen der Diskursforschung werden argumentative Strategien im *Bericht der Historikerkommission* aufgezeigt, analysiert und zu bewertet, um festzustellen, ob es solche sind, die im rechtspopulistischen Diskurs üblich sind.

Vergangenheitsdarstellungen verhalten sich nicht unbedingt stringent, wandeln sich und passen sich den politischen Gegebenheiten sowie den Fragen der Zeit an, können in den Hintergrund rücken oder wieder ausgegraben werden. Dennoch ist allgemein hin nicht nur von einer Wandlung von Ideologien auszugehen, vor allem nicht, wenn diese und die historische Selbstverortung einem politischen Spektrum entstammen, das tendenziell national-konservative oder auch vereinzelt reaktionäre Werte in sich vereint. Seit der Gründung des VdU im Jahre 1949 haben sich die ideologischen Positionierungen im deutschnationalen politischen Spektrum alles andere als statisch erwiesen.

Die Entwicklung der FPÖ kann, angelehnt an Kurt Richard Luther, vereinfachend in sechs Perioden eingeteilt werden. Im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz war sie u.a. wegen ihrer rechtsnationalen Gesinnung eine vom politischen Geschehen weitgehend ausgeschlossene „Ghettopartei“. Dieser Periode folgte eine „Normalisierungsphase“ (von der Mitte der 60er bis in die Mitte der 70er Jahre), in der der damalige Bundesparteiobmann Friedrich Peter versuchte, die Partei aus ihrer Isolation herauszuführen. Der Erfolg seiner Bemühungen wurde ab Mitte der 70er Jahre („Periode der Akzeptanz“) immer deutlicher (z.B. Mitgliedschaft in der Liberalen Internationalen ab 1979) und gipfelte 1983 bis 1986 in der erstmaligen FPÖ-Beteiligung an der Bundesregierung mit dem liberalen Bundesparteiobmann Norbert Steger. Die vierte Periode fällt zeitlich mit der Obmannschaft Jörg Haiders (ab September 1986) zusammen und kann als Phase des „populistischen Protests“ charakterisiert werden.¹ In der fünften Phase kam es 2000 zur neuerlichen Regierungsbeteiligung der FPÖ gemeinsam mit der ÖVP. Nach den Neuwahlen im Zuge des außerordentlichen Parteitags in Knittelfeld blieb die FPÖ – wenn auch geschwächt – in einer Koalition mit der ÖVP. In der Spätphase der Koalition setzte die ÖVP die Regierung mit dem BZÖ fort. Die Periode – die bis heute andauert – kann als sechste klassifiziert werden. Unter Heinz-Christian Strache stieg die FPÖ nach der Spaltung in der Opposition auf, um erneut – wenn auch nur vorübergehend – im Jahr 2017 Teil der Regierung zu werden. 2019 platzte die Koalition. Mit dem heutigen Tage ist die Partei erneut gespalten, wenn auch vorerst nur auf der Landesebene Wiens. Die Phase ist zunächst von Konsolidierung gekennzeichnet – neuerdings jedoch von politischem Bedeutungsverlust.

Die ideologische Entwicklung der FPÖ reichte vom Liberalismus bis hin zum Rechtsextremismus. Ab der Machtübernahme Haiders erstarkten rechtsextreme Ansichten, diese Entwicklung ist bis heute zu beobachten. Nach Willibald I. Holzer sind zentrale Punkte rechtsextremen Gedankenguts die Konstruktion einer Volksgemeinschaft, Kritik an der Demokratie, die Forderung nach einem starken Staat, integraler Nationalismus, der Bezug auf ein nationales Geschichtsbild, die Erschaffung von Sündenböcken und Feindbildern sowie aggressiv-autoritäre Denk- und Verhaltensmuster.^{2 3} Inwiefern die aufgezählten Punkte auf die heutige FPÖ zutreffen und in wel-

¹ Luther, Kurt Richard: Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung. Nazi-vergangenheit, Antisemitismus und Holocaust im Schrifttum der Freiheitlichen Partei Österreichs, 138f.

² Reinfeldt, Sebastian: Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, 35

³ Feindbilder sind unter anderem: „Altparteien“, die Sozialdemokratie allgemein, Linke, Liberale, Antifaschist_innen, Wissenschaftler_innen, kritische NGOs, Künstler_innen, Intellektuelle, Medien, Arbeitslose und „So-

cher Intensität diese im *Bericht der Historikerkommission* vorkommen, soll mitunter in dieser Arbeit evaluiert werden.

zialschmarotzer_innen“, Gastarbeiter_innen, sowie Ausländer_innen, vgl. dazu: Holzer, Willibald I.: Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 12-96

1.1. Fragestellung und Zielsetzungen der Arbeit

Der *Bericht der Historikerkommission* erhebt – zusammengefasst – den Anspruch, die Parteigeschichte aufgearbeitet und die problematischen Bezüge zur NS-Zeit reflektiert zu haben. Dem Vorwort Christian Hafeneckers ist zu entnehmen, der Bericht sei „eine einzigartige Dokumentation freiheitlicher Parteigeschichte auf höchstem wissenschaftlichen Niveau, mit gebotener Sachlichkeit, Objektivität und Reflexion (...)“.⁴ Die Publikation erweckt auf den ersten Blick durchaus den Eindruck, nach akademischen Kriterien verfasst worden zu sein. Ob die FPÖ diesem Anspruch mit dem *Bericht der Historikerkommission* gerecht wird, soll mithilfe dieser Arbeit beantwortet werden. Diese Arbeit untersucht dabei den *Bericht der Historikerkommission* auf ihre argumentativen Strategien und versucht, historische Unschärfen sichtbar zu machen. Dazu werden nach Ruth Wodak Topoi definiert, die bei der Analyse des Berichts als Hilfsmittel dienen.

Zudem sollen folgende Fragen beantwortet werden: Wie häufig kommt es zur Verwendung von diskursiven Strategien? Finden sich im *Bericht der Historikerkommission* ausgrenzende Argumentationsmuster, politische Voreingenommenheit sowie Relativierung und Tendenzen zum Geschichtsrevisionismus?

Ursprünglich war im Zuge der Masterarbeit eine Analyse der Vergangenheitsdarstellung anhand aller Jubiläumsschriften der *Freiheitlichen Partei Österreichs* mithilfe des diskursanalytischen Ansatzes angedacht. Hierzu gehören folgende Publikationen:

- 1) 25 Jahre FPÖ. Freiheitliches Bildungswerk – Politische Akademie der FPÖ, Wien 1981
- 2) Perspektive Freiheit. Beitrag des Dritten Lagers und der FPÖ zur Geschichte Österreichs. Freiheitliches Bildungswerk, Wien 1992
- 3) 40 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs. Freiheitliches Bildungswerk, Wien 1996
- 4) 50 Jahre FPÖ. Freiheitliche Akademie, Wien 2009

⁴ Freiheitliches Bildungsinstitut: Bericht der Historikerkommission. Analyse und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers, 7

5) 60 Jahre FPÖ. Österreich zuerst (1956-2016). FPÖ-Bildungsinstitut, Wien 2016

6) Res Publica. Österreichs Freiheitliche und ihre Republik. Freiheitliches Bildungsinstitut, Wien 2018

Als im Jänner 2020 der lang erwartete *Bericht der Historikerkommission* veröffentlicht wurde, stellte sich die Frage, entweder diese Quelle in den bisher vorhandenen Quellenkorpus aufzunehmen, sie in einem späteren Projekt zu behandeln oder diese selbst in den Mittelpunkt meiner Forschungsbestrebung zu stellen. Ich entschied mich aus mehreren Gründen für letzteres, wobei vor allem die innenpolitischen Umwälzungen in Österreich der Jahre 2019 und 2020 sowie die Aktualität der Quelle die bedeutendsten Gründe waren.

Zunächst sollen – um potenzielle Unschärfen und Missverständnisse vorsorglich aus dem Weg zu räumen – zentrale Begriffe, auf die unweigerlich bei der Befassung mit der Geschichte des rechten politischen Spektrums in Österreich gestoßen wird, definiert werden. Im Zentrum dieser Definitionen stehen dabei die Begriffe „Ideologie“, „Rechtsextremismus“, „Rechtspopulismus“ und die umstrittene Klassifizierung bzw. Begrifflichkeit des „Dritten Lagers“. Nachdem die zuvor genannten Begriffe entsprechend aufgearbeitet sind, wird im Kapitel „Historischer Kontext und Hintergründe“ die Geschichte des VdU sowie der FPÖ dargestellt bzw. analysiert, damit eine kontextualisierte Basis – die unabdingbar für das Befassen mit dem *Bericht der Historikerkommission* ist – vorhanden ist. Das ebengenannte Kapitel hat das Ziel, ideologische Strömungen innerhalb der Partei offenzulegen und gegebenenfalls konservative bis reaktionäre politische Überlegungen in einen historischen Kontext einzubetten. In diesem Sinne ist es naheliegend, personelle und institutionelle Zusammenhänge sowie Programmatiken und realpolitische Handlungen ins Auge zu fassen. Daraufhin folgt die Bearbeitung der Quelle nach der im nächsten Kapitel beschriebenen Methodenwerkzeuge der Diskursanalyse, um die obig formulierten Fragen resümierend zu beantworten.

1.2. Methodik und theoretischer Rahmen der Arbeit

Zur Bearbeitung der im vorigen Abschnitt formulierten Forschungsfragen wird an folgender Stelle der methodische Zugang dieser Arbeit dargestellt. Die im Fokus des Interesses stehende Quelle nennt sich „Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ“ und wurde in der Version vom 8. Jänner 2020 von der Homepage des *Freiheitlichen Bildungsinstituts*⁵ bezogen. Weitere Informationen zur Quelle finden sich im nächsten Kapitel. Die als *Historikerbericht* verkürzte bzw. populärsprachlich bezeichnete Publikation kann mit ihren fast 700 Seiten als recht umfangreich bezeichnet werden. Aus diesem Grund stellte es mich vor einigen Schwierigkeiten, die passende Methode und Herangehensweise für ein Projekt mit diesem Ausmaß zu finden und gleichzeitig den Rahmen einer Masterarbeit nicht übermäßig zu sprengen. Ursprünglich kamen diverse unterschiedliche Methoden in Frage, wie etwa die Historische Diskursanalyse nach Achim Landwehr⁶. Da ich mich jedoch auf eine Quelle beschränkt habe, beziehe ich mich auf den Diskurshistorischen Ansatz der Kritischen Diskursanalyse. In diesem Sinne befasste ich mich nach dem Vorbild Ruth Wodaks mit der Analyse argumentativer Strategien und definiere sogenannter Topoi. Laut Wodak dienen diese:

„vor allem dazu, die jeweilige (positive oder negative) Charakterisierung von spezifischen Personen bzw. Gruppen von Personen zu rechtfertigen und zu legitimieren. Als Topoi bezeichnen wir inhaltsbezogene Schlussfolgerungsregeln, die ein oder mehrere Argumente mit einer inhaltsbezogenen Schlussfolgerung verknüpfen.“⁷

Ruth Wodak bezeichnet die folgenden Topoi im rechtspopulistischen Diskurs als besonders wichtig:

⁵ vgl. dazu: Bericht der Historikerkommission, Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.), <<https://www.fbi-politikschule.at/details/artikel/bericht-der-historikerkommission/>>, abgerufen am 02.10.2020

⁶ vgl. dazu: Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse

⁷ Wodak, Ruth: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, 68

Topos	Beschreibung
Topos des Volkes	Wenn das Volk eine Handlung will/nicht will, dann soll diese Handlung erfolgen/nicht erfolgen.
Topos von Recht und Ordnung	Wenn ich/wir die Macht habe/n, dann garantiere/n ich/wir für Recht und Ordnung.
Topos der Kultur	Weil die Kultur einer bestimmten Gruppe von Leuten ist, wie sie ist, entstehen spezifische Probleme in spezifischen Situationen.
Topos der Belastung	Wenn eine Person, eine Institution oder ein „Land“ durch spezifische Probleme belastet wird, dann sollten Maßnahmen ergriffen werden, um diese Belastung zu verringern.
Topos der Gefahr/Bedrohung	Wenn eine Gefahr besteht oder naht, dann muss man sich wehren und ihre Ursachen bekämpfen.
Topos des Retters	Wenn ein „Volk“, ein „Land“ oder eine Institution in Not ist, dann wird eine bestimmte Person auftauchen und dieses „Volk“, „Land“ oder diese Institution retten.
Topos der demokratischen Mitbestimmung	Wenn ich/wir die Macht habe/n, dann wird das Volk demokratisch mitbestimmen.
Topos des Nutzens	Wenn eine bestimmte Handlung aus einer spezifischen Sicht als nützlich erscheint, dann sollte sie durchgeführt werden.
Topos der Geschichte	Wenn eine Handlung in der Vergangenheit einer Person oder einem „Land“ gedient/geschadet hat, dann wird es sich in der Gegenwart oder Zukunft ähnlich verhalten.

Tabelle 1: Wichtige Topoi im rechtspopulistischen Diskurs in Anlehnung an Wodak⁸

⁸ vgl. dazu: Wodak: Politik mit der Angst, 69

Meines Erachtens kommt es bei der Topoi-Analyse zu folgenden Schwierigkeiten bzw. müssen folgende Überlegungen mitbedacht werden: Topoi kommen keineswegs immer singulär vor, sie verknüpfen sich miteinander, sind stellenweise schwer zuzuordnen oder überhaupt auszumachen. Bei vielen als Topoi definierten Formulierungen ist die dahinterstehende Schlussfolgerung nur im Kontext des Textes zu erkennen. Was mit einer Aussage ohne Schlussfolgerung strategisch argumentiert wird, muss in unklaren Fällen durch die politische Agitation der Partei bzw. ihrer ideologischen Positionierung verknüpft werden.

Im Folgenden wird kurz und beispielhaft die Herangehensweise Wodaks erläutert. Sie befasst sich etwa in ihrem Werk „Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse“ mit der „Leugnung von Rassismus“ und definiert die folgenden Typologien zum Zwecke allgemeiner Verteidigungs- und Rechtfertigungsstrategien von Politiker_innen⁹, die im öffentlichen Diskurs stehen. Etwa bei der Strategie der Handlungsleugnung wird darauf bestanden, dass Aussagen nicht getätigt und Handlungen nicht begangen wurden; bei der Kontrollleugnung wird der Aussage die Absicht abgesprochen bzw. darauf hingewiesen, dass es sich um ein Missgeschick gehandelt habe. Des Weiteren spricht Wodak von der Absichtsleugnung – Aussagen seien nach dieser nicht so gemeint gewesen oder falsch verstanden worden. Bei der Zielleugnung wird defensiv behauptet, die Aussage sei aus dem Kontext gerissen worden. Hinzu kommen Strategien, die Aussagen abschwächen, herunterspielen, minimieren oder eigene negative Handlungen beschönigen.¹⁰

Um diese Rechtfertigungsstrategien (im Allgemeinen und nicht nur auf ausgrenzende Rhetorik bezogen) in der vorliegenden Analyse nicht außen vor zu lassen und dennoch argumentative Strategien mit demselben Methodenwerkzeug analysieren zu können, habe ich zusätzliche Topoi definiert, die folgendermaßen lauten:

⁹ Ich verwende in dieser Arbeit den Gendergap, um die Ungleichbehandlung der Geschlechter zu versinnbildlichen. Den unterrepräsentierten Geschlechtern zwischen der oftmals verwendeten binären Darstellung soll dadurch mehr Sichtbarkeit zukommen.

¹⁰ Wodak: Politik mit der Angst, 73

Topos	Beschreibung
Topos der Verschleierung	Wenn es sich politisch/strategisch anbietet, relativiere/n ich/wir gegen Erwiesenes oder bediene/n ich mich/wir uns der Unwahrheit.
Topos der Schuldzuweisung/Schuldabweisung	Wenn ich/wir Stellung nehme/n, zeige/n ich/wir auf andere Parteien, Institutionen, Gruppen etc.
Topos des Opfers	Wenn ich/wir mit einem Vorwurf konfrontiert werde/n, weise/n ich/wir darauf hin, dass ich/wir ungerechtfertigt das Ziel von Angriffen anderer Parteien, Institutionen, Gruppen etc. sind.

Tabelle 2: Weitere Topoi des rechtspopulistischen Diskurses, eigene Darstellung

Der diskurshistorische Ansatz der Kritischen Diskursanalyse beruht auf der Diskurstheorie Michel Foucaults. Um Unschärfen zu vermeiden, bietet sich zunächst die Definition des Diskursbegriffes nach Landwehr an. Die Diskursanalyse geht davon aus, dass es keine Möglichkeit gibt, um hinter die Diskurse zu gelangen. Die Wirklichkeit ist nicht an sich fassbar, sondern immer nur für uns. Wissen und Wirklichkeit sind kulturell vermittelt, also geordnet und mit bestimmten Sinnmustern vordefiniert; Diskurse haben darin die Aufgabe, diese Wirklichkeit in einer historisch entzifferbaren Weise zur Verfügung zu stellen. Doch wie schaffen diese Diskurse Wirklichkeit? Zuerst sind Diskurse an Macht gekoppelt; in Permanenz kommt es zu sozialen und politischen Kämpfen, um die gültigen Versionen von Wirklichkeit festzusetzen. Es gilt demnach zusammenfassend festzuhalten, dass Macht auf der einen, und Wissen sowie Wirklichkeit auf der anderen Seite, untrennbar miteinander verbunden sind. Macht konstituiert immer Wissensformen, Diskurse bringen Wirklichkeiten hervor. Das Ziel der Diskursanalyse ist es – mithilfe hermeneutischer Verfahren – aufzuschlüsseln, welche Umstände dazu geführt haben, dass Erscheinungen als Wirklichkeit hervorgebracht wurden. Zu den wichtigsten Erkenntnisinteressen

gehört also die Frage, welche Aussagen zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort vorkommen, vor dem Hintergrund, warum gerade diese Aussagen und keine anderen beinhaltet sind.¹¹

Welche bedrohliche Energie von Diskursen ausgehen kann, etwa in der Form eines biologischen Rassismus, der im Wesentlichen ein Staatsrassismus ist, fasst Foucault zusammen:

„Der Staat, der in der Gegenhistorie der Rassen notwendigerweise unrecht und das Instrument der Rasse gegen eine andere war, wird nun zum Schützer der Integrität, Überlegenheit und Reinheit der Rasse. Die monistische, staatliche und biologische Idee der Reinheit der Rasse löst die Idee des Kampfes der Rassen ab. Sobald sich die Reinheit der Rasse an die Stelle des Kampfes der Rassen setzt, wird der Rassismus geboren, in dem sich die Wendung der Gegenhistorie in einen Staatsrassismus vollzieht.“¹²

Reinfeldt ergänzt:

„Den Nukleus des Rassendiskurses, den revolutionären Augenblick, den er der dominanten Historie entgegenhält, bildet sein Beharren auf der Entzweiung, die die Gesellschaft durchzieht und die zu ihrem Nicht-Abgeschlossen-Sein führt. Statt sie heilen zu wollen, intensiviert der Rassenkampf-Diskurs die Distanz zwischen den gegenüberliegenden Polen.“¹³

Wie auch Landwehr anmerkt, ist mir bewusst, dass das Vorhaben, den diskursiven Fundamenten sozial konstruierter Wirklichkeiten nachzugehen, auch selbst die Produktion eines Diskurses nach sich zieht. Jeder Mensch, der mündlich, schriftlich oder auf welche Art auch immer etwas von sich gibt, ist an der Konstruktion von Wirklichkeit beteiligt – dazu gehören ebenso Personen, die sich auf wissenschaftlicher Ebene mit Diskursen befassen. Dennoch erleichtert sich der Zugang zu Diskursen durch ihre Historizität, auch wenn die Themen bzw. Fragen auch heute eine gesellschaftliche Relevanz aufweisen. Die historische Perspektive auf Diskurse macht Verschiebungen, Bruchstellen und Verwerfungen sichtbar bzw. deutlich.¹⁴

¹¹ Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse, 89f

¹² Foucault, Michel: Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte, 50

¹³ Reinfeldt: Nicht – wir und Die – da, 54

¹⁴ Landwehr: Historische Diskursanalyse, 95f

So viel zu den methodologischen Aspekten. Generell gibt es für Diskursanalysen keine umfassend gültige Methode, diese ist durch bestimmte Perspektiven und charakteristische Fragestellungen gekennzeichnet. Sie bringt also eine gewisse methodische Pluralität mit sich, die an folgender Stelle eingeschränkt werden soll. Bei der Themenfindung ist es essenziell, sich von vornherein auf thematische Zusammenhänge zu fokussieren, um dann einen zu untersuchenden Quellenkorpus zu bilden.¹⁵ Zunächst stellt sich – wie Landwehr vorschlägt – die Frage:

„Wo wird auf welche Weise und mit welchen Mitteln über etwas gesprochen, das den Anspruch erheben kann, der Sphäre des Wissens und der Wirklichkeit zuzugehören?“¹⁶

Nun gilt es einen Korpus zu schaffen, der Texte enthält, die über das gefragte Aufschluss geben können. Hierbei soll es um eine Wiederholung sowie die Gleichförmigkeit von ähnlich geschriebenen bzw. gesagtem gehen. Das ungleichzeitige (diachrone) geschriebene und die gleichzeitige (synchrone) Häufigkeit von Äußerungen begründet die Empirie der Diskursanalyse.¹⁷ Bei der Auswahl der analysierten Textteile begründen Überlegungen nach gewissen Themensträngen (innerhalb des *Berichts der Historikerkommission*) den finalen Quellenkorpus.

Nach Abschluss der Themenfindung und der Korpusbildung wird eine Kontextanalyse bzw. die Einbeziehung des historischen Kontexts durchgeführt. Dies ist vor allem relevant, um eine Vernachlässigung von Fragen nach der Macht zu vermeiden, denn gesellschaftliche, politische und institutionelle Machtverhältnisse spielen gerade bei der Diskursanalyse eine wichtige Rolle. Landwehr stellt hierzu wie folgt fest:

„Wenn man also betont, dass die Repräsentationen der sozialen Welt nicht nur deren Widerspiegelungen sind, sondern entscheidend zur Herstellung eben dieser sozialen Welt beitragen, dann kann der Umkehrschluss nicht lauten, alles darauf zu reduzieren und Fragen des Kontextes und der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit außer Acht zu lassen.“¹⁸

Innerhalb der Kontextanalyse ist es sinnvoll, vier Ebenen zu unterscheiden: dem situativen, medialen, institutionellen und historischen Kontext.

¹⁵ Landwehr: Historische Diskursanalyse, 97f

¹⁶ Ebd., 99

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd., 103

1. Der situative Kontext befasst sich mit Fragen, wer zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort was tut. Wie sieht der gesellschaftliche Hintergrund der Personen aus?
2. Der mediale Kontext beschäftigt sich mit der materiellen Verfassung der Quellen, ein Flyer hat zum Beispiel eine andere Aussagekraft als eine Festschrift.
3. Der institutionelle Kontext befasst sich mit den weiteren Umständen, die zur Produktion der Aussagen – etwa im Umfeld politischer Institutionen – geführt haben. Um welche Art von Institution handelt es sich hierbei, wer ist daran beteiligt und mit welchen Aufgaben ist diese Person bzw. sind diese Personen betraut?
4. Um die politische, gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Gesamtsituation in das erforschte einzubinden, stellt sich die Frage nach dem historischen Kontext. Hierbei müssen die erforderlichen Verbindungen zu parallelen Entwicklungen, Zuständen, Ereignissen und Prozessen hergestellt werden, um die gewählten Quellen auch einordnen zu können.¹⁹

Der nächste Schritt stellt eine Analyse der Aussagen bzw. der Texte dar. Nach Foucault sind Aussagen regelmäßig vorkommende und funktionstragende Bestandteile, die einen Diskurs formen. Die erste Frage stellt sich zum eigentlichen Thema – dem Gegenstand des Textes – sowie zur Textur, also der Organisation und Anordnung der einzelnen Teile in ihrer äußerlichen Erscheinungsform. Nachdem erste Erkenntnisse sichtbar werden, sollte der Text in einzelne Abschnitte eingeteilt werden, bzw. diese benannt werden, sofern diese nicht schon vorhanden sind. Hierbei liegt ein besonderes Augenmerk auf Einleitung, Schluss und Übergänge zwischen den Abschnitten sowie der Verfasser_innen. In welcher Form taucht diese Person auf (1. Person/Autor_in im Hintergrund etc.), wie verhält sich der Grad an Schriftlichkeit zur Mündlichkeit? Die Frage nach dem Darstellungsprinzip wiederum befasst sich mit den Vermittlungsstrategien des Textes, die dessen Authentizität unterstreichen sollen. Wie wird mit der Darstellung des Vergangenen gearbeitet, wie wird sie in die Gegenwart eingebettet und welche Vergleiche werden gezogen? Wird etwa eine Identifikation der Rezipient_innen mit dem Gesagtem angestrebt? Werden Metaphern oder leere Signifikanten verwendet?²⁰ Leere Signifikanten entleeren eine diskursive Differenz insofern, dass sie unterstützend die Identität des Textes ausdrücken;

¹⁹ Landwehr: Historische Diskursanalyse, 104f

²⁰ Ebd., 107-110

ihre genaue Bedeutung festzustellen, ist schwierig. Jedenfalls spiegeln sie den Versuch, die Universalität eines Diskurses zu vermitteln. Wenn wir den Freiheitsbegriff hernehmen, finden wir das Paradoxon vor, dass sich Elemente dieses Begriffes gegenseitig ausschließen können.²¹ Ein Paradebeispiel für leere Signifikanten ist der Begriff „Freiheit“, der interessanterweise die Grundlage des Namens der *Freiheitlichen Partei Österreichs* bildet.

Bei all der genauen Betrachtung des Vorhandenen sollte nicht missachtet werden, was nicht seinen Platz im publizierten Text gefunden hat. Die oben genannten Schritte dienen dazu, aus den Texten die Aussagen zu ermitteln, die für die Fragestellung Relevanz aufweisen. Bei den folgenden Betrachtungen sind die Merkmale, die im Mittelpunkt des Diskurses stehen ebenso von Relevanz, wie die Wort- und Argumentwahl, die den Diskurs zusammenhalten. Die oben angeführten Punkte sind allesamt Teil der Makroanalyse, diese kommen in der Diskursanalyse mehr Gewicht zu als die folgende Mikroanalyse.²²

Bei der angesprochenen Mikroanalyse ist es vor allem notwendig, sich mit den Aspekten der Argumentation, Stilistik und Rhetorik auseinanderzusetzen, um die Ziele eines Textes und seine Wirkungen zu entschlüsseln, denn Texte wollen Diskurse bestimmen und Wirklichkeiten herstellen, Rezipient_innen überzeugen, manipulieren und kontrollieren. Bei der Analyse der Rhetorik steht zum einen die sachlogische Argumentation, und zum anderen die affektische Gefühlsstimulation im Fokus des epistemologischen Mittelpunkts. Bei zuletzt genanntem Punkt können soziale oder politische Motive vorherrschen, die Mittel zum Zweck können etwa Verharmlosung, Übertreibung, Schwarz-Weiß-Malerei oder Diffamierung darstellen.²³

Auch die Satzlänge kann Relevanz aufweisen, da kurze Sätze etwa als einprägsam wahrgenommen werden, lange Sätze können sich jedoch komplexerer Argumentationsmuster bedienen.²⁴ Zudem ist etwa die Verwendung von Neologismen, Fremdwörtern und abstrakten Wörtern von größerem Interesse, da diese etwa als Bedeutungsträgerinnen Aufmerksamkeit verleihen und dazu ideologische Überzeugungen vermitteln können.²⁵ Zentrale Fragen, die im Anschluss der vorherigen Schwerpunkte gestellt werden, sind nach Landwehr die folgenden:

²¹ Landwehr: Historische Diskursanalyse, 87f

²² Ebd., 110-112

²³ Ebd., 113-116

²⁴ Ebd., 117

²⁵ Ebd., 121

„Welche epistemische Struktur offenbaren die Aussagen? Welches Wissen wird vorausgesetzt? Welche Kategorisierungen, Kausalitäten, Wertehierarchien lassen die Aussagen erkennen? Welches Wissen wird in den Aussagen unterdrückt, nicht zugelassen, nicht berücksichtigt? In welchen Zusammenhängen tauchen die Aussagen auf? Welche sich widerstreitenden Aussagen lassen sich in verschiedenen Texten beobachten? Wer versucht mit welchen Mitteln bestimmte Aussagen zu platzieren?“²⁶

Im Anschluss der Topoi-Analyse erfolgt deshalb eine Aufarbeitung der gewonnenen Informationen. Topoi werden analysiert, in Kontext gestellt und quantifiziert, um zuletzt eine Aussage zur Wissenschaftlichkeit der bearbeiteten Quelle tätigen zu können.

²⁶ Landwehr: Historische Diskursanalyse, 123

1.3. Forschungsstand und Materiallage

Da es sich bei dem *Bericht der Historikerkommission* um eine relativ aktuelle Publikation handelt, steht die Forschung, was diese spezifische Quelle betrifft, noch in den Kinderschuhen. Die vorliegende Arbeit soll jedoch einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen. Da die FPÖ als Rechtsaußen-Partei im postnazistischen Österreich durchaus die Aufmerksamkeit des medialen, politischen und akademischen Interesses genießt, wurde sowohl der Entstehungsprozess als auch das Ergebnis des Berichts streng beäugt. Um auf die akademisch-historische Forschung Bezug zu nehmen, sind hier an vorderster Stelle die Zeithistoriker_innen Margit Reiter²⁷ und Oliver Rathkolb sowie der wissenschaftliche Leiter des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* (DÖW), Gerhard Baumgartner zu nennen. In Bezug auf eine erste Analyse des *Berichts der Historikerkommission* sprechen sie von einer irreführenden Selbstbezeichnung als „Historikerkommission“, eigentlich handle es sich um eine „Phantomkommission“. Des Weiteren wird die Nichteinhaltung akademischer Mindeststandards kritisiert, sowie die unzureichenden Befassung mit der eigentlichen Fragestellung. Aktuellere Forschungserkenntnisse werden nicht berücksichtigt, stattdessen werden hauptsächlich FPÖ-interne Quellen verwendet. Das Vorhaben der FPÖ sei voller „polemischer Relativierungsversuche“ und eine „Vernebelungstaktik“.²⁸

Bis vor der Veröffentlichung im Dezember 2019 gab es im Umgang mit der Vergangenheitsdarstellung ein klares Vorgehen der FPÖ. Kurt Richard Luther untersuchte neben Parteiprogrammen (quasi-)offizielle Veröffentlichungen im Umfeld der FPÖ. Ein großer Teil dieser Publikationen entstammt – so auch der *Bericht der Historikerkommission* – dem *Freiheitlichen Bildungsinstitut* der FPÖ. Dieses Institut dient nicht der Ausbildung des politischen Nachwuchses, sondern auch der Vermittlung der Parteiideologie und ist für die Historiographie verantwortlich. Hierzu gehörte etwa unter Friedrich Peter sowie Norbert Steger die Absicht, die angeblichen liberalen Wurzeln des sogenannten „Dritten Lagers“ zu beleben bzw. in den Vordergrund zu rücken. Der

²⁷ Margit Reiter weckte 2017 mein Interesse für die ideologischen Kontinuitäten im VdU und der FPÖ im Masterseminar „Wie wird man DemokratIn?“ Kontinuitäten, Transformationen und politische Reorganisation von ehemaligen NationalsozialistInnen nach 1945“.

²⁸ vgl. dazu Reiter, Margit/Rathkolb, Oliver/Baumgartner, Gerhard: Wissenschaftliche Stellungnahme zum FPÖ-„Historikerbericht“, <<https://www.doew.at/neues/wissenschaftliche-stellungnahme-zum-fpoe-historikerbericht>>, abgerufen am 08.10.2020

Fokus dieser historischen Darstellungen lag vor allem auf der Zeit vor 1934 sowie auf Personen, die keine Verbindung zum Nationalsozialismus hatten. Das Freiheitliche Lager wird in die Tradition des Jahres 1848 gerückt. Ab 1968 und insbesondere seit der *Waldheim-Affäre* 1986 wird die Zeit zwischen 1938 und 1945 großteils nicht mehr verschwiegen.²⁹ Die Parteien des sogenannten „Dritten Lagers“ wurden als die Verteidigerinnen der parlamentarischen Demokratie der Zwischenkriegszeit dargestellt, der Austrofaschismus sowie der Nationalsozialismus werden in die Verantwortung des sozialdemokratischen sowie des christlich-sozialen Lagers gerückt.³⁰

Es gibt einige Wissenschaftler_innen, die sich mit der Rhetorik in rechten Diskursen auseinandersetzen. Hier sind sowohl Nina Horaczek und Walter Ötsch mit dem Werk „Populismus für Anfänger“ sowie Ruth Wodak mit der bereits genannten Publikation „Politik mit der Angst“, als auch Sebastian Reinfeldt mit „Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus“ zu nennen. Auch das Buch „Haider light: Handbuch für Demagogie“ von Walter Ötsch ist erwähnenswert.

Die Vergangenheit der FPÖ ist einigermaßen erforscht, hier ist etwa Reiters „Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ“ als eines der aktuellen Werke zu nennen. Wer einen tieferen Blick auf die Geschichte der FPÖ werfen möchte, kommt zudem nicht an den Werken von Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Hans-Henning Scharsach, Stephan Grigat, Andreas Peham, Bernhard Weidinger, Nina Horaczek und Anton Pelinka vorbei – um nur einige unter vielen zu nennen. Allein zum Schlagwort „FPÖ“ finden sich 429 Beiträge in der Online-Datenbank des DÖW. Viele (unkritische) Publikationen zur Geschichte der FPÖ entstammen – was nicht überrascht – dem Umfeld der FPÖ. In erster Linie sind hier Lothar Höbelts Werke zu nennen.

Von historischer Bedeutung ist auch die Entwicklung der österreichischen Aufarbeitungsgeschichte des Nationalsozialismus. Etwa zehn Jahre nachdem im Zuge der *Waldheim-Affäre* eine Schwerpunktverschiebung in der historischen Forschung stattgefunden hat, urteilte Agnes Blänsdorf wie folgt über den perspektivischen Turn:

„Ansätze einer kritischen Auseinandersetzung, wie man sie in der Publizistik der ersten Nachkriegsjahre durchaus findet, gerieten bald ins Marginale. Die ‚Opferthese‘ schuf Ta-

²⁹ Vöclka, Karl: Österreichische Geschichte, 110

³⁰ Luther: Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung 143-146

bus für alle Fragen, die österreichische Mitverantwortung für den ‚Anschluss‘ und die NS-Politik in den Blick rückten. Diskreditiert wurde das überkommene Geschichtsbild erst 1986 in der Debatte über Kurt Waldheim. Sie fand nicht zuletzt deshalb so große Resonanz, weil Österreich nun plötzlich vom Ausland her an die Seite der ‚Täter‘ gestellt und zudem verdächtigt wurde, sich an einer aufrichtigen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit verbeigemogelt zu haben. Der ‚Fall‘ Waldheim warf die Frage nach dem alltäglichen Verhalten der Österreicher_innen im Dritten Reich auf, das bei den meisten eher zwischen Stillhalten, Anpassung und überzeugtem Mittun gelegen hatte als im Widerstand, und zog die Ehrlichkeit der Selbstdarstellung nach 1945 in Zweifel. Seitdem ist in Österreich eine intensive Beschäftigung mit der NS-Zeit unter der Perspektive der Mitbeteiligung in Gang gekommen.“³¹

Abschließend lässt sich urteilen, dass die Material- und Quellenlage unzureichend ist. Mit dem *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* und der Sammlung diverser weiterer zeitgeschichtlicher sowie politikwissenschaftlicher Institute ist zwar eine gute Basis für weitere Forschungsvorhaben vorhanden, jedoch sind Quellen und Informationen, die sich in Verwahrung der FPÖ befinden, schwer bis nicht zugänglich – dadurch besteht eine massive Forschungslücke.

³¹ Blänsdorf, Agnes: Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der Eigenen Geschichte, in: Bergmann, Werner/Erb, Rainer/Lichtblau, Albert (Hg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland* 20-26

1.4. Begriffsdefinitionen

Die Definition von Begrifflichkeiten stellt ein zentrales methodisches Werkzeug bei der Beschäftigung mit politischen Thematiken dar. Da sich diese Arbeit vor allem mit weltanschaulichen Überlegungen beschäftigt, gilt es zunächst, den Begriff der Ideologie aufzuarbeiten, um dann die wesentlichen relevanten politischen Begriffe – „Rechtsextremismus“, „Rechtspopulismus“ und „Drittes Lager“ – zu definieren. Die der Betrachtung unterzogenen Begriffe werden kontextualisiert, um kritische Überlegungen transparent zu halten bzw. Unschärfen in der Analyse zu vermeiden. Nach Walter Ötsch und Nina Horaczek wird folgendes vorab klargestellt:

*„Ein Vergleich ist keine Gleichsetzung, eine Ähnlichkeit keine Gleichheit“.*³²

1.4.1. Ideologie

Die Ideologie an sich kann als eine Zusammensetzung von Ansichten, Auffassungen und Forderungen von Individuen bis hin zu großen Organisationen jeglicher Natur verstanden werden, nach der das Leben bzw. die Gesellschaft gestaltet werden soll. Der Begriff der Ideologie lässt sich jedoch nicht unbedingt mit dem der Weltanschauung gleichsetzen, da ersterer eine zugewiesene bzw. historisch gewachsene negative Konnotation aufweist. Die Ideologie in ihrer Bedeutung wirkt voreingenommener bzw. dogmatischer, wobei die Weltanschauung im Allgemeinen ein neutralerer Begriff zu sein scheint. Mir ist es durchaus bewusst, dass es hier unterschiedliche Ansätze im Bezug auf den Begriff der Weltanschauung gibt, worauf im Folgenden nicht näher eingegangen wird. Vielmehr beziehe ich mich bei meiner in der Arbeit verwendeten Begrifflichkeit auf die politische Ideologie.

In Anbetracht der ideologischen Grundhaltung bzw. Ausrichtung einer sich im politischen Diskurs befindlichen Partei weist nicht nur die offizielle Programmatik Relevanz auf, sondern ebenso – wenn nicht sogar vielmehr – auch Reden, Aussagen, Verhaltensweisen und Handlungen

³² Ötsch, Walter/Horaczek, Nina: Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung, 184

ihrer Repräsentant_innen im tagespolitischen Geschehen. Diese sind etwa in historischen Jubiläumsschriften und dem *Bericht der Historikerkommission* vorzufinden.³³

Zunächst beziehe ich mich in der Definition der Ideologie auf Reinfeldt, der sich an Ernesto Laclau anlehnt. Die Ideologie operiert als solche nicht als eine endliche Anordnung von stets denselben thematischen Schwerpunkten, deren Unterpunkte sich in numerischer Weise gruppieren lassen. Die Ideologie charakterisiert sich als eine Matrize oder auch eine Zusammensetzung mehrerer Matrizen, in die unterschiedliche Themenstränge ihren Platz finden. Erst im Verlauf einer Analyse der Wirkungsweise dieser Matrizen ergibt sich das von Laclau eingeforderte Einheitskriterium. Der von Laclau gewählte Begriff – die Matrize – tritt in einer sprachlichen Wendung bzw. in sprachlichen Wendungen hervor, wobei Ideologie eine zugeschriebene Verwendung von – oder Zugriff auf – Diskursen beschreibt. Innerhalb dieser Verwendung werden imaginäre Orte, also Sprecher_innen- und Hörer_innenpositionen definiert, aus denen Politik betrachtet und vermittelt wird. Diese Perspektiven überbetonen und überkodieren die gesamte Bedeutung von Politik, es entsteht eine Einheit von Ideologie durch die in ihr eingeflochtenen Blickwinkel. Davon betroffene Subjekte werden von diesen ideologischen Verfahrensweisen unterworfen. Durch dieses Prozedere lösen sie soziale Effekte aus, die in einer konzipierten hierarchischen Kommandantur der Proponent_innen der herrschenden Klasse kaum nachvollziehbar erklärbar sind. Laclau wirft die Frage auf, warum diesen Befehlen überhaupt nachgekommen werden sollte und beantwortet sie damit, dass potenzielle Empfänger_innen, auf welche die transportierte Ideologie abzielt, ohnehin den Befehlen nachkommen, ohne sie aktuell hören zu müssen. Es entwickelt sich eine Eigendynamik. Zudem ist es unabdingbar, Ideologien im Hinblick auf Machtbeziehungen zu denken, denn ohne diese wird einerseits zu viel und andererseits zu wenig über die Rolle Auskunft gegeben, die eine (populistische) Ideologie in sozialen Formationen innehat. Die Ideologie stellt eine Form der diskursiven Praxis dar, eine Form von Interaktion, die die gesamte soziale Konstellation anzieht. Die Beschreibung der Ideologie ist insofern treffend, dass sie sich auf die Ideologie als ein Sammelsurium von Ideen bezieht.³⁴

³³ Bailer-Galanda, Brigitte/Neugebauer Wolfgang: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 55

³⁴ Reinfeldt: Nicht – wir und Die – da, 57-60

1.4.2. Rechtsextremismus

Um von der Ideologie auf eine ihr nicht ungefährlichen Ausprägung zu kommen, verdeutlichen bzw. definieren die folgenden Zeilen das Phänomen des Rechtsextremismus. Um eine Unterscheidung zu erleichtern, wird ebenso in aller Kürze auf die Unterschiede zu Rechtskonservatismus und Neonazismus eingegangen. Eigentlich liegt die Vermutung nahe, an dieser Stelle auch auf den Rechtspopulismus einzugehen. Da dieses politische Phänomen eine zentrale Rolle in dieser Arbeit – und ebenso im politischen Handeln der FPÖ – einnimmt, erweist sich ein eigener Abschnitt in diesem Kapitel als sinnvoll.

Nach Michael Gehler weist der Rechtsextremismus ein breites Feld an nachfolgenden Überlegungen auf, die durchaus auch stellenweise Überschneidungen zum Rechtskonservatismus aufweisen können. Da es sich bei den verschiedenen Aspekten von diversen rechten Ideologien um verwandte Überlegungen handelt, ist eine absolute Trennlinie nicht bzw. schwer möglich. Der Rechtsextremismus richtet sich gegen den internationalen Klassenkampf, Kosmopolitismus und geht mit einer ablehnenden Haltung gegenüber der Demokratie, dem Parlamentarismus sowie pluralistischen Konzepten einher. Gefordert werden ein autoritäres System und ein starkes Führer_innentum. Im Gegensatz zum Rechtsextremismus versucht der Rechtskonservatismus sich dem Zeitgeschehen mittels Agitation und flexibler Adaption anzupassen, um seine ungleichheitsideologischen Ziele zu erreichen. Die Ablehnung des zurzeit herrschenden Systems ist mit einer Aversion gegen das Staatswesen verbunden und geht mit einer Radikalisierung von Sprache, einer Akzeptanz von physischer Gewalt und die generelle Bereitschaft zum gewaltsamen Austragen von Konflikten einher. Des Weiteren werden unterschiedliche Bedrohungsszenarien geschaffen, wie etwa das Fremde, konkreter manifestiert durch Ausländer_innen, Gastarbeiter_innen und Geflüchteten oder Asylbewerber_innen. Die geschichtliche Identität ist vor allem eine nationale Identität, in Österreich zum Beispiel (bzw. häufig) charakterisiert durch eine deutschnationale Position. Gehler bezeichnet den Rechtskonservatismus als eine Rechtfertigungsideologie bürgerlicher und ständisch-korporativer Ordnungen, die ebenso bei legitimierten politischen Herrschaften und klerikalen Autoritäten Anwendung findet. Die soziale Frage wird relativiert bzw. komplett ausgeklammert, d.h. gesellschaftspolitischen Gegensätzen wird wenig Platz eingeräumt. Restaurative Tendenzen wie das monarchische Prinzip, der Blick auf Traditio-

nen und eine strenge Religiosität können wichtige Faktoren sein. Als signifikant erweisen sich der Erhalt der bestehenden Ordnung, eine generelle Orientierung nach der Obrigkeit, Staatsloyalität und eine Ablehnung radikaler Wandlungen. Die extremste Ausprägung rechter Ideologie stellt der Neonazismus dar. Nach Gehler ist dieser eine spezifische Erscheinungsform im deutschsprachigen Raum, die sich vom internationalen Rechtsextremismus abhebt. Zwar sind alle Kriterien des Rechtsextremismus in ihm vorhanden, hinzu kommen jedoch Bezüge auf das Dritte Reich, die Leugnung und/oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen antisemitischen Politik, der Gaskammern (bzw. des Holocausts allgemein) und der Massenmorde sowie der Wunsch, die verherrlichte NS-Herrschaft wieder zu etablieren, etwa in der Form eines „Vierten Reiches“, der mit einem extremen Rassenantisemitismus einhergeht.³⁵

Brigitte Bailer-Galanda warnt in Bezug auf den Begriff des Rechtsextremismus vor Verwirrung, da dieser vor allem in der Populärwissenschaft und im Journalismus unreflektiert verwendet wird. Oftmals werden die Begriffe „Rechtsradikalismus“, „Rechtsextremismus“, „Neofaschismus“ und „Neonazismus“ durcheinandergebracht und als Schlagwörter verwendet, Bailer-Galanda empfiehlt die Rechtsextremismusdefinition von Willibald I. Holzer.³⁶ Zentrale Definitionsmerkmale des Rechtsextremismus nach Holzer wurden bereits in der Einleitung kurz angeschnitten, an dieser Stelle soll spezifiziert werden. In erster Linie beruft sich rechtsextreme Ideologie auf ihre Natürlichkeit, und vermittelt sich selbst dadurch einen Status der Unangreifbarkeit gegenüber Kritik, alles Abgelehnte sei somit „widernatürlich“.

„Zentrales Element rechtsextremer Ideologie sind die Begriffe ‚Volk‘ und ‚Volksgemeinschaft‘, wobei primär das deutsche Volk als Bezugsgröße dient. Die Volksgemeinschaft wird als patriarchalisch-hierarchisch gegliederte Idylle als Gesellschaftskonzept der modernen Industriegesellschaft gegenübergestellt. Diese – notfalls mit Zwang harmonisierte – Gemeinschaft, in der Interessensgegensätzen kein Raum geboten wird, biete dem Individuum Geborgenheit an dem ihm zustehenden Platz. Seine Bedeutung erhält der einzelne in seiner Verpflichtung auf die Ganzheit des Volkes. Tendenzen und Bestrebungen, die diese idealisierte Harmonie stören, werden als angeblich ‚widernatürlich‘ diffamiert: Dazu zählt

³⁵ Gehler, Michael: Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis in die jüngste Zeit, 236f

³⁶ Bailer-Galanda, Brigitte: Zum Begriff des Rechtsextremismus, vgl. dazu:

<<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/zum-begriff-des-rechtsextremismus>>, abgerufen am 01.02.2021

demokratischer Sozialismus ebenso wie Liberalismus, Kommunismus, Emanzipationsbestrebungen von Frauen und anderer benachteiligter Gruppen, Gewerkschaftsbewegung und nicht zuletzt der Pluralismus parlamentarischer Demokratie. Gewünscht wird ein starker Staat, der nach innen und außen verlorene Stärke und Geschlossenheit rekonstruiert. Gefordert wird eine völkisch legitimierte, im Gegensatz zur herrschenden angeblich ‚wahre‘ Demokratie sowie Identität von Volk und Führung.“³⁷

Fremde haben keinen Platz in dieser konstatierten Gesellschaft, global wird ein Ethnopluralismus gefordert, Diversität wird als Bedrohung gesehen. Die Konzepte der Ausgrenzung werden biologistisch-rassistisch begründet, betroffen sind aber auch andere „Sündenböcke“, die sprachlich divergieren oder anderen unliebsamen Gruppen zugehören, die bereits weiter oben genannt wurden. Diese werden für diverse Missstände verantwortlich gemacht, erfüllen dabei eine Entlastungs- und Integrationsfunktion nach innen. Statt Rationalität finden Verschwörungstheorien zur Erklärung von negativen Phänomenen Anwendung. Nach Holzer beschreibt Bailer-Galanda ein weiteres zentrales Merkmal des Rechtsextremismus, die „nationalisierende Geschichtsbeachtung“, die sich aus dem Deutschnationalismus ergibt:

„Unter der Annahme, das deutsche Volk repräsentiere einen zu verteidigenden Wert und sei unter den Völkern eines der besten, wenn nicht das beste, ergeben sich beträchtliche Probleme mit der Einsicht, welche Verbrechen vorgeblich im Namen dieses deutschen Volkes begangen wurden. Um diese Spannung zwischen Schuld und Glorifizierung bewältigen zu können, werden die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen verharmlost und geleugnet bzw. im Gegenzug die angeblich positiven Seiten des Nationalsozialismus hervorgestrichen (Autobahnbau, Kinderbeihilfen, Beschäftigungspolitik u. ä.). Diese Entschuldung des NS-Regimes kulminiert in der international agierenden Bewegung des ‚Revisionismus‘ (Selbstbezeichnung dieser Bewegung), der sich vorwiegend auf die Leugnung des Holocaust konzentriert, findet sich aber in Abwandlungen – wie z. B. der Heroisierung des ‚edlen‘ deutschen Landsers – in allen rechtsextremen Publikationen sowie im Umfeld des

³⁷ Bailer-Galanda: Zum Begriff des Rechtsextremismus, vgl. dazu:
<<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/zum-begriff-des-rechtsextremismus>>, abgerufen am 01.02.2021.

Rechtsextremismus. Bei Letztgenannten handelt es sich um die Zuspitzung von weit über den organisierten Rechtsextremismus hinaus verbreiteten Rechtfertigungsdiskursen.“³⁸

Der Rechtsextremismus trennt sich vom militanten Rechtsextremismus und Neonazismus durch ihre Gewaltlatenz und Gewaltakzeptanz, führt jedoch keine Gewalt aus, sondern verbleibt mit Angriffen der verbalen Ebene.³⁹

1.4.3. Rechtspopulismus

Bei der Definition von Rechtspopulismus warnt Anton Pelinka vor einer inflationären Verwendung des Populismus-Begriffes. Sinnvoll sei es, sich sowohl der Unschärfe und Beliebigkeit des Begriffes bewusst zu sein als auch von einer Verwendung als Kampfbegriff abzusehen. Ebenso verhält es sich mit der Funktion des Populismus-Begriffes in seiner Fluchtfunktion, wenn er dazu verwendet wird, um Begriffe wie Extremismus zu vermeiden. Nach Pelinka ist der Populismus:

*„der allgemeine Protest, der sich gegen die Kontrollmechanismen richtet, die eine direkte ‚Herrschaft des Volkes‘ vermeiden sollen. Am Anfang des modernen Populismus steht ein radikales Verständnis von Demokratie als Regierung des Volkes, für das Volk und durch das Volk; eine Volksherrschaft jenseits der Unterscheidung zwischen Mehrheit und Minderheit, jenseits aller Begrenzungen, die ‚das Volk‘ als Souverän einschränkt. Populismus tendiert dazu, das Problem von Einschließung und Ausschließung zu negieren: Wer ist Teil ‚des Volkes‘ und wer nicht? Was sind die Kriterien, von denen die Zugehörigkeit zum ‚Volk‘ abhängt?“*⁴⁰

Das Verständnis des Populismus für demokratische Prozesse kann als vage bezeichnet werden. Plebiszitäre Maßnahmen und direkte Demokratie verstehen sich in der populistischen Theorie als Gegenmodell zur repräsentativen Demokratie, er richtet sich schlimmstenfalls gegen die demo-

³⁸ Bailer-Galanda: Zum Begriff des Rechtsextremismus, vgl. dazu:

<<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/zum-begriff-des-rechtsextremismus>>, abgerufen am 01.02.2021

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Pelinka, Anton: Populismus – zur Karriere eines Begriffes, in: Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie, 9

kratische Legitimation und Institutionen. Als problematisch erweist sich zudem der Umstand, dass der Populismus von einer Existenz des Volkes ausgeht, nach Laclau existiert „das Volk“ nicht, es ist immer ein Konstrukt.⁴¹ Der Populismus der Gegenwart ist großteils ein Phänomen der äußersten Rechten – Kampfbegriffe wie „Massenzuwanderung“ und „Multikulturalismus“ prägen diese Entwicklung. Er ist anti-kosmopolitisch und all jene, die die einfach gedachten Zuordnungen zu einer bestimmten Identität – wie etwa zum Volk – durch Komplexität aufbrechen, werden als Gefahr für den Populismus betrachtet. Der Populismus als Korrektiv in der Demokratie – etwa im Sinne von Plebisziten – ist an und für sich zu begrüßen, als inhaltliches Programm führt dieser jedoch zu einem politischen Fundamentalismus. Dieser ist letzten Endes eine Bedrohung für die Demokratie, die der Populismus eigentlich selbst zu vertreten vorgibt. Abhilfe schaffen nur Mittel der intellektuellen Dekonstruktion, die dem populistischen Scheinwissen fundiertes Realwissen, das auf der Erfahrung von Vielfalt und Widersprüchlichkeit beruht, entgegenstellen.⁴²

Martin Reisigl beschreibt die allgemeinen Kennzeichen eines (oppositionellen) rechten Populismus wie folgt:

„Oppositionelle Populist_innen rechter Provenienz hegen und artikulieren Misstrauen gegen ‚die da oben‘, insbesondere gegenüber Regierung, Berufspolitiker_innen, Jurist_innen, Banker_innen, Großunternehmer_innen. Sie entwerfen ein simplifiziertes Gesellschaftsbild mit strikten Freund-Feind-Unterscheidungen und regressiven, antimoder-nistischen, neokonservativen sowie antiwohlfahrtstaatlichen Utopien. Sie sind einerseits personalistisch orientiert, andererseits kollektivistisch: Um intern zu homogenisieren und soziale Kohäsion zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen zu stiften, berufen sie sich identitätspolitisch auf übergeordnete regionale, nationale, ethische, religiöse oder sprachliche Zugehörigkeiten. Sie agieren häufig agitatorisch, irrational und anti-intellektualistisch, betreiben ‚umgekehrte Psychoanalyse‘. Einerseits geben sie sich vordergründig radikaldemokratisch oder basisdemokratisch. Dem widerspricht andererseits

⁴¹ Pelinka: Populismus, 9f

⁴² Ebd., 17-19

*oft eine antidemokratische, autoritäre, hierarchische und führungs- bzw. führerorientierte Haltung.*⁴³

Der Rechtspopulismus erfuhr im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts seinen Einstand am realpolitischen Parkett und versucht nach Sebastian Reinfeldt das Umfeld aller sozialen Kämpfe und Organisationen miteinzuschließen. Ziel ist es, die gesamte Gesellschaft zu erfassen und ihr Bedeutung zu verleihen, was miteinschließt, dass es sich hierbei um ein hegemoniales Projekt handelt. Ötsch und Horaczek sprechen in diesem Zusammenhang von Demagogie, also einer Volksverführung.⁴⁴ Gleichzeitig versucht der Rechtspopulismus eine unversöhnliche Gegner_innenschaft zu konstruieren, dessen Gesellschaft von Konfliktlinien durchzogen ist. Dieses Bild der Gesellschaft widerspricht einer pluralen, befriedeten Gesellschaft.⁴⁵ Im Gegensatz zu nichtpopulistischen politischen Ideologien werden primär Konflikte artikuliert und ein Dissens statt einem Konsens hergestellt, was zur verstärkten Wahrnehmung von künstlich aufgebauchten gesellschaftlichen Problemen führt.⁴⁶ Ein weiteres Charakteristikum der Volksverführung stellt die Verantwortungslosigkeit für begangene Handlungen dar. Wenn diese Handlungen, Aussagen oder Haltungen kritisiert werden, fallen politische Verantwortungsträger_innen in die Opferrolle, ihre Anhänger_innen gehören infolgedessen zu den „Verlierer_innen“ – ihre Ängste, Probleme und Sorgen werden durch ihre Vetreter_innen artikuliert. Konkrete Lösungsvorschläge werden missachtet, plädiert wird auf die eigene Unwissenheit,⁴⁷ während gleichzeitig ein Skeptizismus vorherrscht, wenn es darum geht, wissenschaftliche Erkenntnisse zu berücksichtigen.

Ötsch bezieht sich auf den von Lucas Derks entwickelten Ansatz zur Diskussion von Populismus. Nach dieser Definition zeichnet sich vor allem die populistische Sprache durch einen Vereinfachungsmechanismus aus, indem etwa Ängste und sich anbahnende Gefahren artikuliert werden. Die Rezipient_innen sollen sich kollektiv auf einen gemeinsamen Feind beziehen, wie etwa dem politischen Establishment, den sogenannten „Altparteien“. Die Gesellschaft selbst wird als gespalten beschrieben – es herrscht ein Kampf zwischen dem Staat, den Parteien und der politischen Klasse (zu denen Populist_innen genau genommen selbst gehören) und dem

⁴³ Reissigl, Martin: Zur kommunikativen Dimension des Rechtspopulismus, in: Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie, 145f

⁴⁴ Ötsch/Horaczek: Populismus für Anfänger, 123

⁴⁵ Reinfeldt: Nicht-wir und Die-da, 65

⁴⁶ Ebd., 171

⁴⁷ Ötsch/Horaczek: Populismus für Anfänger, 123

„Volk“, der Gesellschaft, dem/der Staatsbürger_in oder der Bewegung. Vereinfachend gesagt wird ein Kampf zwischen „oben“ und „unten“ heraufbeschworen, der nichts mit einem Klassenkampf im eigentlichen Sinne zu tun hat. Die eingestreuten Diskurse stellen Kontrastbilder her, die sogenannten „kleinen Leute“ bzw. der „kleine Mann“ wird „dem System“ gegenübergestellt, „die Nation“ dem „Ausland“, die „Leistungsträger_innen“ den „Sozialschmarotzer_innen“ und die „guten Inländer_innen“ den „bösen Ausländer_innen“.⁴⁸

1.4.4. „Drittes Lager“

Die folgende Definition des „Dritten Lagers“ bezieht sich auf den umstrittenen Ansatz der Lagertheorie des Historikers Adam Wandruszka⁴⁹, an die sich Reinfeldt anlehnt. Wandruszka prägte den Begriff der politischen Lager 1954, dieses „Lagerparadigma“ hatte bis in die 1970er hohe Signifikanz. Nur das „Dritte“, das nationale Lager, hat sich als Begrifflichkeit gehalten und dieses weist wiederum eine Dreiteilung in Parteien als politische Vertretung, Burschenschaften und Vereine auf. Nach Wandruszkas theoretischen Überlegungen (sowie auch in ihrer Selbstverortung) steht die *Freiheitliche Partei Österreichs* in der Tradition des „Dritten Lagers“. Das sogenannte „Dritte Lager“ vereinte zunächst liberale, als auch zum Teil sehr extreme, nationale und antisemitische Überlegungen. In der Ersten Republik fanden Angehörige dieses Lagers in zwei Parteien ihren politischen Ausdruck – im *Landbund für Österreich* (LBd) sowie der *Großdeutschen Volkspartei* (GDvP). In den 1930ern ging dieses politische Potential größtenteils in die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* (NSDAP) über.⁵⁰

Nach Johanna Gehmacher ist Wandruszkas Theorie, die vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis in die Zweite Republik reicht und eine aus einem sozialistischen, einem katholisch-konservativen und einem „nationalen“ Lager bestehende österreichische Politlandschaft darstellt, kritisch zu hinterfragen. Eher als in Wandruszkas Theorie sei eine Zweiteilung der Gesellschaft der Ersten Republik in ein sozialistisches und ein bürgerliches Lager – bestehend aus Christ-

⁴⁸ Ötsch, Walter: Demagogische Vorstellungswelten. Das Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Hauch Gabriella/Hellmuth Thomas/Pasteur Paul (Hg.), *Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich*, 95

⁴⁹ Wandruszka, Adam: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen., in: Heinrich Benedikt (Hg.): *Geschichte der Republik Österreich*, 480–485

⁵⁰ Steininger, Gerhard: *Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall?*, 10

lichsozialen und Deutschnationalen – festzustellen, sowie der Versuch, die bestehende Lagerstruktur im Austrofaschismus und Nationalsozialismus zu überwinden. Die *Großdeutsche Volkspartei* weist in den zwanziger Jahren zwar eine Reihe partieller Übereinstimmungen mit der Sozialdemokratie auf, dennoch spielt der Antimarxismus – wie in der bürgerlichen Koalition mit den Christlichsozialen ab 1920 – eine primäre Rolle im politischen Forderungskatalog. Dieser Umstand belegt den „bipolaren Antagonismus“ gegenüber der Drei-Lager-Polarisierung. Die in den frühen fünfziger Jahren entstandene Lagertheorie ist nicht ohne politischen Hintergedanken entstanden, sie diente der Legitimation von VdU bzw. FPÖ als „dritte politische Kraft“. Die Inkonsistenz des „nationalen Lagers“ profitiert von der Drei-Lager-Theorie, denn sowohl das christlichsoziale als das sozialistische Lager lassen sich über ihre Namenswahl kategorisieren. Das „nationale“ Lager wird erst durch eine einzige Partei repräsentiert, als der Nationalsozialismus die Macht ergreift – ab Beginn der 1930er Jahre fiel der NSDAP nahezu das gesamte deutschnationale Umfeld zu. Falls es ein „nationales“ Lager gibt, unterscheidet es sich von den anderen beiden im Umstand, dass es mit dem „Anschluss“ 1938 politisch nicht unterging. Wandruszka zählt zwar die NSDAP als Teil des „nationalen Lagers“, betont jedoch den Widerstand von „alten Großdeutschen“ und Angehörigen des „nationalen Lagers“ in der Widerstandsbewegung und in den Konzentrationslagern, um eine Dissidenz zum NS-Regime hervorzuheben. Nach Gehmacher vergessen andere Darstellungen einfach die NSDAP als Teil des „nationalen Lagers“ – so folgen in der Chronologie auf die *Großdeutsche Volkspartei* sowie *Landbund* gleich VdU und FPÖ. Die FPÖ profitiert von einer solchen Auslassung, da nur die demokratischen Momente der „Lagervergangenheit“ hervorgehoben werden.⁵¹

Auch Detlef Lehnert kritisiert die Drei-Lager-Theorie Wandruszkas und hebt hervor, dass die Beschreibung der politischen Bandbreite mit der Klassifizierung in drei Lagern für die Zwischenkriegszeit möglich sei, darüber hinaus jedoch nicht. Wandruszka sei zudem illegaler Nationalsozialist gewesen und stehe im Verdacht, mit seiner Theorie versucht zu haben, den VdU historisch zu legitimieren:

„Die verborgene Pointe und richtungsübergreifende Akzeptanz eines solche Deutungsparadigmas lag nicht zuletzt darin begründet, dass ein dezidiert ‚bürgerlicher‘ Autor – der z.B. in der antiparlamentarisch-rechtsautoritären ‚Heimwehrbewegung‘ neben Krisen-

⁵¹ Gehmacher, Johanna: Völkische Frauenbewegung. Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich, 32f

symptomen auch ‚die gesunden und wohl auch notwendigen Antriebe und Motive nicht übersehen‘ wollte, zumal auf diese Weise ‚das sozialdemokratische Monopol auf der Straße‘ gebrochen werden konnte – mit seiner Lagerthese eine unterschwellige ‚linke‘ Begriffsentlehnung abgewandelt transportierte. Deren ursprünglicher Bedeutungsgehalt war ausgerechnet im ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘ vorgeprägt und von dieser Quelle ausgehend über die sozialdemokratische Publizistik seit dem späten 19. Jahrhundert in die politische Kategorienbildung überführt worden: ‚Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat‘. In solchem Traditionsbezug wurde die ‚Ideologie des Lagers‘ bzw. eine auf die abgeschlossene Solidargemeinschaft von Gleichgesinnten fixierte ‚Lagermentalität‘, der für die Konstellation der Ersten Republik eine ‚Organisation der Gesellschaft in zwei großen Blöcken‘ entsprach, auch in einer gänzlich andersgear teten Kontinuitätslinie als der Klassenpolarisierung verortet: ‚Die österreichische Theorie und Praxis des Klassengleichgewichts war eine Vorform des modernen Proporzsystems‘⁵².

Der Umstand, dass der VdU und die FPÖ zu den nationalen Parteien zu zählen sind – und in der politischen Tradition des *Landbundes* bzw. der *Großdeutschen Volkspartei* stehen – führt zur Annahme, dass Teile ihrer politischen Tradition ebenso in der NSDAP zu verorten waren. Diese These ist nicht nur eine, die aus kritischen Kreisen Aufwind erfährt, sondern ist ebenso bei historischen Verortungsversuchen der FPÖ selbst zu finden ist. Der vormalige FPÖ-Abgeordnete zum Europäischen Parlament Andreas Mölzer beschreibt die Zuwendung des sogenannten „Dritten Lagers“ zur NSDAP wie folgt:

„Das ‚nationale-liberale Lager‘ habe als einzige Kraft in den Jahren 1918 bis 1933 keine paramilitärische Formation unterhalten und sich durch seine liberalen Traditionen in hohem Maße mit der Demokratie identifiziert. (Es) sammelte sich spätestens seit der Errichtung der Dollfuß-Diktatur zum großen Teil unter der Fahne des Nationalsozialismus.“⁵³

⁵² Lehnert, Detlef: Politisch-kulturelle Integrationsmilieus und Orientierungslager in einer polarisierten Massengesellschaft, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 431f

⁵³ Mölzer, Andreas: Jörg-Der Eisbrecher. Jörg Haider und die Freiheitlichen – Perspektiven der politischen Erneuerung, Klagenfurt und Wien 1990, 39, zitiert nach Reinfeldt: Nicht – wir und Die – da, 92-94

Mölzer spricht dieser Entwicklung die ideologische Übereinstimmung mit der NSDAP ab, denn diese war

„nunmehr der einzige Garant für die Verwirklichung des Anschlusses (...).“⁵⁴

Wie an vorhergehender Stelle angedeutet, wird von Mölzer dem sogenannten „Dritten Lager“ die Teilhabe an den historischen Entwicklungen abgesprochen. Reinfeldt stellt fest, dass Mölzer in seiner Darstellung einen eklatanten gemeinsamen Nenner in seiner Schilderung nicht nennt bzw. „übersieht“, nämlich den militanten Antisemitismus, den die „nationalen“ Parteien und die NSDAP gemein haben.⁵⁵ Das von Wandruszka postulierte „Dritte Lager“ kann in der Ersten Republik anhand seiner programmatischen Formulierungen mit den Charakteristika demokratisch, alldeutsch, völkisch, mit Einschränkungen liberal, aber ohne jede Einschränkung als antisemitisch bezeichnet werden.⁵⁶ Thomas Dostal zieht folgenden Schluss:

„Alle [...] diese großdeutschen Ideologeme [der Großdeutschen Volkspartei] – insbesondere die faschistoide Volksgemeinschaftsideologie, der Antimarxismus, der ‚völkische‘ Deutschnationalismus und radikale Antisemitismus – weisen Parallelen zum Gedankengut des deutschen Faschismus auf, was auch das Umschwenken zu diesem zu Beginn der 30er Jahre erheblich beförderte.“⁵⁷

Ein wichtiges Element der Politik der „nationalen“ Nachkriegsparteien ist der Deutschnationalismus, der die „Deutscherhaltung Österreichs“ zum Ziel hat. Der Deutschnationalismus hatte und hat das Ziel, den Anschluss Österreichs an Deutschland zu bezwecken, sowie eine Abwehr „volksfremder Einflüsse“ zu garantieren. Damit die nationale Volksgemeinschaft und ihre „volkliche“ Substanz erhalten bleibt, muss diese den Kampf gegen Elemente aufnehmen, die das deut-

⁵⁴ Mölzer: Jörg-Der Eisbrecher. Jörg Haider und die Freiheitlichen – Perspektiven der politischen Erneuerung, Klagenfurt und Wien 1990, 39, zitiert nach Reinfeldt: Nicht – wir und Die – da, 92-94

⁵⁵ Reinfeldt: Nicht – wir und Die – da, 92-94

⁵⁶ Wandruszka, Adam: Das „nationale“ Lager, in: Weinzierl, Erika; Skalník, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, 277-316

⁵⁷ Dostal, Thomas: Die Großdeutsche Volkspartei, in: Handbuch des Politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, 195-206, 202

sche Volkstum ihrer Meinung nach gefährden – dies wären historisch gesehen Jüd_innen, Slaw_innen und andere „Fremde“.⁵⁸

In den fünfziger Jahren wurden die meisten nationalen Interessens- und Kulturverbände wiederbegründet. Diese stellten schon vor dem Krieg ein wichtiges Vernetzungsmilieu für die Deutschnationalen dar. Die Verbände wurden von Beginn an von großen Teilen der Nachkriegsgesellschaft kritisch betrachtet, da sie anfällig für neonazistische Betätigung zu sein schienen. Dies ist mitunter der Grund, warum teilweise einige Jahre vergingen, bis sie erneut gegründet wurden. Im Umfeld der „nationalen“ Parteien sind die Heimkehrenden sowie die „Frontkämpfer“ zu verorten. Dennoch gelang es dem VdU nicht, den größten Teil dieser „Frontkämpfer“ für sich zu gewinnen, denn diese organisierten sich zumeist im *Kameradschaftsbund*, der unter dem Einfluss der ÖVP stand. Jene Soldaten aber, die dem VdU näherstanden, hatten sich noch immer mit dem Dritten Reich identifiziert und akzeptierten die Führung des Verbandes unter Herbert Kraus und Viktor Reimann nicht, da diese nicht für die Nationalsozialist_innen mit der Waffe in der Hand gekämpft hatten. Es waren eben diese Gruppen, die seit 1954 auf eine Formierung einer „nationalen“ Partei drängten. Weitere Organisationen des „nationalen“ Spektrums waren bzw. sind der *Österreichische Turnerbund*, die *Österreichische Landmannschaft*, der *Ring Freiheitlicher Jugend* sowie der *Ring Freiheitlicher Studenten*.⁵⁹ Diese Aufzählung ist alles andere als vollzählig, umfasst aber einige Organisationen mit historischer bzw. politischer Relevanz. Eine vollständigere Aufzählung findet sich im Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus.⁶⁰

⁵⁸ Stäuber, Roland: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs. Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945, 208f

⁵⁹ Ebd., 132-138

⁶⁰ Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus 103-253

2. Historischer Kontext und Hintergründe

Nachdem im einleitenden Kapitel auf die Zielsetzungen und Rahmenbedingungen der Arbeit eingegangen wurde, wird es an dieser Stelle notwendig, den historischen Kontext sowie die Hintergründe, die für das Entstehen und Werden der FPÖ relevant sind, zu erläutern. Da eine Partei im Allgemeinen keinen statischen Startpunkt aufweist, kann ihre Entwicklungsgeschichte nicht mit der Zulassung des VdU im Jahr 1949 ihren Anfang nehmen. Stattdessen wird ein Blick auf die Entstehung der – in der Einleitung bereits behandelten – „nationalen“ Parteien geworfen. Hierzu zählen sowohl der *Landbund* als auch die *Großdeutsche Volkspartei* vor 1938 – die größtenteils in die NSDAP aufgingen – sowie der VdU und die FPÖ.

Die „nationalen“ Parteien waren und sind eng mit dem Deutschnationalismus in Österreich verknüpft und verbinden zwei zentrale ideologische Perspektiven. In erster Linie herrscht der Glaube vor, dass die deutschsprachigen Gebiete der österreichischen Monarchie geistig sowie kulturell zu Deutschland gehören. Der Deutschnationalismus war jedoch nicht nur eine Identifikationsstütze, sondern ebenso ein politischer Forderungskatalog. So sollten sich die deutschen Gebiete der Monarchie so weit an das Deutsche Reich anlehnen, bis es schließlich zum Anschluss käme. In seiner radikalen Form begegneten die Vertreter_innen des Deutschnationalismus der Donaumonarchie mit einer Absprache ihrer Existenzberechtigung. Im Groben lässt sich der Deutschnationalismus in zwei Kategorien einteilen, den geistig-kulturellen sowie den politischen Deutschnationalismus. Ideologisch liegt dieser zuallererst in der Periode der Gegenreformation begründet. Viele in der Monarchie lebende Protestant_innen konnten sich nicht mit der anti-protestantischen Politik der Habsburger anfreunden und orientierten sich an Deutschland. Die vormals protestantischen Gebiete Österreichs stellten im 19. und 20. Jahrhundert das größte Sammelbecken für extreme Deutschnationale dar, ebendort entstammten auch die radikalsten Nationalsozialist_innen. Ebenso hier ist die Entstehung des österreichischen Liberalismus zu verorten, der im Josephinismus seinen ersten Höhepunkt erlebte und in erster Linie antiklerikal geprägt war.⁶¹ Auch wenn sich die „nationalen“ Parteien immer wieder in den Traditionslinien des Liberalismus verorten, dient diese Behauptung der opportunistischen Geschichtsverdrehung. Bailer-Galanda und Neugebauer haben zu Recht darauf verwiesen, dass die FPÖ alles andere als

⁶¹ Stäuber: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs, 16f

eine liberale Tradition aufweist.⁶² Diese Tradition ist viel eher in Schönerers antisemitischen Deutschnationalismus zu verorten und damit gehören der VdU sowie die FPÖ zu den selbst oftmals kritisierten „Altparteien“ und entheben ihrer historischen Selbstdarstellung jegliche Aussagekraft.

Sowohl Deutschnationale als auch Sozialdemokrat_innen und Christlichsoziale befürworteten den Anschluss an Deutschland in der Zwischenkriegszeit.⁶³ Im Prozess der Staatskonsolidierung nach dem Ende der Monarchie spielte vor allem die Zugehörigkeit zur deutschen Sprachgruppe eine große Rolle. Da der Deutschnationalismus als politisches Paradigma jedoch kein Alleinstellungsmerkmal der „nationalen“ Parteien der Zwischenkriegszeit darstellt, bietet sich die folgende Klassifizierung Gehmachers an:

„Die politische Zuordnung zu ‚nationalen‘ Positionen bedeutete im Österreich der Ersten Republik keine positive Bezugnahme auf den bestehenden österreichischen Staat, sondern einen expliziten Deutschnationalismus, der in der Forderung nach dem Anschluss Österreichs and Deutschland seinen Ausdruck fand. War die Anschlussforderung in den Programmen fast aller politischen Parteien festgeschrieben, so definierten nur die ‚nationalen‘ Parteien ihre politische Identität über das (deutsche) Nationalbewusstsein. Die Parteien des sogenannten ‚nationalen‘ Lagers verband darüber hinaus die Vorstellung, dass ‚die Juden‘ die eigentlichen Feinde des ‚deutschen Volkes‘ seien. Die sogenannte ‚Judenfrage‘ nahm in den Programmen aller ‚nationalen‘ Parteien einen wichtigen Platz ein. Im Programm der Großdeutschen Volkspartei wurde in einem eigenen ausführlichen Punkt zur ‚Judenfrage‘ die Gegnerschaft der Großdeutschen Volkspartei sowohl zum ‚Liberalismus‘ als auch zum ‚Marxismus‘ in eine einzige Opposition zwischen deutscher ‚Volksgemeinschaft‘ und einer ‚jüdischen Interessensgemeinschaft‘ transformiert. Damit bestand kein qualitativer Unterschied zum Antisemitismus der NSDAP mehr, in dem ‚die Juden‘ als ‚Gegenvolk‘ konstruiert wurden, das der deutschen ‚Volksgemeinschaft‘ erst ihren Sinn verlieh. Und auch die dritte der drei ‚nationalen‘ Parteien, der Landbund, eine deutschnationale, ständisch orientierte Bauernpartei, die insbesondere protestantische, aber auch allgemein antikatholisch eingestellte Fraktionen der ländlichen Bevölkerung anzog, forderte in Leitsätzen die Bekämpfung der ‚jüdische[n] Rasse‘ als ‚volkszersetzendes Ele-

⁶² Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 11

⁶³ Vöclka: Österreichische Geschichte, 97f

*ment‘. Geht man von der Existenz eines ‚nationalen Lagers‘ aus, so wären die ihm zugehörigen Parteien kaum durch die Behauptung des deutschen Charakters Österreichs allein zu definieren. Ein zentrales gemeinsames Merkmal der ‚nationalen Parteien‘ war die antisemitische Konstruktion der deutschen ‚Volksgemeinschaft‘.*⁶⁴

Der VdU, ein Konglomerat aus Altnazis, Neonazis, Deutschnationalen und einigen wenigen Liberalen, versuchte sich in die Tradition des sogenannten „Dritten Lagers“ zu setzen. Die deutschnationale Orientierung bildete das gemeinsame ideologische Fundament für die verschiedenen im VdU vorhandenen Gruppierungen. In der Tagespolitik stand vor allem die Wahrung der Interessen der ehemaligen Nationalsozialist_innen im Vordergrund, wodurch von Anfang an eine starke Tendenz zur Verharmlosung des Nationalsozialismus und der politisch-moralischen Entschuldigung seiner Anhänger_innen vorherrschte.⁶⁵

Die Hinweise auf eine personelle Kontinuität von NSDAP-Funktionär_innen zur FPÖ und ihrer Vorgängerorganisation sind zahlreich, wobei diese Personen keineswegs nur „einfache“ Mitglieder der FPÖ geworden sind. Angelehnt an Oliver Rathkolb verdeutlicht Reinfeldt, dass die ideologischen Entnazifizierungsschritte nach 1945 nicht in erster Linie Straf-, Reorientierungs- und Aufklärungsmaßnahmen darstellten, sondern dass sich diese bereits in den ersten Jahren auf formale Säuberungsmaßnahmen reduzierten.⁶⁶ Da es zu keiner ordnungsgemäßen Entnazifizierung in Österreich gekommen ist bzw. diese Maßnahmen bereits in der Anfangsphase nicht ernst genommen wurden, bildete unter anderem dieser politische Rahmenkatalog einen fruchtbaren Boden für die Wiederauferstehung des „nationalen“ Spektrums.

⁶⁴ Gehmacher: Völkische Frauenbewegung, 29

⁶⁵ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 12

⁶⁶ Reinfeldt: Nicht – wir und Die – da, 92-94

2.1. Frühgeschichte der „nationalen“ Parteien in Österreich

Das 1804 entstandene österreichische Kaisertum emanzipierte sich zunehmend vom aufgelösten Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, die österreichischen Monarchen betrieben eine zunehmend konservative, antilibérale Politik, was zu einer weiteren Radikalisierung der deutschnational-liberal Orientierten führte. Federführend in dieser Bewegung waren in erster Linie Akademiker⁶⁷ bzw. die Burschenschaften, für die demokratische Überlegungen zumindest in der Anfangsphase erstrebenswert erschienen. Spätestens nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848/49 verschärften sich die Gegensätze zwischen Preußen und Österreich, 1866 kam es zum Bruch der politischen Einheit einer angestrebten deutschen Nation. Diese Problematik hin wurde mit folgenden Staatsmodellen begegnet: der *großdeutschen*, der *kleindeutschen* und der *großösterreichische Lösung*.⁶⁸ Zwei deutschnationale Vereine entstanden in den folgenden Jahren, 1867 der *Deutsche Volksverein* in Wien und 1869 der *Verein der Deutschnationalen* in Graz. Diese Vereine blieben zunächst ohne größeren Einfluss, erst durch eine zunehmende Föderalisierung sowie einer zunehmenden politischen Involvierung der slawischsprachigen Minderheiten in der Monarchie fühlten sich diese benachteiligt. Als tschechische Gruppierungen in den Reichsrat einzogen, wurde die Forderung nach einer starken deutschnationalen Partei lauter. Unter Georg von Schönerer entstand der *Verband der Deutschnationalen*. Schönerers Verband war von antimonarchistischen, antiklerikalen und antisemitischen politischen Standpunkten geprägt. Die Bemühungen Schönerers, eine Aufnahme seiner *Alldeutschen* in die *Deutsche Volkspartei* zu erwirken, scheiterten. Aus der Einigung des deutschnationalen Lagers wurde vorerst nichts.⁶⁹ Erst 1910 gelang die Konsolidierung: die *Deutschradikale Partei*, die *Deutsche Fortschrittspartei* und die *Deutsche Volkspartei* schlossen sich zum *Deutschen Nationalverband* zusammen. Dieser sollte bis 1918 bestehen bleiben und die Grundlage für die 1920 entstandene *Großdeutsche Volkspartei* bilden.⁷⁰

Nach dem Ende der Monarchie herrschte über die Parteigrenzen hinweg der Konsens, dass ein Anschluss an Deutschland die beste Option sei. Jegliche realpolitischen Bestrebungen in diese Richtung wurden jedoch durch den Vertrag von Versailles verhindert. Die „national“ Gesinnten

⁶⁷ Zu dieser Zeit wurde es Frauen verwehrt, zu studieren

⁶⁸ Stäuber: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs, 17-20

⁶⁹ Ebd., 25

⁷⁰ Ebd., 28, zitiert nach: Ackerl, Isabella: Die Grossdeutsche Volkspartei

organisierten sich in der bereits erwähnten *Großdeutschen Volkspartei* sowie dem *Landbund für Österreich*.

Die großdeutsche Ideologie richtete sich gegen die seit dem Ende des Ersten Weltkriegs an Einfluss gewinnende Arbeiter_innenbewegung, vor allem den Sozialismus und Marxismus; das Gegenrezept hierzu lautete die Befürwortung einer privatwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Volksgemeinschaftsideologie lässt sich nach Dostal in drei Punkte gliedern: Das Konzept der „Volksgemeinschaft“ sollte integrativ gegen ein wachsendes Klassenbewusstsein gerichtet werden, indem ein „deutsches Wesen“ – eine organisch-harmonische Gesellschaftsform – geschaffen wird. Zugleich sollte dieses Modell den Abstieg der Mittelschicht verhindern und hoffte darauf, die Arbeiter_innenschaft in die Bürgerlichkeit zu überführen. Die Propagierung der „Volksgemeinschaft“ als nationalistische Parole sollte weiters unterstützend wirken, um den herbeigesehnten „Anschluss“ zu beschleunigen. Der Begriff wurde auch „volksdeutsch“, also rassistisch und antisemitisch verwendet. Eine interessante politische Diskrepanz ist einerseits der Fokus auf eine kapitalistische Wirtschaftsordnung auf der einen Seite, jedoch eine Aversion gegenüber dem „Großkapital“ als Teil einer antisemitischen Agenda auf der anderen Seite. Wie auch im heutigen Rechtspopulismus wurde versucht, durch die Kanalisierung von Emotionen einen gemeinsamen Außenfeind zu konstruieren.⁷¹

Zum Antisemitismus verdeutlicht Roland Stäuber, dass, nachdem Jüd_innen dem Volksgeist nach als fremd behandelt wurden, sie per definitionem der großdeutschen Ideologie nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehören könnten. Nach außen hin wurde die parlamentarisch-demokratische Verfassung anerkannt, jedoch nicht ohne Vorbehalte, denn bei der Republik handle es sich eigentlich um eine „Scheindemokratie“. Dies sei zwar noch nicht ausreichend, um die *Großdeutsche Volkspartei* als faschistisch zu bezeichnen, dennoch wäre sie bereit gewesen, die Demokratie in der vorhandenen Form ad acta zu legen.⁷²

Für fast die gesamte Dauer der Ersten Republik fungierten die Großdeutschen als Beschaffer_innen einer bürgerlichen Mehrheit in der Koalition mit den Christlichsozialen. Für die Christlichsozialen war der Anschluss im Gegensatz zu den Großdeutschen nicht von höchster

⁷¹ Dostal: Die Großdeutsche Volkspartei, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, 201f

⁷² Stäuber: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs, 30-39

Dringlichkeit, auch wenn dieser im Programm festgeschrieben war. Im Bezug auf den Anschlussgedanken sowie antiklerikaler Positionierung standen die Großdeutschen der Sozialdemokratie näher als den Christlichsozialen.⁷³

Der *Landbund*, der seit 1922 bestand und die zweite deutschnationale Partei in Österreich darstellte, vertrat die Interessen der deutschnationalen, protestantischen und liberalen Bäuer_innenschaft Österreichs und forderte ebenso den „Anschluss“ an die Weimarer Republik, dieser war ebenso antiklerikal und antisemitisch eingestellt wie die *Großdeutsche Volkspartei*.⁷⁴

Unter den Völkisch-Nationalen nahm der *Landbund* eine Position zwischen der *Großdeutschen Volkspartei* und der NSDAP ein. Der *Landbund* bezeichnete sich in der Eigendefinition als „völkisch-nationale“ Partei und machte es sich zur Aufgabe, eine „gefährdete Gesellschaftsordnung“ in Schutz zu nehmen und gleichzeitig ihrem Klientel Sicherheit, Ruhe und Ordnung anzubieten.⁷⁵

Als erste Vorgängerorganisation der NSDAP ist die noch in der Monarchie in Nordböhmen entstandene *Deutsche Arbeiterpartei* zu nennen. Zunächst erwuchs die Partei aus Konflikten der deutschsprachigen gegenüber der tschechischen Arbeiter_innenschaft. Die abstiegsbedrohten Mittelschichten Nordböhmens bevorzugten den Nationalitätenkampf dem internationalen Klassenkampf der Linken.⁷⁶

Mit Blick auf die frühe österreichische NSDAP ist festzustellen, dass signifikante Unterschiede zur deutschen Schwesternpartei bestanden – in den ersten Jahren versuchte die österreichische NSDAP, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten, während die deutsche Partei putschistisch vorging. Die Geschichte der NSDAP in Österreich lässt sich nach Gerhard Jagschitz in vier Phasen einteilen: Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die Periode nach dem Ende der Monarchie bis zur Spaltung, die frühe Hitlerbewegung und die Zeit des Aufstiegs ab dem Beginn der dreißiger Jahre. Die NSDAP in Österreich war in den zwanziger Jahren von inneren Konflikten gespalten, was unter anderem in dem alleinigen Führungsanspruch Adolf Hitlers über alle nationalsozialistischen Parteien über die Landesgrenzen hinweg begründet lag. Dies führte 1926 zur Spal-

⁷³ Gehmacher: Völkische Frauenbewegung, 31

⁷⁴ Stäuber: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs. 39

⁷⁵ Burkert, Günther R.: Der Landbund für Österreich, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, 214

⁷⁶ Gehmacher, Johanna: Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, 43

tung der Partei in Österreich.^{77 78} In den frühen dreißiger Jahren wurde die Organisation der NSDAP gestrafft, zudem sorgten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, ein autoritärer Zeitgeist, die Unzufriedenheit mit den demokratischen Parteien und der Sog einer aufstrebenden deutschen Schwesternpartei für einen Aufschwung des österreichischen Pendant. Begleitet von aggressiver Propaganda gewann die Partei an Zuspruch, was sich bei der letzten demokratischen Wahl der Ersten Republik – es handelte sich hierbei um Gemeinderatswahlen – etwa in Zwettl und Innsbruck mit 41% Stimmenanteil niederschlug.⁷⁹

1933 sollten sich die Umstände für die NSDAP in Österreich signifikant ändern. Die Machtergreifung der NSDAP in Deutschland war zu einem zweischneidigen Schwert geworden: einerseits hoffte man auf Aufwind, auf der anderen Seite machten die regierenden Christlichsozialen der Hoffnung einen Strich durch die Rechnung. Diese befürchteten, bei Wahlen viele Stimmen an die Nationalsozialist_innen und die Regierungsmacht an die größte Oppositionspartei, der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs* (SDAP), zu verlieren. Im Juni wurde ein Betätigungsverbot für die NSDAP erlassen, dieser Schritt lässt sich laut Gehmacher durch die zuvor genannten Entwicklungen erklären. Das Verhältnis der deutschen als auch der österreichischen NSDAP zur österreichischen Regierung kann nach dem Verbot als belastet charakterisiert werden. Als beim Putschversuch der NSDAP im Juli 1934 Bundeskanzler Engelbert Dollfuß erschossen wurde, wurde sie endgültig in den Untergrund gedrängt.⁸⁰

Ideologisch war die NSDAP in der ökonomischen und politischen Krise der dreißiger Jahre eine Sammelbewegung völkischer, deutschnationaler, bündischer, groß- und kleindeutscher, katholischer-romantischer, antisemitischer, antimarxistischer, antiparlamentarischer, autoritärer ständisch-korporativer und jugendlich-aktivistischer Strömungen. Anziehend wurde die Partei in Österreich für all jene, die den Verlust der europäischen Bedeutung der Monarchie sowie eine Existenz als Kleinstaat schwer verkraften konnten und das „österreichische Deutschtum“ in Gefahr sahen. Die Antwort darauf war ein enger Heimatbegriff sowie die Mythisierung von Boden und Lebenswerten in militant nationalistischer Verpackung. Hinzu kam die Bedrohung der sozialen Deklassierung im Zuge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Bankenzusammenbrüche und

⁷⁷ Gehmacher: Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, 120

⁷⁸ Jagschitz, Gerhard: Die Nationalsozialistische Partei, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, 239

⁷⁹ Ebd., 235f

⁸⁰ Gehmacher: Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, 298-302

steigende Arbeitslosigkeit, gepaart mit dem Vertrag von Saint-Germain als Symbol der Abhängigkeit von den Großmächten. Der Nationalsozialismus versprach Besserung, indem er Sündenböcke schuf und ein Ende der Krisen propagierte. Die NSDAP schaffte es, in der Phase ihres Aufstiegs ein äußerst breites – und somit diffuses – Spektrum an politischen Parteien und Ideen zu vereinnahmen. Sie übernahm alle anschlussfreundlichen und deutschnationalen Organisationen wie die *Deutsche Gemeinschaft*, den *Deutschen Club*, den *österreichisch-deutschen Volksbund*, die *Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft*, den *Turnerbund* und zahlreiche weitere nationale Vereine. Mit der *Heimwehr* fand ein regelmäßiger Austausch statt, der *Steirische Heimatschutz* beschloss 1931 ein Kampfbündnis mit der NSDAP, das 1933 erneuert wurde. Im selben Jahr wurde ein Bündnis mit der *Großdeutschen Volkspartei* geschmiedet, das sich ein Jahr später durch den Beitritt des *Landbundes* noch vergrößerte.⁸¹

Das politische Tagesgeschäft der NSDAP war radikal oppositionell gestaltet. Sie unterstellte der Regierung Misswirtschaft, den Missbrauch der Demokratie, kritisierte gleichzeitig die Führungs- und Orientierungslosigkeit sowie eine nicht vorhandene soziale Kompetenz. Angriffe auf politische Gegner_innen waren geprägt von Hinweisen auf konkrete Affären, Skandale und politische Fehler. Nach heutiger Definition bediente sich die NSDAP des rechtspopulistischen Methodenwerkzeugs.⁸²

Parallel zu den Entwicklungen in Österreich entstand in der Weimarer Republik die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei*. Die NSDAP vereinte – wie bereits angeschnitten – unterschiedlichste Ansichten und bildete somit eine heterogene ideologische Struktur. Die parteipolitischen Überlegungen entstammen verschiedensten Strömungen, wie dem Antimarxismus, dem Antiliberalismus, dem Antiparlamentarismus, dem Rassenantisemitismus, und dem Sozialdarwinismus. Zusätzlich zu den genannten Ideologien richtete sich der Nationalsozialismus gegen politische Strömungen, die im historischen Kontext der Französischen Revolution 1789 zu sehen sind, namentlich Liberalismus, Demokratie, Sozialismus sowie Anarchismus. Im Zentrum der nationalsozialistischen Weltanschauung stand die Rassentheorie, in der die „arisch-deutsche Herrenrasse“ durch jüdisch-christlich-marxistische Einflüsse als bedroht angesehen wurden. Demnach musste diese Bedrohung bzw. die „zersetzenden Elemente“ vernichtet werden. Der Natio-

⁸¹ Jagschitz: Die Nationalsozialistische Partei, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, 236-238

⁸² Ebd., 241

nationalsozialismus sehnte eine aus seiner Sicht „utopische“ Zukunftsgesellschaft herbei, was ihn mitunter von den „nationalen“ sowie konservativen Gruppierungen unterschied. Trotz nicht zu verkennender Differenzen zum Nationalsozialismus sind viele Gemeinsamkeiten zu den „Nationalen“ vorhanden. Diese unterscheiden sich jedoch in ihrer Radikalität.⁸³ In seiner Zeit in Wien galt Schönerer als das politische Leitbild Hitlers schlechthin⁸⁴, daher ist es auch nicht verwunderlich, dass viele Aspekte, die die deutschnationale Politik charakterisierten, ideologisch in die NSDAP eingeflossen waren.

Die vorigen Gedanken zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das „nationale“ Parteienspektrum keine „Pause“ zwischen 1938 und 1945 einlegte bzw. nicht aufhörte zu existieren. Sowohl Personen als auch ideologische Schnittmengen bestanden in integrativer Form in der NSDAP weiter. Zwar möge die Erinnerung an diese Zeit bei vielen Aufarbeitungen entschwunden sein, jedoch ist dieser Modus Operandi nicht gerade atypisch, wenn man sich den Umgang der österreichischen Bevölkerung mit der oben erwähnten Zeitspanne zu Gemüte führt. In vielen Köpfen scheint der „Opfermythos“ noch immer lebendig zu sein, egal ob aus politischem Kalkül oder Überzeugung.

⁸³ Stäuber: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs, 45

⁸⁴ Brigitte Hamann: Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, 337ff

2.2. „Entnazifizierung“ und der Verband der Unabhängigen

Um den „Opfermythos“ verstehen zu können, müssen wir einen Blick zurück in das Jahr 1943 werfen, als Österreich noch ein Teil des Dritten Reichs war. In diesem Jahr wurde die Moskauer Deklaration beschlossen. In ihr war vorgesehen, dass Österreich nach dem Ende des Krieges als erstes Opfer der nationalsozialistischen Aggression behandelt werden sollte. Nichtsdestotrotz waren Konsequenzen bzw. Sühnemaßnahmen für die „ehemaligen“ Nationalsozialist_innen angedacht, die in den ersten beiden Jahren nach 1945 durchgeführt wurden,⁸⁵ wenn auch nicht mit sonderlich großer Härte.

Im historischen Selbstbild verstand sich die junge Republik Österreich als Opfer des Nationalsozialismus. Auch wenn die Rolle des Opfers der nationalsozialistischen Aggression bequem zu sein schien, musste die Regierung ein gewisses Maß an Verantwortung am Geschehen übernehmen. Die Darstellung der sieben Jahre als Teil des Dritten Reichs erfolgte alles andere als frei von politischer Opportunität, das Geschichtsbild wurde zum „Opfermythos“ ausgebaut, mit der Überlegung, politische sowie wirtschaftliche Sanktionen abzuwenden. Der Drang nach einer internationalen Anerkennung der Geschichte Österreichs in der NS-Zeit ging so weit, dass in der Präambel des Staatsvertrages von 1955 auf die Mitschuld verzichtet wurde und nur eine Selbstdarstellung als Opfer blieb.⁸⁶ Den „Ehemaligen“ kam die „Opferdoktrin“ gelegen, mittelfristig profitierten sie sogar davon. Im treugebliebenen „Ehemaligen-Milieu“ sah man sich keineswegs als Opfer der NS-Aggression, sondern als Verlierer_innen des Krieges, geschlagen durch die Alliierten.

Die Darstellung der ÖVP, SPÖ und KPÖ hatte eklatante Folgen für die zahlenmäßig größten tatsächlichen Opfer der genuin demokratisch legitimierten Nazi-Diktatur, wie Werner Bergmann zusammenfasst:

„Das Selbstverständnis Österreichs als erstes Opfer der nationalsozialistischen Aggression schloss die Würdigung und Verantwortung für die jüdischen Überlebenden aus, die Er-

⁸⁵ Reiter, Margit: Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ, 17f

⁸⁶ Blänsdorf: Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der Eigenen Geschichte, 20-26

innerung an ihr Schicksal war nachhaltig blockiert und nur gegen große Widerstände institutionalisierbar.“⁸⁷

Aus den oben genannten Gründen sah sich Österreich bei der Aufarbeitung der Geschichte zwischen 1938 und 1945 mit mehreren Schwierigkeiten konfrontiert: Einerseits bestand die Selbstdarstellungsstrategie darin, die weiße Weste möglichst vor „braunen Flecken“ zu bewahren, auf der anderen Seite versuchte Österreich sich von der deutschen Geschichte abzugrenzen. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich in der Nachkriegszeit in Bezug auf den „Anschluss“ stellte ein politisches Spannungsfeld dar. Österreich galt in der Bundesrepublik Deutschland als kaum belastbar, wenn es um die Teilhabe an der deutschen Geschichte zwischen 1938 und 1945 und den Nationalsozialismus ging.⁸⁸ Zwei weitere Punkte unterstützten nach Stephan Grigat und Florian Markl den „Opfermythos“ dabei, lange in staatsdoktrinärer Form bestehen zu können:

- Eine Aufarbeitung der österreichischen Geschichte zwischen 1933/34 und 1938 war nicht existent, eine unreflektierte Geschichtsdarstellung musste bei der Selbstdarstellung hinhalten. Der Austrofaschismus wurde von vielen in der Nachkriegszeit nicht als das, was er war – nämlich faschistisch – betrachtet. Die Austrofaschist_innen bereiteten den Nationalsozialist_innen, wenn auch zum Teil ungewollt, den Weg. Sie zerschlugen die Arbeiter_innenbewegung und wurden in der Nachkriegshistoriographie als Kämpfer_innen für Österreich gefeiert, die ihren „Ständestaat“ vor der deutschen Aggression retten wollten.⁸⁹
- Gewalt, Zerstörung, Nationalsozialismus und Antisemitismus kamen nicht erst mit dem „Anschluss“ über die Grenze, sondern waren schon tief in der Bevölkerung verankert. Während Jüd_innen 1933 in Deutschland nach der Machtübernahme der Nationalsozialist_innen noch glaubten, vorerst bleiben zu können – wenn auch unter katastrophalen

⁸⁷ Bergmann, Werner/Erb, Rainer/Lichtblau, Albert: Einleitung: Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Vergleich: Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland, in: Schwieriges Erbe, Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 14

⁸⁸ Blänsdorf: Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der Eigenen Geschichte. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, in: Bergmann, Werner/Erb, Rainer/Lichtblau, Albert (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 19

⁸⁹ Grigat, Stephan/Markl, Florian: Österreichische Normalität. Postfaschismus, Postnazismus und der Aufstieg der Freiheitlichen Partei unter Jörg Haider, in: Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert, 241

Bedingungen, sah die Situation in Österreich im März 1938 anders aus. Die Jüd_innen wurden nicht zum Opfer einer von außen kommenden Politik – die Raubzüge, Demütigungen und Ausschreitungen setzten bereits in der Nacht vor dem Einmarsch der Wehrmacht ein.⁹⁰

Erste Versuche einer politischen Reformierung von „ehemaligen“ Nationalsozialist_innen ließen nach dem Ende des Krieges nicht lange auf sich warten, wie Reiter zusammenfasst. Diese Gruppe der „politisch Heimatlosen“ erfuhr teilweise bei der ÖVP sowie der SPÖ eine Aufnahme und passte sich den neuen demokratischen Gegebenheiten an. Jene, die ihrer Gesinnung treu blieben, versuchten, sich selbst zu formieren und verblieben im Abseits der drei etablierten Parteien.⁹¹

Als Zielgruppen dieser politischen Ambition sollten „ehemalige“ Nationalsozialist_innen, heimgekehrte Wehrmachtsangehörige, Volksdeutsche sowie das liberale bzw. nationale Bürger_innentum angesprochen werden.⁹² Im Juli 1947 wurde die *Verfassungstreue Vereinigung* (VV) ins Leben gerufen, an deren Gründung Fritz Stüber, Ernst Schönbauer, Karl Hartleb (ehemaliger Vizekanzler im Kabinett Seipel), Anton Gasselich und Leopold Stocker maßgeblich beteiligt waren. Alle genannten Personen sind als „ehemalige“ Nationalsozialisten bzw. Sympathisanten des Dritten Reiches einzustufen. Der Name entsprang der Überlegung, dass die Entnazifizierungsgesetzgebung als verfassungswidrig einzustufen wäre. Die VV bestand etwas länger als ein Jahr, im Herbst 1948 wurde dieser erste Reformierungsversuch vom Innenministerium wegen neonazistischer Betätigung verboten. An dieser Stelle kommen die späteren Gründer des VdU ins Spiel, Herbert Kraus und Viktor Reimann, die die Auflösung der *Verfassungstreuen Vereinigung* kritisierten. Da die selbsternannten Vertreter der „Ehemaligen“ erkannten, dass sie nicht einfach so eine politische Partei gründen konnten, wurde ein Zusammenschluss mit den beiden Journalisten angestrebt, da diese sowohl entschiedene Gegner der Entnazifizierungsgesetzgebung waren als auch – was die politische Belastung während der NS-Zeit betrifft – als unbescholten galten und somit den Verdacht einer neuerlichen nationalsozialistischen Wiederbetätigung zerstreuen konnten. Es galt, das Vertrauen der Bundesregierung und der Alliierten zu gewinnen und zugleich mithilfe der beiden Journalisten öffentlichkeitswirksam Forderungen an die Bevölkerung zu richten. Ende 1948 sollten die „Ehemaligen“ und die als eher liberal geltenden

⁹⁰ Grigat /Markl: Österreichische Normalität, in: Postnazismus revisited., 235

⁹¹ Reiter: Die Ehemaligen, 66

⁹² Stüber: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs, 62-66

Gegner der NS-Gesetze zusammenfinden, um im März 1949 in Salzburg den VdU zu gründen.⁹³ In den frühen Stunden des VdU spielte der sogenannte „Gmundner Kreis“ vor allem in Oberösterreich eine nicht unwesentliche Rolle. Als deren wichtigste Figuren werden Erich Kernmayer (SS und SD) und Stefan Schachermayr (Gauinspektor der NSDAP im Gau Oberdonau) genannt, die beide hohe Positionen in der NS-Zeit innehatten und breite Kontakte zu allen relevanten Schlüsselpersonen der NSDAP vorweisen konnten.⁹⁴

Der VdU setzte sich aus den nachfolgenden Gruppen bzw. Personen zusammen: In vorderster Front standen die Intellektuellen Kraus und Reimann, die bei oberflächlicher Betrachtung keine wirklich belastende Vergangenheit im Nationalsozialismus hatten. In der zweiten Reihe standen „ehemalige“ Nationalsozialisten, die sich nicht klar von der nationalsozialistischen Vergangenheit distanziert hatten. Hierzu zählten Fritz Stüber, Helfried Pfeifer, Josef Karoly, Karl Winkler und der bereits genannte Karl Hartleb. Viele der genannten Personen waren in den dreißiger Jahren im *Landbund* oder der *Großdeutschen Volkspartei* tätig und fanden ab 1932 im Nationalsozialismus eine neue politische Bestimmung. Sie alle befanden sich im Umfeld des *Gmundner Kreises* innerhalb des VdU und können als die führenden Köpfe des „nationalen“ Flügels bezeichnet werden. Ebenso sind Personenkreise zu nennen, die für die Interessen der Heimgekehrten und Wehrmachtsangehörigen eintraten. An der Spitze stand der vormalige Oberst der Wehrmacht, Gordon Gollob. Des Weiteren mischten Beteiligte aus dem Umfeld von bereits bestehenden Organisationen wie die *Unabhängigen Betriebsräte* beim VdU mit. Die Arbeiter_innen der *Unabhängigen Betriebsräte* machten über ein Viertel der Mitglieder des *Österreichischen Gewerkschaftsbundes* aus; diese Kreise wurden von Thomas Neuwirth und Oscar Huemer vertreten und können nicht isoliert von den „ehemaligen“ Nationalsozialist_innen betrachtet werden. Zweck der Vereinigung war ein organisiertes Auftreten vieler „ehemalig“ nationalsozialistischer Arbeiter_innen und Volksdeutsche als Gewerkschaftsfraktion. Eine weitere Rolle im VdU spielten führende Personen des ehemaligen *Landbundes* und der *Großdeutschen Volkspartei*, die jedoch keine NSDAP-Mitgliedschaft vorweisen konnten. Den Abschluss dieser Aufzählung bilden bereits organisierte Gruppen, namentlich die *Demokratische Union*, der *Interessensverband der Kleinsparer*, der *Kongress der Parteilosen* sowie die *Freiwirtschaftlichen Sozialisten*. Stüber

⁹³ Reiter: Die Ehemaligen, 66-85 sowie Stüber: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs, 74-76

⁹⁴ Reimann, Viktor: Die Dritte Kraft in Österreich, 118f

kommt zu dem Schluss, dass das Innere der VdU-Führung von vormaligen Nazis und Heimkehrten nicht nur dominiert wurde, sondern sogar die zahlenmäßige Mehrheit innehatte.⁹⁵ Er ergänzt, dass praktisch alle VdU-Politiker_innen der Meinung waren, dass Österreich ein Teil der deutschen Nation sei, d.h. dass der VdU ohne Zweifel eine deutschnationale Partei war.⁹⁶ Kraus und Reimann standen in der vordersten Reihe, um nach außen hin einen liberalen Deckmantel über den schwer belasteten Deutschnationalismus zu legen.

Als eines der bekanntesten Gesichter des VdU galt der deutschnationale Stüber, der seine ideologische Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus unter anderem durch das Verfassen von Hitler-Huldungsgedichten kundtat. 1947 wurde er wegen neonazistischer Betätigung verhaftet, um dann drei Jahre später zum Aushängeschild des radikalen nationalen Flügels aufzusteigen. Zu seinen sozialpolitischen Forderungen gehörte etwa der Ruf nach „einen größeren Reichtum an gesunden deutschen Kindern“,⁹⁷ demnach ist Stüber auch nach dem Ende des Nazi-Regimes als ein glühender Vertreter der Erbgesundheitslehre bzw. der Rassenhygiene einzustufen. Folgendes Gedicht stammt aus Stübers Feder:

*„Mein Führer, Du! In allem, was ich denken
Und gläubig schau'n und mutig schaffen darf,
Steht ernst Dein Bild und weiß mich gut zu lenken
Und hält mein Schwert und meine Sinne scharf.
Mit Deinem Willen wundersam verwoben
Ist stets die Treue unser Wappenzier.
Ich will aufs neue Deinem Bild geloben.
Mein Führer, Du! Befiehl! Ich folge Dir!“⁹⁸*

Die 15. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich im Jahr 1950 befasste sich damit, dass Stüber die Abgeordneten der Regierungsparteien, welche im KZ inhaftiert waren, als „die wahre Pest, die ausgerottet werden müsste“, bezeichnet haben soll.⁹⁹ Es gilt der Vollständigkeit halber

⁹⁵ Stüber: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs 76-78

⁹⁶ Ebd., 108

⁹⁷ Ebd., 111f., vgl. dazu Stüber Fritz: Internationale der Nationalen, Wien 1951, 30

⁹⁸ Reimann: Die Dritte Kraft in Österreich, 203

⁹⁹ vgl. dazu stenographisches Protokoll der 15. Sitzung RV VI. GP, 01.03.1950:

<https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00015/imfname_159333.pdf>, abgerufen am 06.10.2020

anzumerken, dass nicht alle VdU-Abgeordneten oder Mitglieder so radikal auftraten, dennoch stellt sich die Frage, wie sich eine Partei mit einer solchen Person in den vorderen Reihen nur ansatzweise als liberal bezeichnen konnte. Stüber wurde nach langem Hin und Her 1953 aus dem VdU ausgeschlossen.¹⁰⁰

Unter dem Namen *Wahlverband der Unabhängigen* trat der VdU erstmal im Wahlkampf des Jahres 1949 an und konnte dort 11,7% der Stimmen gewinnen.¹⁰¹ Das „nationale Lager“ in Österreich wird nach dem Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus immer gleichbedeutend mit deutschnational und partiell identisch mit rechtsextrem bezeichnet. Dieses Spektrum hatte nun wieder eine politische Vertretung, die im Parlament vorzufinden war und in dessen Gefolge sich – vor allem nach dem Abzug der Alliierten 1955 – einige Organisationen breit machten, die vom gemäßigten Deutschnationalismus bis hin zum quasi-offensichtlichen Neonazismus reichten.¹⁰²

Der Wahlkampf des Jahres 1949 war trotz allem relativ selten von deutschnationalen Tönen dominiert worden, am ehesten kam dies in den unteren und mittleren Parteihierarchien zum Vorschein. Dies sollte sich bei der Nationalratswahl 1953 jedoch ändern. Von der Spitze des VdU war ein bewusster deutschnationaler Duktus zu vernehmen. Die NS-Frage wies im Anbetracht der generellen Amnestierungspolitik kaum mehr Relevanz auf, der VdU hatte mitunter aus diesem Grund mit einem Stimmenverlust zu kämpfen, wobei noch immer 10,9% erreicht wurden.¹⁰³ Ein weiterer Grund für diesen Rückgang war der Umstand, dass die Partei nach außen hin als zersplittert wahrgenommen wurde. Es zeichnete sich ein Flügelkampf zwischen der „nationalen“ Fraktion und den verbliebenen liberalen Bröseln ab.¹⁰⁴

In Anbetracht der Grabenkämpfe und der sich zuspitzenden Auflösungserscheinungen im VdU fand sich in Oberösterreich eine Gruppe um Anton Reinhaller zusammen. In diesem Dunstkreis

¹⁰⁰ Reiter: Die Ehemaligen, 136

¹⁰¹ vgl. dazu: Bundesministerium für Inneres: Ergebnisse der Nationalratswahl vom 9. Oktober 1949: <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1949/start.aspx>, abgerufen am: 17.10.2018

¹⁰² Bailer/Neugebauer: Abriß der Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich, in: Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus, 98

¹⁰³ vgl. dazu: Bundesministerium für Inneres: Ergebnisse der Nationalratswahl vom 22. Februar 1953: <https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1953/start.aspx>, abgerufen am 06.10.2020

¹⁰⁴ Stüber: Der Verband der Unabhängigen und die Freiheitliche Partei Österreichs 119-121

wurde die *Freiheitspartei* ins Leben gerufen. Zusammen mit den Resten des VdU – ohne deren Gründer Kraus und Reimann – wurde 1956 die *Freiheitliche Partei Österreichs* gegründet.¹⁰⁵

Der vormalige VdU-Bundesparteiobmann Kraus kommentierte den Gründungsparteitag der FPÖ wie folgt:

*„Das Ergebnis des FPÖ-Parteitags veranlasst mich, die mir angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl abzulehnen und aus der FPÖ auszutreten. Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten ‚Machtübernahme‘ durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern. (...) Die offiziellen Erklärungen der FPÖ von ‚Absage an den Extremismus‘ und ‚Partei der Mitte‘ entspringen dem Bedürfnis nach einer sehr notwendig gewordenen Tarnung“.*¹⁰⁶

¹⁰⁵ Reiter: Die Ehemaligen, 191-220 sowie Reimann: Die Dritte Kraft in Österreich, 267-272

¹⁰⁶ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 13, vgl. dazu: Wiener Zeitung, 13. 4. 1956

2.3. Die Freiheitliche Partei Österreichs

Nicht nur der Richtungsstreit zwischen den nationalen und liberalen Elementen wirkte – wie Margit Reiter anmerkt – zersetzend auf den VdU. Oft waren strategische Differenzen oder persönliche Feindseligkeiten und weniger ideologische Unterschiede und die Haltung zum Nationalsozialismus ausschlaggebend. Herbert Kraus wurde schon 1952 durch den Wehrmachtsoffizier Max Stendebach als Obmann abgelöst, 1954 wurde das Bad Ausseer Programm erstellt, das einen programmatischen Turn zu nationaleren ideologischen Standpunkten zur Folge hatte. Dies beinhaltete etwa das „klare Bekenntnis zur nationalen Aufgabe“, was den Auftakt zu einem internen Machtkampf darstellte, der 1956 mit dem Sieg der „Nationalen“ und im Bruch mit Kraus und Reimann endete.¹⁰⁷

Anton Reinthaller wurde letzten Endes vom der sich in der Neuformierung befindlichen VdU angeworben. Dieser war 1928 der NSDAP und 1938 der SS beigetreten, wo er drei Jahre später den Ehrenrang des SS-Brigadeführers erhielt, zudem trug er das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP – zweifelsfrei war er ein ideologisch überzeugter Nationalsozialist. Nach dem Krieg wurde Reinthaller für ein Jahr im Anhaltelager Glasenbach interniert, um daraufhin in den Nürnberger Prozessen als Zeuge auszusagen. Bis 1948 war er in Dachau sowie in Nürnberg-Langwasser in Haft. In Anschluss darauf wurde er nach Österreich ausgeliefert, wegen Hochverrats angeklagt und bis zu seiner Begnadigung durch den Bundespräsidenten Theodor Körner im Juni 1953 inhaftiert.^{108 109} Der VdU löste sich formell auf und ging in die FPÖ über – Kraus und Reimann traten aus ihr aus. Nicht nur die Spitze der Partei war von einem hochrangigen Nationalsozialisten besetzt worden, auch in den Landesorganisationen, im Bundesvorstand und auf anderen Ebenen der Partei fanden sich solche „Ehemaligen“. Bei der knapp darauffolgenden Nationalratswahl im Mai 1956 sollte die FPÖ 6,5% der Stimmen erreichen und damit im Vergleich zum letzten Ergebnis ihrer Vorgängerpartei 4,4% einbüßen.¹¹⁰

¹⁰⁷ Reiter: Die Ehemaligen, 152-160

¹⁰⁸ Ebd., 161-179

¹⁰⁹ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 13f

¹¹⁰ vgl. dazu: Bundesministerium für Inneres: Ergebnisse der Nationalratswahl vom 13. Mai 1956:

<https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1956/start.aspx>, abgerufen am 06.10.2020 sowie Lothar Höbelt: Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft, 232-240

Als Reinthaller 1958 starb, übernahm der oberösterreichische FPÖ-Landesobmann Friedrich Peter, der ein väterliches Verhältnis zu diesem pflegte, die Parteispitze.¹¹¹ Bis 1978 übte Peter die Funktion des Bundesparteiobermannes der FPÖ aus. Er gehörte der 1. SS-Infanteriebrigade an, für dessen Mitgliedschaft er sich zunächst nicht zu schämen schien; nach seiner Argumentation wären die Soldaten im entfernten Stalingrad „aufopferungsvolle Heimatschützer“ gewesen.¹¹² Peters Brigade war an der Bekämpfung von Partisan_innen sowie Dissident_innen im Hinterland beteiligt.¹¹³ Danach diente Peter in der 2. SS-Panzerdivision *Das Reich*, die keine unwesentliche Rolle beim Blutbad von Oradour gespielt hat. Am Ende des Krieges bekleidete Peter den Rang eines SS-Obersturmführers.¹¹⁴

Anfangs schien Peter sehr bemüht, vor allem „Ehemalige“ in die Partei aufzunehmen – aus diesem Grund suchte er als vormalig Internierter des Lagers Glasenbach bei anderen „Glasenbachern“ um Gehör und sah auch nicht von dem Bemühen ab, diese in die Partei einzubinden, wenngleich es sich hierbei um frühere SA-Führer handelte.¹¹⁵ Ab 1960 bemühte sich die FPÖ unter Peter aus der oppositionellen Isolation herauszukommen, dies geschah durch taktische Anpassungen und geistig-politische Veränderungen. Die Partei strebte folglich eine liberalere Außenwahrnehmung an. 1966/67 spaltete sich ein Teil der FPÖ ab und engagierte sich in der *Nationaldemokratischen Partei* (NDP) unter dem bekannten Neonazi Norbert Burger. 1988 wurde der Gruppierung wegen ihrer neonazistischen Ausrichtung der Status als politische Partei aberkannt. Zwar bewerteten Bailer und Neugebauer den „Schwenk zum Liberalen“ als einen tagespolitischen Anpassungsprozess der Parteiführung unter Peter, dennoch kam es zu keiner entsprechenden ideologischen und programmatischen Entwicklung der FPÖ. Die Geisteshaltung vieler Funktionär_innen, Mitglieder und Anhänger_innen der Partei bewegte sich keineswegs in eine liberale Richtung.¹¹⁶

Der angesteckte Erneuerungskurs in Richtung Liberalismus ist vornweg als gescheitert zu bezeichnen, obwohl mit dem im Jahr 1971 gegründeten (neo)liberalen¹¹⁷ *Atterseekreis* rund um

¹¹¹ Reiter: Die Ehemaligen, 245

¹¹² Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 14

¹¹³ Reimann: Die Dritte Kraft in Österreich, 283

¹¹⁴ Reiter: Die Ehemaligen, 249

¹¹⁵ Reiter Margit: Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, 20

¹¹⁶ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 17

¹¹⁷ Bonvalot, Michael: Die FPÖ – Partei der Reichen, 18

Norbert Steger – dem späteren Bundesparteibmann der FPÖ – und Friedhelm Frischenschlager viele liberale Ideen Einzug in die Partei fanden. Obwohl einige wichtige Funktionsposten (Parteiorganisation, Bundesparteführung) von Liberalen übernommen wurden, kann dennoch nicht von einer strukturellen Veränderung der Basis bzw. der ideologischen Positionierung der breiten Parteikreise gesprochen werden.¹¹⁸

Wieder kam es zu einem Flügelkampf in der FPÖ, Peter galt eher einer Koalition mit der SPÖ zugeneigt, während Alexander Götz nach dem *Grazer Modell* eine Koalition mit der ÖVP auf Bundesebene anstrebte.¹¹⁹ Zwischen 1978 und 1980 beerbte der als autoritär geltende Götz den vormaligen Obmann Peter. Nach diesem kurzen Zwischenspiel übernahm Steger die Zügel der Partei, wenn auch nur mit knapper Mehrheit. Die Partei unter Steger war durch starke innere ideologische Differenzen zwischen Liberalismus und Nationalismus geprägt. Einen Schritt hin zum Liberalismus bedeutete etwa die Mitgliedschaft in der *Liberalen Weltunion*, der späteren *Liberalen Internationalen* ab 1979. Unter Jörg Haider verließ die FPÖ dieses Bündnis wieder. Gegen Stegers liberaleren Kurs wandte sich vor allem die Fraktion um Otto Scrinzi, Alexander Götz und Jörg Haider. Trotz (oder erst recht wegen) dieser schwierigen Phase konnte die FPÖ 1983 als Juniorpartnerin mit der SPÖ unter Bruno Kreisky koalieren – sie war somit zum ersten Mal in der Regierungsverantwortung. Auch Steger konnte viele liberale Mitglieder in Spitzenpositionen bringen, dennoch kann nicht von einem geistig-ideologischen Umdenken der Anhänger_innen bzw. Funktionär_innen gesprochen werden. Dies wurde etwa 1985 bei Diskussionen zum Parteiprogramm offensichtlich. Liberale Überlegungen existierten ungestört neben traditionellen ideologischen Grundwerten, wie etwa dem „Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“. Bailer-Galanda und Neugebauer beziehen sich in ihrer Einschätzung auf die kritische Untersuchung des Politikwissenschaftlers Alfred Stirnemann, der das Parteiprogramm von 1985 analysierte. Er kam zum Ergebnis, dass die Verwandlung in eine liberale Partei nicht erfolgreich verlaufen sei. Es verhielt sich sogar gegenteilig: Die nationalen Elemente wiesen eine zunehmende Tragweite auf. Die Bekenntnisse zum Liberalismus blieben vor allem auf einer verbalen Ebene hängen.¹²⁰

¹¹⁸ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 20

¹¹⁹ Bonvalot: Die FPÖ – Partei der Reichen, 16

¹²⁰ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 21f

Die FPÖ wurde mit der Unterstützung von Kreisky zum ersten Mal aus ihrer symbolischen Isolation gehoben, trotz des Umstandes, dass sie nach wie vor ein heterogenes Sammelbecken „Ehemaliger“, Deutschnationaler, Heimgekehrter und Protestwähler_innen war. Diese Toleranz von Seiten der Sozialdemokrat_innen hatte mittelfristig zur Folge, dass die FPÖ zwischen 1983 und 1986 zum ersten Mal an einer Regierung beteiligt sein sollte – in der sogenannten „Kleinen Koalition“.¹²¹ Dass der Liberalismus nur als äußerst marginaler Aspekt der Partei zu sehen war, verdeutlichte die Reder-Frischenschlager Affäre. 1985 begrüßte Friedhelm Frischenschlager¹²² in der Funktion als Bundesminister für Landesverteidigung den aus der italienischen Haft entlassenen SS-Kriegsverbrecher Walter Reder mit einem Handschlag. Frischenschlager entstammte dem rechten Flügel der FPÖ, war in seiner Studienzeit Mitglied einer freischlagenden Verbindung, RFS-Funktionär und Sympathisant von Taras Borodajkewycz^{123 124}. Diese Aktion wurde entgegen heftiger Kritik anderer Parteien von vielen FPÖ-Funktionär_innen goutiert.¹²⁵ Die FPÖ zeigte sich wenig überraschend solidarisch mit ihrem Verteidigungsminister – Haider ging sogar so weit, dieses Verhalten als „vorbildlich“ zu bezeichnen.¹²⁶ Frischenschlager überstand in der Folge des Skandals nur knapp einen Misstrauensantrag im Nationalrat.¹²⁷

Als wichtigste Figur des deutschnational-rechten Flügels zählte der Kärntner Nationalratsabgeordnete und stellvertretende Parteiobmann Otto Scrinzi, auf dessen ideologische Auffassungen die Definitionskriterien des Rechtsextremismus nach Holzer zutreffen (Rassenantisemitismus, Erbgesundheitslehre). Vor 1945 war er SA-Sturmführer und Mitglied der NSDAP.¹²⁸ Dieser ge-

¹²¹ Reinfeldt: Nicht – wir und Die – da, 27

¹²² Trettler, Heidi: Der umstrittene Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder, in: Gehler Michael/Sickinger Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, 594f.

¹²³ vgl. dazu: Gehler, Michael: „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“. Die Waldheim-Affäre 1986-1992, in: Gehler/Sickinger (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Studienverlag, Innsbruck 2007, 615

¹²⁴ Taras Borodajkewycz war Professor der Wiener Hochschule für Welthandel und glänzte vor Studierenden im Jahr 1965 mit der Aussage, Österreicher_innen mit vermuteter jüdischer Herkunft mit der Benennung „Jude“ vor ihren Namen erkennbar zu machen. Im Zuge des Skandals kam es zu Protesten und unterstützenden Kundgebungen, bei denen der Holocaust-Überlebende und Antifaschist Ernst Kirchwegger vom Rechtsextremen Günter Kümel getötet wurde, vgl. dazu: Kasemir, Gerard: Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965, insb. 486 und 496f., in: Gehler/Sickinger (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim

¹²⁵ Bailer-Galanda/Neugebauer: Die FPÖ: Von Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus 367

¹²⁶ Trettler: Der umstrittene Handschlag, in: Gehler/Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, 604

¹²⁷ Ebd., 610

¹²⁸ Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 350

riet bereits 1980 in Konflikt mit dem neuen Parteiobmann Norbert Steger und gründete 1984 die *National-Freiheitliche Aktion* (NFA), die sich gegen die zunehmende neoliberale Politik der Wiener FPÖ-Spitze richtete. Haider nahm Scrinzi in Schutz und verhinderte den von der Bundespartei geforderten Parteiausschluss Scrinzis. Die Kärntner FPÖ bekundete weiterhin in den 70er und 80er Jahren über ihr Parteiorgan *Kärntner Nachrichten* Sympathien zu Scrinzi. Dieses Medium war davor mehrmals durch verherrlichende Inhalte zum Nationalsozialismus aufgefallen.¹²⁹

In weiterer Folge dieser Entwicklungen verlor die FPÖ die Teilhabe an der Regierung. Die nationalen Kräfte in der FPÖ gewannen wieder an Einfluss, vor allem Haider profitierte von den Vorkommnissen, dieser wurde 1986 zum Bundesparteiobmann der FPÖ gewählt.¹³⁰

Haider wird von Bailer-Galanda und Neugebauer wie folgt charakterisiert:

*„Aus einer nazistischen Familie kommend, in einem postnazistischen Milieu von Deutsch-nationalismus und Rechtsextremismus herangewachsen und in der chauvinistisch-rechtsextremen Kärntner FPÖ politisch groß-geworden, hat Jörg Haider nach seiner ‚Machtergreifung‘ am Innsbrucker Parteitag 1986 die FPÖ konsequent in Richtung Rechtsextremismus geführt. Mit an Rassismus grenzender Ausländerhetze und mit permanenter Kritik und Diffamierung der Parteiendemokratie strebt er zur Macht, um in Österreich eine ‚Dritte Republik‘ mit autoritären Tendenzen und zumindest partieller Einschränkung der Menschenrechte aufzurichten.“*¹³¹

Aufgewachsen ist Haider in Oberösterreich, sein Vater war in der Hitlerjugend, der SA und der NSDAP und beteiligte sich am Juliputsch 1934, seine Mutter war Bannmädchenführerin im *Bund Deutscher Mädel*. Bestimmte Werthaltungen, die von den Eltern im rechtsextremen bis deutschnationalen politischen Spektrum an die nächste Generation weitergeben werden, waren etwa Unzufriedenheit mit der Demokratie, NS-Volksgemeinschaftsnostalgie, Trauer um den nicht gewonnenen Krieg, Disziplin, Ordnung und Autorität. Weiters wurden Pflichtbewusstsein und Härte vermittelt. Viele Eltern aus dem Ehemaligenmilieu fühlten sich nach dem Krieg ge-

¹²⁹ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 17f

¹³⁰ Trettler: Der umstrittene Handschlag, in: Gehler/Sickinger (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, 613

¹³¹ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 9f

setzunglich diskriminiert und als Idealist_innen, die lediglich einer „guten Sache“ gedient hatten. Eine solche Erziehung stellte einen fruchtbaren Boden für die Persönlichkeitsentwicklung zukünftig Rechtsextremer dar.¹³² Die erste politische Station in Haiders Leben waren die Funktion als Landesjugendführer des *Rings Freiheitlicher Jugend* (RFJ), er baute Kontakte zu Lehrkräften, die in der NSDAP und/oder Burschenschaften tätig waren, auf und wurde selbst Burschenschafter. Peter wurde 1965 auf den jungen Haider aufmerksam, als dieser an einem Redewettbewerb teilnahm. Er stieg Mitte der Siebziger in der Parteihierarchie auf, wurde Bundesobmann des RFJ und Landesparteisekretär in Kärnten.¹³³

Haider nutzte die Situation der kriselnden FPÖ unter Steger aus, was in verbalen Angriffen gegen den Parteiobmann 1985/86 gipfelte, bis es zu einer putschartigen Übernahme der Partei durch Haider kam. Beispielhaft für die Unterstützung der Parteibasis soll der folgende „Einzel-fall“ dienen: Beim Landesparteitag der FPÖ Kärnten im Frühjahr 1986 sprach ein Delegierter ohne Widerspruch Haiders folgende Worte:

*„Mit dem Haider tät i wieder nach Russland ziehen, mit dem Steger tät i nit amol auf Urlaub gehen“.*¹³⁴

Die FPÖ unter Jörg Haider hatte wieder ein deutlicheres und problematischeres Bild nach außen.¹³⁵ Norbert Steger selbst gab an, dass er den Anteil der „Kellernazis“ unter den FPÖ-Funktionär_innen auf 20 Prozent schätze und räumte respektiv ein, dass das Versäumnis Jörg Haider aus der Partei auszuschließen, als es noch möglich gewesen wäre, sein größter politischer Fehler gewesen sei.¹³⁶

Nachdem Haider die Macht in der FPÖ übernommen hatte, wurden die liberaleren Anhänger_innen Stegers aus der Partei gedrängt oder verließen sie. Haider baute die Partei nach seinen Vorstellungen um. 1993 spalteten sich die letzten Liberalen, Heide Schmidt und Friedhelm Frischenschlager ab, ehemalige Bundesobmänner und Minister wie Peter und Götz bzw. Harald Ofner und Helmut Krünes wurden an den Rand oder aus der Partei gedrängt. Dies traf nicht nur

¹³² Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 24f

¹³³ Ebd., 25-27

¹³⁴ zitiert nach: Viktor Reimann: Fünf ungewöhnliche Gespräche, Wien 1991, 222

¹³⁵ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 23

¹³⁶ Stegers Aussage zum Versäumnis in einem persönlichen Gespräch mit Wolfgang Neugebauer im DÖW, in: Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 23

Funktionär_innen an der Spitze, sondern auch viele, die den verstärkten Rechtsdrall nicht hinnehmen wollten. Das gleiche Schicksal traf Norbert Gugerbauer, Kriemhild Trattinig, Mario Ferrari-Brunnenfeld und Walter Candussi.¹³⁷

Vor Haiders Übernahme waren die meisten rechtsextremen Gruppen gegenüber der sich liberal präsentierenden Spitze der FPÖ unfreundlich bis kritisch eingestellt. Dies änderte sich mit Haider. Der traditionelle Rechtsextremismus erfuhr einen beispiellosen Integrationsprozess in der FPÖ. Das DÖW hat zahlreiche Querverbindungen zu rechtsextremen Gruppen national wie international nachgewiesen, bei denen nicht selten auch neonazistische personelle Überschneidungen eine Rolle spielen (*Aktion Neue Rechte, Nationaldemokratische Partei, Österreichischer Turnerbund, Veteranenvereinigung Kameradschaft IV/ehemalige Waffen-SS-Angehörige, Wohlfahrtsvereinigung der Glaserbacher* und die *Österreichische Landmannschaft*).¹³⁸

Haider wurde 1989 zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt und mit Hilfe der ÖVP vereidigt. Zwei Jahre lang sollte er dieses Amt ausüben, bis er nach dem Skandal um die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ zurücktrat.¹³⁹ 1991, also im selben Jahr, stufte das *Parlament der Europäischen Gemeinschaft* die FPÖ als rechtsextrem und neonazistisch ein.¹⁴⁰

1999 erreichte die FPÖ unter Haider bei der Nationalratswahl 26,9% der Stimmen und bildete daraufhin eine Koalition mit der ÖVP. Drei Jahre später verlor die FPÖ zwar an Stimmen, gemeinsam mit der ÖVP wurden dennoch über 50 Prozent der Stimmen und somit eine Mehrheit erreicht.¹⁴¹ Im selben Jahr wurde Haider – nachdem er sich seit 1991 zu einer Zwangspause gezwungen sah – wieder zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt. Die Wiederwahl 2004 gelang, bis zu seinem Unfalltod 2008 bekleidete er dieses Amt. 2005 hatte sich Haider von der FPÖ abgespalten und das *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) ins Leben gerufen, die politische Basis bestand größtenteils aus der Kärntner FPÖ. Nach Haiders Tod benannte sich das BZÖ in *Freiheitliche in Kärnten* um, um sich 2013 wieder mit der Bundes-FPÖ zu vereinigen.¹⁴² Ein

¹³⁷ Bailer-Galanda/Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 35f

¹³⁸ Ebd., 150f

¹³⁹ Bonvalot: Die FPÖ – Partei der Reichen, 44

¹⁴⁰ Steininger: Das Dritte Lager, 140

¹⁴¹ Grigat/Markl: Österreichische Normalität. Postfaschismus, Postnazismus und der Aufstieg der Freiheitlichen Partei unter Jörg Haider, in: Postnazismus revisited, 229

¹⁴² Bonvalot: Die FPÖ – Partei der Reichen, 44f

paar zersplitterte Reste des BZÖ existieren noch heute, jedoch ohne über einen signifikanten politischen Einfluss zu verfügen.

Haider bediente sich klassischer argumentativer Strategien: wenn er sich für seine Äußerungen entschuldigte, betonte er, diese würden lediglich falsch verstanden werden oder seien nicht so gemeint gewesen. Antisemitismus¹⁴³ gehörte genauso zu seinem rhetorischen Repertoire wie Geschichtsrevisionismus („Ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“)^{144 145}, Relativierung und Deuschtümelei („Ideologische Mißgeburt“)^{146 147}. Das sexistische Frauenbild und eine Aversion gegenüber Gleichberechtigung beschreibt Gabriella Hauch in ihrem Beitrag *Neue Wege in viele Richtungen*. Die Inklusion von Frauen in die Funktionär_innen- bzw. Spitzenebene war (und ist) weit von einer Gleichberechtigung entfernt.¹⁴⁸

*„Traditionell bildeten in der Geschichte der FPÖ Familien- und Frauenpolitik ein gemeinsames Politikfeld, was sich auch in der Nichtexistenz einer separaten Frauenorganisation niederschlug. Zwar existierte eine ‚Arbeitsgemeinschaft‘, die jedoch im Unterschied zu den frauenspezifischen Organisationsstrukturen der anderen Parteien keinerlei innerparteiliches Mandat besaß. Bei der ÖVP wie bei der SPÖ gehört es zur traditionell gewordenen Selbstverständlichkeit, dass Repräsentantinnen der Frauenorganisationen im Parteivorstand ebenso wie im Nationalrat vertreten sind. Diese Automatik fehlte der FPÖ und ist ein Grund, warum es – zumindest bis Mitte der 1990er Jahre – immer einen Mangel an FPÖ-Politikerinnen gab.“*¹⁴⁹

¹⁴³ Der Wahlkampfstrategie Michael Häupls namens Greenberg war 2001 Ziel von Haiders Schmähungen, vgl. dazu: Steininger: *Das Dritte Lager*, 127

¹⁴⁴ Bailer-Galanda, Brigitte: „Ideologische Mißgeburt“ und „ordentliche Beschäftigungspolitik“. Rechtspopulistische Skandale, vgl. dazu das Protokoll der Sitzung des Kärntner Landtags, 13. 6. 1991, in: Gehler/Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*, 666

¹⁴⁵ Ebd., 678.

¹⁴⁶ Bailer, Brigitte: „Ideologische Mißgeburt“ und „ordentliche Beschäftigungspolitik“, vgl. dazu Jörg Haider in der TV-Sendung „Inlandsreport“, 18. 8. 1988, in: Rechtspopulistische Skandale, in: Gehler/Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*, Studienverlag, Innsbruck 2007, 666

¹⁴⁷ Ebd., 668

¹⁴⁸ Hauch, Gabriella: »Neue Wege in viele Richtungen« Geschlecht und Politik in der Freiheitlichen Partei Österreichs von 1986 bis 2000, in: Hauch, Gabriella/Hellmuth, Thomas/Pasteur, Paul (Hg.): *Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich*, 63

¹⁴⁹ Ebd., 76f

Die FPÖ hatte 2002 mit 17,0% den niedrigsten Frauenanteil aller Fraktionen im Nationalrat vorzuweisen¹⁵⁰, im Jahr 2020 waren es mit 16,7% noch weniger. Im Nationalrat allgemein liegt der Frauenanteil bei 39,9%.¹⁵¹

Heinz-Christian Strache übernahm die FPÖ nach der Abspaltung des BZÖ 2005. Strache hat sudetendeutsche Wurzeln, seine Vorfahren wurden nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Tschechoslowakei vertrieben.¹⁵² In seiner Jugend hatte er einige Schnittmengen mit der Neonazi-Szene. Paintballspiele mit Wehrsportcharakter, die Verwendung des Kühnengrußes sowie die Teilnahme an der verbotenen Kundgebung der neonazistischen *Wikingerjugend* und seine Nähe zu Norbert Burger belegen dies.¹⁵³ Die äußerst rechte pennale Burschenschaft *Vandalia* nahm ihn 1984 auf.¹⁵⁴ Das erste politische Amt, das Strache ausübte, war das eines Bezirksrats in Wien-Landstraße im Jahr 1991. Innerhalb von 16 Jahren wurde er Bundesparteiobermann der FPÖ.¹⁵⁵ Michael Bonvalot beschreibt den politischen Kurs der FPÖ ab 2005 wie folgt:

*„Strache brachte die FPÖ wieder auf jenen Kurs, den die Haider-FPÖ in der Opposition gepflegt hatte: Hart rassistisch, scheinbar sozial, aber tatsächlich streng wirtschaftsliberal.“*¹⁵⁶

Die FPÖ mauserte sich unter Strache von einer zersplitterten Kleinpartei bis 2017 zu einer der drei Großparteien mit knapp 26% der Stimmen.¹⁵⁷ Die FPÖ war klar im Aufwind, bei der Bundespräsidentenwahl 2016 erlangte Norbert Hofer 46,2% der Stimmen.¹⁵⁸ Der Aufstieg der FPÖ sollte am 17. Mai 2019 ihr jähes Ende finden, als die *Süddeutsche Zeitung* und der *Spiegel* das „Ibiza-Video“ veröffentlichten, das zum Rücktritt Straches als Vizekanzler und zu Neuwah-

¹⁵⁰ Hauch: »Neue Wege in viele Richtungen« Geschlecht und Politik in der Freiheitlichen Partei Österreichs von 1986 bis 2000, in: Hauch/Hellmuth/Pasteur (Hg.): Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich, 80

¹⁵¹ vgl. dazu: Parlament der Republik Österreich: Frauenanteil im Nationalrat <https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/frauenanteil_NR.shtml>, abgerufen am 19.03.2021

¹⁵² Bonvalot: Die FPÖ – Partei der Reichen, 64

¹⁵³ Scharsach, Hans-Henning: Strache. Im Braunen Sumpf, 15-50

¹⁵⁴ Scharsach, Hans-Henning: Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften, 14

¹⁵⁵ Bonvalot: Die FPÖ – Partei der Reichen, 64

¹⁵⁶ Ebd., 65

¹⁵⁷ vgl. dazu: Bundesministerium für Inneres: Ergebnisse der Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017: <https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/start.aspx>, abgerufen am 07.10.2020

¹⁵⁸ vgl. dazu: Bundesministerium für Inneres: Ergebnisse der Bundespräsident_innenwahl vom 4. Dezember 2016: <<http://wahl16.bmi.gv.at/>>; abgerufen am 07.10.2020

len führen sollte.¹⁵⁹ Der erste Misstrauensantrag gegen eine Bundesregierung in der Geschichte der Republik Österreich gelang, die Regierung trat zehn Tage nach Bekanntwerden der Grenzüberschreitungen Straches zurück.¹⁶⁰ Bei den Neuwahlen im September 2019 fiel die FPÖ auf 16,2% herab.¹⁶¹ Norbert Hofer ist mittlerweile neuer Bundesparteiobermann der FPÖ, die ÖVP regiert gemeinsam mit den Grünen. Bei den Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2020 traten sowohl die FPÖ als auch die Wiener Splittergruppe um Strache an. Die FPÖ erhielt bei den Gemeinderatswahlen 7,1%, das *Team HC Strache – Allianz für Österreich* 3,3%. Bei den Bezirkswahlen waren es 7,8% für die FPÖ und 2,8% für das *Team HC Strache*.¹⁶²

¹⁵⁹ Obermair Frederik/Obermayer Bastian: Die Ibiza-Affäre. Innenansichten eines Skandals, Vorwort von Armin Wolf, 9

¹⁶⁰ Obermair/Obermayer: Die Ibiza-Affäre, 225-229

¹⁶¹ vgl. dazu: Bundesministerium für Inneres: Ergebnisse der Nationalratswahl vom 29. September 2019: <https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/>, abgerufen am 07.10.2020

¹⁶² vgl. dazu: Stadt Wien: Ergebnisse der Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vom 11. Oktober 2020: <<https://www.wien.gv.at/politik/wahlen/grbv/2020/>>, abgerufen am 06.01.2021

3. Zum Bericht der Historikerkommission der FPÖ

3.1. Quellenbeschreibung und Zusammenfassung

Die im Zentrum stehende Quelle der Analyse ist die Publikation *Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ*. Diese wurde 2019 vom *Freiheitlichen Bildungsinstitut* herausgegeben, die am 8. Jänner 2020 von deren Website bezogen wurde. Das Werk umfasst 668 Seiten und ist ein Sammelband. Der Bericht gliedert sich in die nachstehenden und in aller Kürze zusammengefassten fünf Kapitel.

Die Vorworte des *Berichts der Historikerkommission* lesen sich eingangs wie ein politischer Forderungskatalog, was auch nicht verwunderlich ist, denn die diese wurden von hohen politischen Funktionären der FPÖ verfasst. In den Vorworten ist die Betonung der Wissenschaftlichkeit und die erfolgte Aufarbeitung der Parteigeschichte die argumentative Grundlage der Autoren.

Das Kapitel *Zur Einbegleitung* enthält zunächst eine politische Erklärung, die sogenannte „Rot-Weiss-Rot-Erklärung“. Gefolgt wird diese von eher allgemein gehaltenen Beiträgen zum Entstehungsprozess des „Historikerberichts“ und der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich.

Im Kapitel *Zur Geschichte von VDU und FPÖ* finden sich sechs Beiträge, die sich mit der personellen Kontinuität von Funktionär_innen, der politischen Nachkriegsgeschichte mit Blick auf das sogenannte „Dritte Lager“, die parteigeschichtliche Situation in Oberösterreich und der Position zu Südtirol befassen. Weiters findet sich ein Beitrag über die Nationalratsdebatten von Abgeordneten zur Bewältigung der NS-Vergangenheit sowie ein Text zur Einschätzung des sogenannten „Dritten Lagers“ durch die Sowjetunion.

Im darauffolgenden Kapitel *Zur Dogmengeschichte von VdU und FPÖ* befassen sich die Themenstränge mit den Parteiprogrammen, dem Nationsbegriff der FPÖ sowie ihrer Wehrpolitik.

Unter der Überschrift *Das Zivilgesellschaftliche Umfeld – Die Korporationen* finden sich zwei Beiträge: der erste beschäftigt sich mit dem historischen Wertewandel in den Burschenschaften; der zweite wirft einen Blick auf das Liedgut, das in Korporationen gesungen wurde und/oder wird.

Um Vorwürfe und die berühmt-berüchtigten „Einzelfälle“¹⁶³ sowie Positionierungen zu Israel und dem Islam geht es im Kapitel *Materialien*. Zudem findet sich hier eine Vorstudie zum Materialbestand des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes*. Im selben Kapitel befinden sich zwei Beiträge, die allgemeine Bemerkungen zum Vorhaben des „Historikerberichts“ und den Bemühungen der FPÖ, sich von der NS-Vergangenheit zu distanzieren, enthalten. Am Ende des Berichts findet sich eine Zusammenfassung, eine kurzbiographische Autor_innenliste und eine Nachbemerkung.

3.2. Analysekriterien und Kontextanalyse

Um der Kontextanalyse gerecht zu werden, werden auf den folgenden Seiten der Entstehungszusammenhang und der mediale Kontext, das institutionelle Umfeld und die an der Publikation beteiligten Personen und deren gesellschaftlicher Hintergrund behandelt. Der historische Kontext wurde bereits im vorigen Kapitel dargestellt. Es folgt eine Analyse der Texte auf Makro-Ebene, danach folgt die Topoi-Analyse bzw. die Untersuchung der argumentativen Strategien.

Die Geschichte des *Berichts der Historikerkommission* beginnt nicht mit einer aus dem Nichts kommenden Eingebung der Parteigrößen, sich mit der eigenen Geschichte, der Haltung zur NS-Vergangenheit und sogenannten „braunen Flecken“ in der Partei auseinandersetzen zu müssen. Der Ursprung des Berichts ist vielmehr im Kontext der sogenannten „Liederbuch-Affäre“ zu verorten, welche sich zu den sogenannten „Einzelfällen“ in der FPÖ und ihrem Umfeld eingliedert. Im Jänner 2018 berichtete die Wochenzeitung *Falter* über ein Liederbuch mit NS-verherrlichenden sowie antisemitischen Texten, das sich im Besitz der rechtsextremen Burschenschaft *Germania* in Wiener Neustadt befand. Udo Landbauer war zu dem Zeitpunkt stellvertretender Obmann der schlagenden deutschnationalen Burschenschaft als auch FPÖ-Spitzenkandidat für die niederösterreichische Landtagswahl, weswegen nicht nur Landbauer,

¹⁶³ Für einen Überblick über die Einzelfälle bietet sich die folgende Broschüre an: Mauthausen Komitee Österreich (Hg.): *Die FPÖ und der Rechtsextremismus*: <<https://www.mkoe.at/broschuere-lauter-einzelfaelle-die-fpoe-und-der-rechtsextremismus>>, abgerufen am 09.04.2021. Sie reicht bis zum Februar 2013 zurück und ist somit vollständiger als die Liste im *Bericht der Historikerkommission*.

sondern auch die FPÖ kritisiert wurden.¹⁶⁴ Die FPÖ befand sich zu dem Zeitpunkt als kleine Koalitionspartnerin in der Regierungsverantwortung, gemeinsam mit der ÖVP unter Sebastian Kurz. Der Parteivorstand der FPÖ beschloss im auf den Skandal folgenden Monat die Einberufung einer „Historikerkommission“ zur Aufarbeitung der Parteigeschichte.¹⁶⁵ Mit einigen Verschiebungen und nach der Präsentation einer Vorversion im Umfang von 32 Seiten erschien der *Bericht der Historikerkommission* am 23. Dezember 2019 – einen Tag vor dem geschäftigsten Feiertag des Jahres in Österreich.¹⁶⁶

Mit der Publikation wurde versucht Objektivität, Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit zu suggerieren. Die FPÖ setzte sich das Ziel, eine möglichst breite Kommission zusammenzustellen und sah sich bei der Auswahl der Personen mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert, denn potenziell unabhängige Mitglieder der Kommission würden es ihrerseits vermeiden wollen, von der FPÖ vereinnahmt zu werden. Im nächsten Unterkapitel der vorliegenden Arbeit wird verdeutlicht, dass etwa Kurt Scholz und Stefan Karner im Nachhinein zu Recht Kritik an der Darstellung ihrer Beiträge bzw. dem „Historikerbericht“ allgemein eingebracht haben. Gleichzeitig lag es nicht im Interesse der FPÖ, die Kontrolle über den Bericht aus der Hand zu geben – was die Partei vor ein mittleres Dilemma stellte. Als weitere strategische Überlegung kann die Wahl des Labels „Historikerkommission“ in der Überschrift in Anlehnung an die *Österreichische Historikerkommission* betrachtet werden, die zwischen 1998 und 2003 aktiv war. An dieser Stelle bietet sich ein kurzer Vergleich an: Die *Österreichische Historikerkommission* wurde am 1. Oktober 1998 mit Ministerratsbeschluss eingesetzt bzw. legitimiert. Das Mandat lautete, „den gesamten Komplex Vermögensentzug auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit sowie Rückstellungen bzw. Entschädigungen (sowie wirtschaftliche oder soziale Leistungen) der Re-

¹⁶⁴ vgl. dazu: Redaktion DerStandard.at: Nazi-Lieder bei Burschenschaft von FPÖ-Kandidat Landbauer: <<https://www.derstandard.at/story/2000072861626/nazi-lieder-bei-burschenschaft-von-fpoe-kandidat-landbauer>>, abgerufen 02.10.2020

¹⁶⁵ vgl. dazu: Redaktion Die Presse.at: FPÖ berät heute über „Historikerkommission: <<https://www.diepresse.com/5370124/fpo-berat-heute-uber-historikerkommission?from=rss>>, abgerufen am 02.10.2020

¹⁶⁶ vgl. dazu: Redaktion news.orf.at: FPÖ enthüllt Historikerbericht: <<https://orf.at/stories/3148505/>>, abgerufen am: 02.10.2020

publik Österreich ab 1945 zu erforschen und darüber zu berichten“.¹⁶⁷ Insgesamt wurden 49 Bände herausgegeben.

Im Unterschied zum *Bericht der Historikerkommission* handelt es sich bei den Publikationen der *Historikerkommission der Republik Österreich* um transparent durchgeführtes Projekte, die zwar aus einem politischen Auftrag hervorgingen, jedoch von wissenschaftlich ausgewiesenen Personen verfasst wurden. Dass es sich bei den Autor_innen des *Berichts der Historikerkommission* anders verhält, werden die nächsten Seiten offenlegen. Ebenso wird verdeutlicht, dass die FPÖ den „Historikerbericht“ in erster Linie aus politischem Kalkül herausgegeben hat, und nicht aus dem proklamierten Grund, der eigenen Geschichte illusionslos ins Auge zu sehen zu wollen. Dem selbstvermittelten Auftrag, die eigene Parteigeschichte zu erforschen, standen – wie verdeutlicht wurde – also einige Hürden im Weg. Die Arbeit der *Historikerkommission der Republik Österreich* war ein ausschließlich wissenschaftliches Projekt, in das sich die Politik nach der Vergabe nicht eingemischt hatte. Eine ähnliche Herangehensweise ist beim „Historikerbericht“ der FPÖ nicht erkennbar.

Der 668 Seiten umfassende Bericht kann bei der FPÖ bestellt bzw. auf der Homepage des *Freiheitlichen Bildungsinstituts* heruntergeladen werden.¹⁶⁸ Bereits die sogenannte „Liederbuch-Affäre“ warf ein großes nationales und internationales mediales Licht auf die FPÖ und ihre Vergangenheit, so dass die Parteiführung beschloss, eine Kommission ins Leben zu rufen. Der gesamte Prozess, von der Auswahl der beteiligten Personen bis hin zur Veröffentlichung im Dezember 2019, wurde von Medien, Expert_innen und Politiker_innen aufs Genaueste verfolgt. Die Rezeption des Berichts kann als kritisch bezeichnet werden. Der Bericht wurde vom *Freiheitlichen Bildungsinstitut* in Wien herausgegeben, der sich als „*politischer Verein, der die demokratische und staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Freiheitlichen Partei Österreichs umsetzt*“,¹⁶⁹ bezeichnet. Bezogen auf das institutionelle Umfeld ist deutlich, dass es sich bei dem Werk um eine Parteipublikation der FPÖ handelt.

¹⁶⁷ vgl. dazu: Institut für Zeitgeschichte: Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission: <<https://hiko.univie.ac.at/>>, abgerufen am 06.01.2021 sowie Jabloner, Clemens: Die Historikerkommission der Republik Österreich, <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/jabloner_histkom.pdf>

¹⁶⁸ vgl. dazu: Freiheitliches Bildungsinstitut: Bericht der Historikerkommission:

<<https://www.fbi-politikschule.at/details/artikel/bericht-der-historikerkommission/>>, abgerufen am 02.10.2020

¹⁶⁹ vgl. dazu: Freiheitliches Bildungsinstitut: Leitbild: <<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-uns/leitbild/>>, abgerufen am 02.10.2020

Nachdem der historische, situative, mediale sowie institutionelle Kontext des *Berichts der Historikerkommission* verdeutlicht wurde, folgt eine Makroanalyse. Der Bericht ist thematisch in mehrere Überkapitel gegliedert, einleitend finden sich mehrere Vorworte und das Kapitel *Zur Einbegleitung*. Den umfangreichste Teil der Publikation wird durch die darauffolgenden drei Kapitel gebildet. Thematische Schwerpunkte sind die Geschichte des „Dritten Lagers“, die NS-Kontinuitäten und entsprechende personelle Kontinuitäten, die politische Positionierung und die Veränderung derselben. Überblicksmäßig werden die Korporationen behandelt. Darauf folgt das Kapitel *Materialien*, das auf die berüchtigten „Einzelfälle“ eingeht. Zudem finden hier Beiträge zu Positionierungen zu Israel, der jüdischen Gemeinschaft sowie dem Islam Platz im Bericht sowie ein Text zur Aufarbeitung der Parteigeschichte allgemein. Abschließend befindet sich eine Zusammenfassung.

Der Bericht richtet sich nach der Eigendefinition an eine sogenannte „Gegenöffentlichkeit“.¹⁷⁰ Der Zeitpunkt der Veröffentlichung lässt darauf schließen, dass man eine zu große Aufmerksamkeit eher vermeiden wollte. Nach mehrmaliger Lektüre des ganzen Berichts lässt sich vorab sagen, dass die Problematisierung der Parteivergangenheit sowie angepriesene Unabhängigkeit und Objektivität eher kurz kommen. Wie sich später zeigen wird, finden die üblichen argumentativen Strategien, die im rechtspopulistischen Diskurs zu finden sind, eine fast inflationäre Anwendung. Dieser Umstand lässt darauf schließen, dass der Bericht, obwohl dieser sich offiziell an die kritischen Geister wendet, auch Sympathisant_innen nicht abschrecken, sondern eher abholen will. Da der Bericht der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde und noch immer wird, richtet er sich grundsätzlich an alle Interessierten.

Auf einer mikroanalytischen Ebene lässt sich für den Bericht in seiner Gesamtheit sagen, dass dieser auf der stilistisch förmlich gehalten ist und übersichtlich gegliedert wurde. Rhetorisch reicht die Bandbreite von nüchterner Sachlogik bis ins Überschwängliche, je näher der/die Autor_in der FPÖ steht, desto gefühlsstimulierter sind sowohl die Argumentationsstrategien als auch die Rhetorik.

¹⁷⁰ vgl. dazu: Sulzbacher Markus/Lorenz Laurin: FPÖ-Historikerbericht als „Weihnachtsgeschenk für die Gegenöffentlichkeit“: <<https://www.derstandard.at/story/2000112608982/fpoe-praesentiert-historikerbericht>>, abgerufen am 03.10.2020

3.3. Mitglieder der Kommission

Von großem Interesse sind die gesellschaftlichen und politischen Kontexte der am Bericht beteiligten Personen. Zunächst werden die Personen angeführt, die über eine Mitgliedschaft bei der FPÖ verfügen, dann jene, die sich in deren Umfeld bewegen oder ein Naheverhältnis zu rechter Ideologie aufweisen und schließlich jene, denen keine Nähe zur FPÖ nachgewiesen werden kann. Diese Kategorisierung hilft bei der anschließenden quantitativen Einschätzung der Beiträge und der Bewertung der vorkommenden argumentativen Strategien im „Historikerbericht“. Die jeweilige Einteilung wird in den einzelnen Fällen begründet – wenn beispielsweise eine Person ein von der FPÖ gegründetes „Think Tank“ geleitet hat, wird sie zu dessen Umfeld hinzugezählt bzw. als FPÖ-affin eingestuft. Daneben ist es aus quantitativem Blickwinkel interessant, wie viele der Personen, die am „Historikerbericht“ beteiligt waren, dezidiert im wissenschaftlichen Bereich tätig sind. Von den 21 am Bericht Beteiligten sind oder waren 13 im wissenschaftlichen Bereich angestellt (Brauneder, Höbelt, Olt, Speckner, Grischany, Israeli, Kedar, Schmidl, Hartmann, Strigl, Karner, Scholz und Wladika).

FPÖ-Mitglieder

Norbert Hofer verfasste das erste Vorwort des Berichts. Er ist Parteiobmann der FPÖ und dritter Präsident des Nationalrates. Hofer legte die Matura an der HTL für Flugtechnik in Eisenstadt ab. Er arbeitete als Systemingenieur bei Lauda Air. Ab 2005 wurde Hofer zum Vizeparteiobmann der FPÖ gewählt, ab Oktober 2006 hatte er das Amt eines Abgeordneten zum Nationalrat inne. Hofer gestaltete maßgeblich das neue Parteiprogramm der FPÖ aus dem Jahr 2011 mit und bekleidete zunächst von 2013 bis 2017 das Amt des Dritten Nationalratspräsidenten. Er trat 2016 zur Bundespräsident_innenwahl an und unterlag Alexander van der Bellen knapp. Zwischen Dezember 2017 und Mai 2019 war Hofer Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie. Nach der Neuwahl des Nationalrats wurde Hofer im Oktober 2019 erneut zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt.¹⁷¹

¹⁷¹ vgl. dazu: Parlament der Republik Österreich: Ing. Norbert Hofer: <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_35521/index.shtml>, abgerufen am 02.10.2020

Herbert Kickl Feder entstammt das zweite Vorwort. Er ist Abgeordneter zum Nationalrat der FPÖ und Klubobmann des Freiheitlichen Parlamentsklubs seit Oktober 2019. Kickl studierte Philosophie und Geschichte sowie Publizistik und Politikwissenschaft, ohne die Fächer abzuschließen. Seine Parteikarriere reichte vom Wahlkampforganisator bis zum Geschäftsführer der *Neuen Freien Zeitung* und zum Geschäftsführer der *Freiheitlichen Akademie*. Zwischen Dezember 2017 und Mai 2019 war Kickl Bundesminister für Inneres.¹⁷²

Christian Hafenecker, MA, schrieb das dritte Vorwort. Er ist Abgeordneter zum Nationalrat für die FPÖ. Von 2010 bis 2013 war er Abgeordneter zum Landtag in Niederösterreich sowie im Jahr 2013 Mitglied des Bundesrates. Hafenecker war Pressechef der FPÖ Niederösterreich für den Freiheitlichen Klub im Niederösterreichischen Landtag zwischen 2008 und 2010, zudem ist er seit 2002 als selbstständiger Journalist tätig. Er studierte einige Semester Rechtswissenschaften, ohne abzuschließen. 2014 schloss er das Studium *Führung, Politik und Management* mit einem Master of Arts ab.¹⁷³

emer.O.Univ.-Prof. Mag. rer.soc.oec. Dr.iur. Dr.h.c.**Wilhelm Brauner** steuerte das vierte Vorwort bei. Er ist der Vorsitzende der „Historikerkommission“, ehemaliger Dritter Präsident des Nationalrates für die FPÖ zwischen 1996 und 1999 sowie emeritierter Universitätsprofessor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Somit zählt er zu den wissenschaftlich tätigen Personen am „Historikerbericht“. Er studierte Rechtswissenschaften und Wirtschaftspädagogik.¹⁷⁴

Andreas Mölzer ist Publizist und ehemaliges Mitglied des Bundesrates sowie ehemaliger Abgeordneter des Europäischen Parlaments für die FPÖ. Er studierte Rechtswissenschaften und wechselte zum Studium der Geschichte und Volkskunde, ohne die jeweiligen Studien abzuschließen. Mölzer war zwischen 1991 und 1995 Vorsitzender der *Freiheitlichen Parteiakademie*, zwischen

¹⁷² vgl. dazu: Parlament der Republik Österreich: Herbert Kickl:

<https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_35520/index.shtml>, abgerufen am 02.10.2020

¹⁷³ vgl. dazu: Parlament der Republik Österreich: Christian Hafenecker, MA:

<https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_78586/index.shtml>, abgerufen am 02.10.2020

¹⁷⁴ vgl. dazu: Parlament der Republik Österreich: MMag. Dr. Willi Brauner:

<https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_02833/index.shtml>,

sowie: Universität Wien: emer. o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Wilhelm Brauner:

<<https://ufind.univie.ac.at/de/person.html?id=497>>, beide abgerufen am 02.10.2020

1991 und 1993 Mitglied des Bundesrates. Zwischen 2004 und 2014 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Mölzer kam immer wieder in Verbindung mit rechtsextremen Organisationen und Strukturen.¹⁷⁵

Mag. **Norbert Nemeth** ist Klubdirektor des Parlamentsklubs der FPÖ und Mitglied der Burschenschaft *Olympia*. Er studierte Rechtswissenschaften und ist Präsident des *Atterseekreises*.¹⁷⁶

FPÖ-Umfeld bzw. Naheverhältnis zu rechten Ideologien

ao. Univ.-Prof. Dr. **Lothar Höbelt** lehrt neuere Geschichte an der Universität Wien und gehört somit zum wissenschaftlich ausgewiesenen Personal im Kreis der „Historikerkommission“. Er verfasste viele Arbeiten zur Geschichte der FPÖ und unterhält vielfältige Beziehungen zur Partei. Er ist mitunter Vorsitzender der *Genius-Gesellschaft für freiheitliches Denken* sowie Mitautor von freiheitlichen Parteiprogrammen und unterstützte das Personenkomitee für die von der FPÖ aufgestellten Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz.¹⁷⁷

Prof. Dr. Dr.h.c. **Reinhard Olt** schrieb 27 Jahre als Politikkorrespondent für die Frankfurter Allgemeine Zeitung und publizierte daneben für rechte, rechtsextreme und/oder verschwörungstheoretische Magazine wie *alles roger?*, *info-DIREKT*, *compact* und *unzensuriert.at* unter den Pseudonymen Reynke des Vos und Herrold vom Odenwald. Er studierte Germanistik, Volkskunde, osteuropäische Geschichte und Politikwissenschaft, er lehrte an deutschen und österreichischen Universitäten und ist somit eine weitere am Bericht beteiligte Person, die die Wissenschaft

¹⁷⁵ vgl. dazu: Parlament der Republik Österreich: Andreas Mölzer: <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01225/index.shtml>, abgerufen am 02.10.2020 sowie: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes: Biographische Angaben zu Andreas Mölzer:

<<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/biographische-angaben-zu-andreas-moelzer>>, abgerufen am 03.02.2021

¹⁷⁶ vgl. dazu: Parlament der Republik Österreich: Mag. Norbert Nemeth:

<https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_35568/> sowie Draxler, Peter: So national wird der neue Nationalrat: <<https://kurier.at/politik/inland/fpoe-und-die-burschenschaften-so-national-wird-der-neue-nationalrat/294.000.877>>, beide abgerufen am 02.10.2020 sowie Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.), Bericht der Historikerkommission, 659

¹⁷⁷ vgl. dazu: Anders, Theo: Lothar Höbelt, Professor Einzelfall:

<<https://www.derstandard.at/story/2000113531274/lothar-hoebelt-professor-einzelfall>>, abgerufen am 02.10.2020 sowie: Genius – Gesellschaft für freiheitliches Denken: Die Gesellschaft:

<<http://www.genius.co.at/index.php?id=10>> und: Redaktion Wiener Zeitung: „Diese Kampagne ist einzigartig“: <https://www.wienerzeitung.at/startseite/archiv/59576_Diese-Kampagne-ist-einzigartig.html>, alle abgerufen am 03.02.2021

zum Beruf gemacht hat.^{178 179} Olt verfasste gemeinsam mit nachstehendem Hubert Speckner einen Beitrag zur Südtirol-Politik der FPÖ für den „Historikerbericht“.

Mag. Dr.phil. **Hubert Speckner** ist Militärhistoriker und Oberst an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Er studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, Graz und Wien und schloss 2000 mit dem Doktorat ab. Seine Dissertation zum Thema Kriegsgefangenenlager der Deutschen Wehrmacht in der „Ostmark“ bzw. den „Donau- und Alpenreichsgauen“ wurde von Gerhard Jagschitz und Stefan Karner betreut. Seit 2000 ist er Referatsleiter in der Militärgeschichtlichen Forschungsabteilung des Heeresgeschichtlichen Museums, seit 2004 deren stellvertretender Abteilungsleiter. Er zählt zum wissenschaftlichen Kreis des „Historikerberichts“. Speckner steuerte gemeinsam mit Olt einen Beitrag zur Südtirol-Politik der FPÖ zum „Historikerbericht“ bei. In seinem Beitrag lehnt dieser die „linke Historiographie“ ab und fühlt sich von ihr zu Unrecht kritisiert, dies ist neben anderen Positionen im Text der Grund, warum er nicht zu den Autoren ohne Naheverhältnis zur FPÖ bzw. rechter Ideologie gezählt wird.^{180 181}

Mag. **Thomas R. Grischany**, MA, PhD, lehrt an der Webster University in Wien, ist Referent im Sportministerium und gehört somit zum wissenschaftlich ausgewiesenen Personenkreis des Berichts. Er studierte sowohl an Universität Wien, der Diplomatischen Akademie Wien sowie der University of Chicago, wo er seinen PhD in Geschichte erlangte. Grischany wurde von Stra-

¹⁷⁸ vgl. dazu: de Vos, Reynke, auf Unzensuriert.at: Zum 250 Geburtstag des Tirolere Volkshelden Andreas Hofer: <<https://web.archive.org/web/20180203010012/https://www.unzensuriert.at/content/0025499-Zum-250-Geburtstag-des-Tiroler-Volkshelden-Andreas-Hofer>> und: „alles-roger?“-Verlagsleitung: APA Presseaussendung „Langjähriger FAZ-Korresp. Reinhard Olt künftig „alles roger?“-Autor: <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180924_OTS0113/langjaehriger-faz-korresp-reinhard-olt-kuenftig-alles-roger-autor>, beide abgerufen am 02.10.2020

¹⁷⁹ vgl. dazu: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes: AutorInnen und InterviewpartnerInnen. Info-DIREKT: <<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/info-direkt/autorinnen-und-interviewpartnerinnen>>, abgerufen am 02.10.2020

sowie Redaktion Frankfurter Allgemeine Zeitung: Reinhard Olt: <<https://web.archive.org/web/20111118172543/http://www.faz.net/redaktion/reinhard-olt-11104415.html>>, abgerufen am 03.02.2021

¹⁸⁰ vgl. dazu: Freiheitlicher Parlamentsklub – FPÖ: APA Presseaussendung FPÖ-Neubauer zum „Attentat“ auf der Porze-Scharte: Auf neue Erkenntnisse muss Österreich und Italien nun Taten folgen: <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130807_OTS0071/fpoe-neubauer-zum-attentat-auf-der-porze-scharte-auf-neue-erkenntnisse-muss-oesterreich-und-italien-nun-taten-folgen>, abgerufen am 02.10.2020 sowie: Österreichisches Bundesheer: Oberst dhmfD Mag. Dr. phil. Hubert Speckner: <<https://www.bundesheer.at/wissensforschung/publikationen/person.php?id=681>>, abgerufen am 03.02.2021

¹⁸¹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.), Bericht der Historikerkommission, 211

che zum wissenschaftlichen Leiter vom „Think Tank“ *Denk zukunftsreich* auserkoren, bis das Projekt mit der Vizekanzlerschaft Straches unterging.¹⁸²

Laila Katharina Mirzo ist Mitglied der Mädelschaft *Iduna zu Linz*. Sie verfasst regelmäßig Beiträge zum Islam, ohne eine entsprechende wissenschaftliche Qualifikation aufzuweisen. Laut der Münchner Verlagsgruppe arbeitet sie als „Trainerin für interkulturelle Kompetenz“ und wird als „Islamkritikerin“ bezeichnet.¹⁸³

emer. Prof. Dr. **Raphael Israeli**, MA, ist Historiker, lehrt arabische sowie chinesische Geschichte und befasst sich mit der Geschichte des Mittleren Ostens an der Hebrew University. Auch er gehört zum wissenschaftlich ausgewiesenen Personal im Kreis der „Historikerkommission“. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Feldern radikaler Islamismus, Terrorismus sowie der Moderne des Mittleren Ostens, Chinas, Asiens und Europas. Israeli gilt als rechtsradikal, er schlug 2017 vor, israelische Araber_innen in Camps zu internieren.¹⁸⁴

Dr. **Mordechai Kedar** ist ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter Israels. Er ist Direktor des in der Entwicklung befindlichen Center for the Study of the Middle East and Islam sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter am Begin-Sadat-Center for Strategic Studies. Zudem lehrt Kedar an der arabischen Fakultät der Bar-Ilan Universität in Israel, und gehört somit zu den dezidierten Wissenschaftlern, die am Bericht beteiligt waren. Er erlangte mit diversen Verschwörungstheorien große Bekanntheit, sowie mit der Aussage, dass Jihadisten nur von Attentaten abgehalten werden

¹⁸² vgl. dazu: Stoppt die Rechten: Straches Think Tank-Leiter Grischany: Kommt der echte Faschismus? <<https://www.stopptdierechten.at/2019/05/10/straches-think-tank-leiter-grischany-kommt-der-echte-faschismus/>>, abgerufen am 02.10.2020 sowie LinkedIn, Thomas Grischany: <<https://at.linkedin.com/in/thomas-grischany-0496b78>>, abgerufen am 03.02.2021

¹⁸³ vgl. dazu: Mauthausenkomitee Österreich: Burschenbundball: Tummelplatz der Rechtsextremen <<https://www.mkoe.at/burschenbundball-tummelplatz-der-rechtsextremen>> und Redaktion Linkswende: Im Visier: Laila Mirzo <<http://linkswende.org/im-visier-laila-mirzo/>>, beide abgerufen am 02.10.2020 sowie Münchner Verlagsgruppe: Autorenprofil Laila Mirzo: <<https://www.m-vg.de/autor/8561-laila-mirzo/>>, abgerufen am 03.02.2021. Mirzo wurde am Burschenbundball mit Martin Sellner abgelichtet.

¹⁸⁴ vgl. dazu: The Harry S. Truman Research Institute: Prof. Raphael Israeli: <<https://truman.huji.ac.il/people/raphael-israeli>>, abgerufen am 03.02.2021 sowie Schmid, Fabian: Die dubiosen Autoren des FPÖ-Historikerberichts: <<https://www.derstandard.at/story/2000112677397/die-dubiosen-autoren-des-fpoe-historikerberichts>>, abgerufen am 02.10.2020

könnten, wenn die Strafe dafür die Vergewaltigung ihrer Schwestern und Mütter wäre. Wie Israeli wird auch Kedar als rechtsradikal eingestuft.¹⁸⁵

Kein Naheverhältnis zur FPÖ

Dr. **Anton Karl Mally** studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Wien, er arbeitete beim Verlag Böhlau und als Bibliothekar. Mally steht der ÖVP Mödling nahe und befasst sich mit dem Nationsbegriff der FPÖ.¹⁸⁶

Univ. Doz. **Erwin A. Schmidl** ist Militärhistoriker und Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien. Er studierte Geschichte, Völkerkunde und Kunstgeschichte an der Universität Wien. Schmidl arbeitete unter anderem als interimistischer Leiter der Militärgeschichtlichen Forschungsabteilung im Heeresgeschichtlichen Museum. 2001 wurde er Universitätsdozent für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, bis 2014 war er Fachbereichsleiter für Zeitgeschichte am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie – Schmidl zählt somit zum wissenschaftlich ausgewiesenen Personal des „Historikerberichts“. Sein Beitrag handelt von der Wehrpolitik der FPÖ.¹⁸⁷

Mag. Dr. **Johannes Kalwoda** ist Lehrer für Deutsch, Geschichte und politische Bildung bei der Caritas Seegasse. Er studierte Geschichte und Deutsche Philologie in Wien. Für den „Historiker-

¹⁸⁵ vgl. dazu: Schmid: Die dubiosen Autoren des FPÖ-Historikerberichts:

<<https://www.derstandard.at/story/2000112677397/die-dubiosen-autoren-des-fpoe-historikerberichts>>, abgerufen am 02.10.2020 sowie: The Embassy of Israel to the United States: Mordechai Kedar: <<https://embassies.gov.il/washington/Speakers-Guide/Arab-Israeli-Conflict-Arab-Spring/Pages/Mordechai-Kedar.aspx>>, abgerufen am 03.02.2021

¹⁸⁶ vgl. dazu: Volkspartei Mödling: Otto Rezac neuer ÖAAB-Obmann:

<<https://stadt-moedling.vpnoe.at/start/artikel/otto-rezac-neuer-oeaab-obmann-121563/>>, abgerufen am 02.10.2020 sowie Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.), Bericht der Historikerkommission, 658

¹⁸⁷ vgl. dazu: Haus der Geschichte Österreich: Erwin A. Schmidl:

<<https://www.hdgoe.at/author/Erwin+A.+Schmidl>>, abgerufen am 02.10.2020 sowie: Universität Innsbruck: Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl: <<https://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/mitarbeiterinnen/schmidl.html.de>>, abgerufen am 03.02.2021

bericht“ befasste er sich mit dem Aktenbestand des *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*.¹⁸⁸

Priv.-Doz. Dr. **Gerhard Hartmann** studierte Theologie und Neuere Kirchengeschichte. Er wird vom *Österreichischen Cartell-Verband* als ausgewiesener „CV-Historiker“ bezeichnet, passend dazu verfasste er einen Beitrag zu den Wertewandlungen in den Studenten- und Studentinnenverbindungen und zählt ebenso zum wissenschaftlichen Personenkreis der „Historikerkommission“. ¹⁸⁹

Dr. **Mario Strigl** hat Geschichte und Politikwissenschaften sowie Volkswirtschaftslehre studiert und ist ehemaliger ÖVP-Pressesprecher im Wiener ÖVP-Landtagsklub. Er lehrt seit 2010 am Institut für Numismatik der Universität Wien und ist zudem Miliz-Offizier – auch er zählt zum wissenschaftlichen Kreis des „Historikerberichts“. ¹⁹⁰

Univ.-Prof. Dr.phil. Dr.h.c. **Stefan Karner** ist Historiker, ehemaliger Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz und ehemaliger Vizepräsident der Politischen Akademie der ÖVP. Auch er zählt zum dezidiert wissenschaftlichen Kreis des „Historikerberichts“. Karner studierte Geschichte und Russisch, promovierte 1976 und begann ein Jahr später am Institut für Geschichte der Universität Graz zu arbeiten. Ohne weiter in das Projekt der „Historikerkommission“ eingebunden zu werden, verfasste er einen Beitrag zur Perspektive der Sowjetunion auf das sogenannte „Dritte Lager“ in Österreich. Karner gründete und leitete lange Zeit das *Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung*.¹⁹¹ Nachdem der Zwischenbericht der „Historikerkommission“ veröffentlicht wurde, be-

¹⁸⁸ vgl. dazu: Ausbildungszentrum Caritas Seegasse: LehrerInnen: <<https://seegasse.caritas-wien.at/ueber-uns/unser-team/lehrerinnen/>>, abgerufen am 03.02.2021 sowie Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.), Bericht der Historikerkommission, 657

¹⁸⁹ vgl. dazu: Redaktion Kurier: Details zum Bericht der FPÖ-Historikerkommission: <<https://kurier.at/politik/inland/details-zum-bericht-der-fpoe-historikerkommission/400570841>>, abgerufen am 02.10.2020 sowie Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.), Bericht der Historikerkommission, 657

¹⁹⁰ vgl. dazu: Rathkolb, Oliver: Nichts als ein blauer Etikettenschwindel: <<https://cms.falter.at/blogs/thinktank/2020/01/07/nichts-als-ein-blauer-etikettenschwindel/>>, abgerufen am 02.10.2020 sowie: Universität Wien, Institut für Numismatik: Lehrende: <<https://numismatik.univie.ac.at/ueber-uns/personal/weitere-mitarbeiterinnen/>>, abgerufen am 03.02.2021 und Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.), Bericht der Historikerkommission, 660

¹⁹¹ vgl. dazu Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung: Das Institut: <<https://bik.ac.at/das-institut/>>, abgerufen am 10.03.2021

zeichnete er die Umsetzung der historischen Forschungen als „eher dilettantisch“. Karner arbeitete zudem für die *Historikerkommission der Republik Österreich*.¹⁹² Er ist in keiner Weise dem FPÖ-Umfeld zuzurechnen und wurde von außen zur Mitarbeit beim Bericht hinzugezogen.¹⁹³

Dr. **Kurt Scholz** ist Historiker und studierte Germanistik sowie Geschichte. Zwischen 1992 und 2001 war er Stadtschulratspräsident unter dem ehemaligen Bürgermeister der Stadt Wien, Helmut Zilk (SPÖ). Zudem war Scholz zwischen 2011 und 2019 Vorsitzender des Kuratoriums des *Zukunftsfonds der Republik Österreich*. Seit 2017 fungiert er als Vorsitzender des Internationalen Beirates der *KZ-Gedenkstätte Mauthausen*, zudem schrieb er zwischen 2001 und 2017 regelmäßig für die Tageszeitung *Die Presse*. Auch er zählt zum wissenschaftlichen Kreis des „Historikerberichts“ – ist jedoch in keiner Weise dem FPÖ-Umfeld zuzurechnen und wurde extern zur Mitarbeit hinzugezogen. Scholz trug einen Beitrag zur Parteigeschichte für den *Bericht der Historikerkommission* bei, er kritisierte im Nachhinein, dass sein Beitrag verkürzt wiedergegeben wurde.¹⁹⁴

Ähnliche Kritik gab es von Univ. Doz. Dr. **Michael Wladika**, er ist Historiker sowie Jurist und arbeitet aktuell am Institut für Philosophie an der Universität Wien, weswegen er auch zu den wissenschaftlich ausgewiesenen Personen zählt. Wladika ist sowohl als Provenienzforscher für die Museen der Stadt Wien als auch für die *Leopold Museum Privatstiftung* tätig. Seine Arbeit umfasst die Themen politische Parteien, Deutschnationalismus, Nationalsozialismus, Entnazifizierung sowie die Restitutionsproblematik nach 1945. Für den *Bericht der Historikerkommission* verfasste er einen Beitrag zu personellen Überschneidungen mit der NSDAP. Sowie Karner, arbeitete auch Wladika für die *Historikerkommission der Republik Österreich*.¹⁹⁵ Er ist in keiner

¹⁹² vgl. dazu: Institut für Zeitgeschichte: Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission: <<https://hiko.univie.ac.at/>>, abgerufen am 10.03.2021

¹⁹³ vgl. dazu: Sittinger, Andrea: „Nur ein Mosaikstein, um die braunen Wurzeln abzutöten“: <https://www.meinbezirk.at/steiermark/c-politik/nur-ein-mosaikstein-um-die-braunen-wurzeln-abzutoeten_a3557166>, sowie Rathkolb, Oliver: Etikettenschwindel und Sammelsurium: <https://www.falter.at/zeitung/20200108/etikettenschwindel-und-sammelsurium/_e3b0b38759?ver=a> und Universität Graz, Institut für Wirtschafts- Sozial- und Unternehmensgeschichte: Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner: <<https://wirtschaftsgeschichte.uni-graz.at/de/institut/institutsteam/stefan-karner/>>, alle abgerufen am 02.10.2020

¹⁹⁴ vgl. dazu: Geschichtewiki der Stadt Wien: Kurt Scholz: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Kurt_Scholz>, abgerufen am 03.02.2021 sowie Redaktion Die Presse: FPÖ präsentiert am Montag ihren „Historikerbericht“ <<https://www.diepresse.com/5661177/fpo-prasentiert-montag-ihren-historikerbericht>>, abgerufen am 02.10.2020

¹⁹⁵ vgl. dazu: Institut für Zeitgeschichte: Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission: <<https://hiko.univie.ac.at/>>, abgerufen am 10.03.2021

Weise dem FPÖ-Umfeld zuzurechnen und wurde von außen zur Mitarbeit beim Bericht hinzugezogen.¹⁹⁶

¹⁹⁶ vgl. dazu: Redaktion Die Presse: FPÖ präsentiert am Montag ihren „Historikerbericht“ <<https://www.diepresse.com/5661177/fpo-prasentiert-montag-ihren-historikerbericht>>, abgerufen am 02.10.2020 sowie Wladika, Michael: Michael Wladika: „Bin ich zum FPÖ-Parteihistoriker mutiert?“ <<https://www.derstandard.at/story/2000107338434/bin-ich-zum-fpoe-parteihistoriker-mutiert>>, abgerufen am 03.02.2021

4. Analyse argumentativer Strategien im Bericht der Historikerkommission

In diesem Kapitel werden die einzelnen Vorworte sowie Beiträge des „Historikerberichts“ jeweils zusammengefasst wiedergegeben. Nach der im Methodenkapitel erläuterten Vorgangsweise werden daraufhin jeweils die Textpassagen analysiert, in denen die im rechtspopulistischen Diskurs üblichen argumentativen Strategien Anwendung finden. Der gesamte *Bericht der Historikerkommission* wird in diesem Sinne nach den eingangs definierten Topoi untersucht, die meinerseits nachfolgend hervorgehoben und den Aussagen der Autor_innen zugeordnet werden. Die wesentlichen Zitate, in denen sich die Topoi finden, werden hier aus Transparenzgründen wiedergegeben und kommentiert. Dennoch empfiehlt es sich an dieser Stelle, den *Bericht der Historikerkommission* zum Vergleich präsent zu haben.

4.1. Vorworte

Der *Bericht der Historikerkommission* wird durch vier Vorworte eingeleitet, um die Notwendigkeit des Projektes aus der Sicht der FPÖ zu legitimieren und zu kontextualisieren.

Norbert Hofer

Hofer behandelt die Geschichte, aber auch „Schattenseiten“ und „Verantwortung“ der Partei, zudem vermittelt er den Beteiligten seinen Dank.¹⁹⁷ Relevanz für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit hat folgendes Zitat:

*„Die Geschichte der Freiheitlichen Bewegung beginnt nicht erst am Tag der Gründung der FPÖ. Wer unsere Werte, unsere Weltanschauung verstehen und begreifen will, muss weiter in der Zeit zurück gehen. Unsere Ursprünge reichen bis in die Freiheitsbewegung von 1848 zurück.“*¹⁹⁸

¹⁹⁷ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ, 5

¹⁹⁸ Ebd.

Hofer verwendet in seinem Vorwort den **Topos der Geschichte**, um den Konnex seiner Partei zur Revolution von 1848 herzustellen. Die FPÖ rückt sich in ihrer Selbstdarstellung näher an 1848, dem Jahr der gescheiterten bürgerlichen Revolution, um ihre tragende Bedeutung im demokratischen System hervorzuheben. Die Ursprünge des „nationalen“ Lagers sind jedoch erst ab 1867 zu verorten, wie im Unterkapitel *Frühgeschichte der „nationalen“ Parteien in Österreich* der vorliegenden Arbeit verdeutlicht wurde.

Herbert Kickl

Kickl kritisiert in seinem Vorwort zunächst die schwierigen politischen Umstände, unter denen der „Historikerbericht“ letztlich veröffentlicht werden konnte und thematisiert die Grundsätze sowie die Geschichte der Partei. Er betont, dass es Medien und politischen Mitbewerber_innen nicht recht gemacht werden kann.¹⁹⁹ Folgende Zitate kamen für die Topoi-Analyse infrage:

„Dieser Bericht stellt klar unter Beweis, dass sich die FPÖ ihrer Vergangenheit gestellt hat. Dies auch unter dem Grundsatz, dass derjenige, der die Vergangenheit nicht kennt, auch kaum fähig ist, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. (...)“

Natürlich wird dieser Bericht heftig diskutiert werden und auch auf wütenden Widerspruch stoßen, wie sich schon im Vorfeld zeigte. Es gibt schließlich linke Medien und politische Mitbewerber, denen wir es nie recht machen können, es sei denn, wir lösen nach erfolgter Selbstgeißelung die Partei auf. Diesen absurden Gefallen werden wir ihnen aber sicher nicht tun. Und auch eine solche vom politisch korrekten Establishment herbeigesehnte Selbstgeißelung ist dieser Historikerbericht nicht. (...)“

Dass die FPÖ extremistische Tendenzen, egal in welche Richtung, ablehnt, ist völlig klar und seit langer Zeit geübte Praxis. Interessant wäre es aber, würden sich beispielsweise die SPÖ und die Grünen endlich einmal ebenso akribisch der Aufarbeitung ihrer linksextremen Verbindungen in Vergangenheit und Gegenwart widmen. Eine Untersuchung wert

¹⁹⁹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 6

wären auch jene Personen, die im Ständestaat die Demokratie zu Grabe getragen und sich nach dem Zweiten Weltkrieg bei der ÖVP engagiert haben.“²⁰⁰

Wie Hofer verwendet Kickl zunächst den **Topos der Nutzens**, um klarzustellen, dass sich die FPÖ der Vergangenheit gestellt habe. Des Weiteren kommt der **Topos des Opfers** zur Verwendung, um Kritik durch „linke Medien und politische Mitbewerber“ als den „wütenden Widerspruch“ im Vorfeld zu bezeichnen, zudem fällt der Begriff der „Selbstgeißelung“. Hinzu kommt der **Topos der Verschleierung**: Kickl betont die Selbstverständlichkeit seiner Partei, extremistische Tendenzen abzulehnen. Im letzten Absatz findet der **Topos der Schuldabweisung** Verwendung – die SPÖ und die Grünen sollen ihre „linksextremistischen Verbindungen“ aufarbeiten, die ÖVP solle sich der Zeit des Austrofaschismus stellen.

Christian Hafenecker

Laut Hafenecker plante die FPÖ bereits vor dem politischen Skandal um die sogenannte „Liederbuch-Affäre“, ihre Geschichte aufzuarbeiten, dies sei nun passiert. Historische Erkenntnisse würden getätigte Vorwürfe von politischen Gegner_innen klar widerlegen, zudem betont Hafenecker die Rolle und demokratische Tradition der Partei als „Dritte Kraft“²⁰¹ im österreichischen Parteiensystem sowie das hohe wissenschaftliche Niveau der Publikation.²⁰² Folgende Zitate enthielten Topoi:

„Den renommierten Mitgliedern dieser Kommission, welchen ich für ihre hervorragende Arbeit danken möchte, ist es mit dem vorliegenden Bericht in nur rund eineinhalb Jahren und unter stetem medialen Druck gelungen, eine ebenso umfassende wie profunde Studie mit bedeutenden historischen Erkenntnissen zu erstellen, welche von politischen Gegnern der Freiheitlichen immer wieder getätigte Vorwürfe wissenschaftlich klar widerlegen. So konnte nicht nur das besonders von der Linken aufgestellte Narrativ, die FPÖ sei eine Nachfolgepartei der NSDAP, falsifiziert werden. (...)

²⁰⁰ Alle drei Zitate: Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 6

²⁰¹ Dass genügend Kritik zur „Drei-Lager-Theorie“ vorhanden ist, wird im Kapitel „Begriffsdefinitionen“ – „Drittes Lager“ der vorliegenden Arbeit reflektiert, siehe Seite 31ff

²⁰² Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 7

Denn ausgehend von ihrer Gründung bekannte sich die FPÖ stets zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und nahm als parteipolitische Kraft des national-freiheitlichen ‚Dritten Lagers‘ neben Sozialdemokratie und Christdemokraten einen elementaren Platz, sei es als Oppositions- oder Regierungspartei, auf den verschiedenen politischen Ebenen im demokratischen System der Zweiten Republik ein.“²⁰³

Hafenecker betont – ähnlich wie Hofer – die demokratische Tradition des sogenannten „Dritten Lagers“ mithilfe des **Topos der Geschichte** und blendet somit die Periode zwischen 1933/1934 und 1945 aus. Er verwendet den **Topos des Opfers**, um die FPÖ als Ziel von diskreditierenden „linken Narrativen“ zu instrumentalisieren.

Wilhelm Brauneder

Brauneder beschreibt in aller Kürze die Umstände und das Ziel des Berichtes und nennt Gründe für die Auswahl der Themenkomplexe.²⁰⁴ Folgendes Zitat ist für die Fragestellung von Interesse:

„Zur Beschränkung auf die hier vorliegenden Beiträge trug auch medialer und sonstiger Druck bei, der von manchen Gesprächspartnern als mögliche Einengung der Wissenschaftsfreiheit verstanden werden konnte.“²⁰⁵

An dieser Stelle lässt sich der **Topos der Schuldzuweisung** hervorheben, Brauneder verwendet diesen, um eine etwaig wahrgenommene „Einengung der Wissenschaftsfreiheit“ durch „medialen und sonstigen Druck“ im Bericht zu erklären.

²⁰³ Beide Zitate: Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 7

²⁰⁴ Ebd., 8

²⁰⁵ Ebd.

4.2. Zur Einbegleitung

Rot-Weiss-Rot-Erklärung²⁰⁶

Das Kapitel *Zur Einbegleitung* enthält zunächst ein Positionspapier, die *Rot-Weiss-Rot-Erklärung*, das die grundsätzlichen politischen Stellenwerte der FPÖ zusammenfassen soll, wie etwa das Bekenntnis zu Demokratie und Staat. Zudem wird beschrieben, dass intolerante Positionen abgelehnt werden, besonders hervorgehoben wird der Antisemitismus sowie Extremismus im Allgemeinen.²⁰⁷ Folgende Zitate sind relevant:

„Insbesondere werden wir auch gegen importierten Antisemitismus und gegen jenen Extremismus auftreten, der sich aus dem radikalen Islam nährt und zusehends in Europa Ausbreitung findet.“ (...)

„In einem rot-weiß-roten Schulterschluss stehen wir für eine gemeinsame und gedeihliche Zukunft in Frieden, Freiheit, Respekt und Wohlstand.“²⁰⁸

In der *Rot-Weiss-Rot-Erklärung* findet sich der **Topos der Gefahr/Bedrohung**, um vor importierten Antisemitismus und den sich „ausbreitenden radikalen Islam“ zu warnen. Gleichzeitig sei die FPÖ da, um diese „Bedrohung“ zu beseitigen, hier wurde der **Topos des Retters** verwendet. Hinzu kommt der **Topos von Recht und Ordnung**: „Wir stehen für eine gemeinsame und gedeihliche Zukunft (...)“.

Scholz: Vom Verband der Unabhängigen zu Erich Fried?

Der Beitrag von Scholz beschreibt zunächst die ersten Nachkriegsjahre der Zweiten Republik aus politischer Perspektive und wirft eingangs einen Blick auf die Entnazifizierung, wahlstrategische Überlegungen im Anbetracht des „nationalen Lagers“ sowie die Umstände der Gründung des VdU. Des Weiteren ist der Kontext der ersten Regierungsbeteiligung der FPÖ mit der SPÖ unter Kreisky Thema, sowie die liberalere Phase unter Steger und der Aufschwung unter Haider.

²⁰⁶ Da nicht klar ist, wer diese Erklärung verfasst hat, werden die Topoi nicht in die abschließende quantitative Analyse miteinbezogen.

²⁰⁷ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 11

²⁰⁸ Ebd.

In aller Kürze wird noch auf die Jahre der weiteren Regierungsbeteiligungen eingegangen und Glaubwürdigkeitsfragen zu Persönlichkeiten gestellt – der Ausblick schließt mit der Hoffnung, dass die FPÖ ihre Geschichte zukünftig seriös aufarbeitet und einen Wandel vollzieht.²⁰⁹ Der Beitrag von Scholz kommt ohne die Anwendung von im Rechtspopulismus üblichen diskursiven Strategien aus.

Brauneder: Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich

Brauneder beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich und führt im Aufarbeitungsprozess die beiden gängigen Theorien – die Annexions- und die Okkupationstheorie – an, wobei zweitens seiner Meinung nach ab 1945 die dominante gewesen sei. Daran anknüpfend stellt Brauneder Fragen nach der Verfassung von 1934 und beschreibt die Kontinuität verschiedener gesetzlicher Bestimmungen, die ihren Ursprung im Nationalsozialismus fanden. Weiters ist die Entnazifizierungspolitik bzw. Gesetzgebung der Nachkriegsjahre Thema. Es wird sowohl ein kurzer Blick auf die Volksgerichtsbarkeit als auch auf den juristischen Umgang mit Kriegsverbrechen sowie die Restitution im Hinblick auf die Opferproblematik im Selbstverständnis der jungen Zweiten Republik Österreich geworfen. Brauneder beschreibt zudem den Intensitätswandel der Entnazifizierungspolitik innerhalb weniger Jahre und die langsame, aber stetige Abkehr von der Opfertheorie hin zu einer zumindest moralischen Verantwortung.²¹⁰ Folgendes Zitat weist Relevanz für die Fragestellung auf:

„Kritik an der NS-Gesetzgebung gab es zum Teil sehr vehement, auch in den Zeitungen, diese freilich nur in den Westzonen, nicht in der Sowjetzone. Durchgehend negativ kritisiert wurde die Kollektivschuld, die Ausgrenzung aus dem politischen und sozialen Leben. Der Innsbrucker Staatsrechtslehrer Ernst Kolb schrieb 1947, das Verbotsgesetz sei das ‚schärfste, jemals in einem besiegten, besetzten oder neutralen Staat beschlossene Gesetz‘, und der Erzbischof von Salzburg [sic!] hielt ‚das neue Nationalsozialistengesetz für einen Irrweg.‘“²¹¹

²⁰⁹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 13-23

²¹⁰ Ebd., 25-36

²¹¹ Ebd., 29f

Brauneder betont Kritik an der NS-Gesetzgebung in den ersten Jahren der Nachkriegszeit, unter anderem in Zeitungen und von Einzelpersonen. Quelle der Information ist mitunter Viktor Reimann. Hierzu wird das Zitat von Ernst Kolb angeführt, das Verbotsgesetz sei das „schärfste, jemals in einem besetzten oder neutralen Staat beschlossene Gesetz“, ohne das Zitat historisch zu prüfen bzw. in den Kontext zu stellen. Eine vergleichende Darstellung mit den Nürnberger Gesetzen hätte sich zum Beispiel angeboten. Das Zitat bleibt kontextfrei stehen: diese Vorgangsweise deutet auf die Verwendung des **Topos der Verschleierung** hin. Durch diesen wird vermittelt, das Verbotsgesetz habe flächendeckend nur Kritik erfahren.

4.3. Zur Geschichte von VdU und FPÖ

Wladika: Die NS-Vergangenheit der Funktionäre des VdU und der frühen FPÖ

Wladika steuerte einen Beitrag zur Frühgeschichte der FPÖ bei, die zentrale Fragestellung befasst sich mit der politischen Reorganisation der ehemaligen Nationalsozialist_innen, ihren Netzwerken und ihrer Reintegration auf beruflicher und politischer Ebene. Zunächst wird Licht auf die politischen Formierungsversuche geworfen, die dem VdU vorangegangen waren. Hierzu werden Hintergründe zu Personen wie Ernst Schönbauer, Karl Hartleb, Fritz Stüber und Leopold Stocker erläutert und auf die *Verfassungstreue Vereinigung* eingegangen. Wladika beschreibt sowohl die Gründung des VdU bis hin zu ihren Erfolgen und Niederlagen als auch ihre strukturellen Wandlungsprozesse wie letztlich die Auflösung bzw. Reorganisation als FPÖ. Neben organisatorischen Backgrounds wird der Blick auf die nationalsozialistische Vergangenheit einiger Proponenten geworfen. Durchleuchtet werden die Hintergründe von Herbert Kraus, Fritz Stüber, Viktor Reimann, Robert Scheuch, Anton Gasselich, Helfried Pfeifer, Gordon Gollob, Anton Reinhaller, Emil van Tongel und Friedrich Peter. Seite 89 und 90 wirken in der verwendeten Version (erneut abgerufen am 03.10.2020 und am 19.02.2021), als wurde etwas aus dem Beitrag herausgeschnitten und darauf vergessen, die Lücke zu füllen. Wladika bezieht einen Großteil seiner Quellen von Kurt Piringer, Lothar Höbelt, Herbert Kraus, Viktor Reimann, wenig stammt zum Beispiel von Margit Reiter, was im Schlusswort redaktionell durch Zeitmangel begründet wird.²¹² Folgende Zitate kamen für die Analyse argumentativer Strategien in Frage:

*„Die Zulassung von Wahlwerbern jenseits der drei ‚Lizenz-Parteien‘ war nicht zuletzt vom Einverständnis der Besatzungsmächte abhängig.“*²¹³

Die Formulierung „Lizenz-Parteien“ ist unglücklich gewählt bzw. übernommen und fand vor allem im Kontext des „nationalen“ Spektrums Anwendung. Ein solches Wording kritisiert eine als ausgrenzend wahrgenommene politische Partizipation, es handelt sich hierbei um den **Topos der demokratischen Mitbestimmung**.

²¹² Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 39-91

²¹³ Ebd., 41

*„Im Sommer 1948 wurde aber schließlich nicht nur der ‚Alpenländische Heimatruf‘ verboten, am 12. September wurde auch die ‚Verfassungstreue Vereinigung‘ behördlich aufgelöst. Der Grund hierfür war die Involvierung einiger Vertreter in die sogenannte ‚Soucek-Affäre‘ um den Grazer Kaufmann Theodor Soucek, laut Lothar Höbelt ‚eine ‚Dritte Mann-Geschichte‘ aus Fluchthilfe, Hochstapelei und Beschaffungskriminalität, die zu einer NS-Untergrundorganisation aufgebauscht wurde“.*²¹⁴

An späterer Stelle wird im Kontext der Auflösung der *Verfassungstreuen Vereinigung* unkritisch Höbelt zitiert, der die *Soucek-Affäre* relativiert bzw. als „aufgebauscht“ bezeichnet. Es liegt nahe, diese Vorgangsweise mit dem **Topos der Verschleierung** zu klassifizieren.

Höbelt: Raab und Reinthaller. Die Stabilisierung der Zweiten Republik

In seinem Beitrag skizziert Höbelt zunächst die Machtverhältnisse der politischen Parteien in der Zeit vor dem Ersten bis nach dem Zweiten Weltkrieg und beschreibt die Bedingungen, mit denen sich das „nationale Lager“ konfrontiert sah. Einerseits sind die Verhältnisse zu den beiden anderen großen Parteien Thema, andererseits stehen die politischen Prozesse des VdU selbst im Fokus. Zwar werden einige Verbindungen zum Nationalsozialismus bezüglich Reinthaller (nebst anderen) geschildert, jedoch bleibt der Eindruck, der Autor würde ihn übermäßig in Schutz nehmen, indem dieser zum Beispiel als „gemäßigter Nazi“ bezeichnet wird.²¹⁵ Eine zentrale These Höbelts im Beitrag ist, dass Reinthaller maßgeblich an der Deradikalisierung der „Ehemaligen“ beteiligt gewesen sei, um dies zu untermauern werden etwa Zitate von Julius Raab herangezogen. Eine kritischere Perspektive auf Reinthaller bleibt außen vor, hierzu bietet sich Reiters Werk „Die Ehemaligen“ an.^{216 217} Einige Zitate sind für die Topoi-Analyse von Relevanz:

„Am 9. März wurde das 12-Punkte-Programm von ÖVP und WdU veröffentlicht, doch bereits am Tag darauf sah sich Raab gezwungen, Stendebach die Mitteilung zu machen, daß [sic!] die SPÖ eine Dreier-Koalition strikt ablehne. Erst nach diesem ‚Njet‘ der SPÖ er-

²¹⁴ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 44

²¹⁵ vgl. hierzu: Lothar Höbelt: Rezension zu: Reiter, Margit: Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ. Göttingen 2019, in H-Soz-Kult, 04.06.2020, <www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-28569>

²¹⁶ vgl. hierzu zu Reinthallers Nachkriegsperspektive auf den Nationalsozialismus: Reiter: Die Ehemaligen, 180ff

²¹⁷ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 93-124

wog Raab zwar immer noch keine Koalition allein mit dem VdU, wohl aber eine Minderheitsregierung, sobald die SPÖ über den status quo hinausgehende Forderungen stelle – ein Vorschlag, der allerdings bloß bei Kamitz auf Wohlgefallen stieß.“²¹⁸

Im Kontext der potenziellen Dreierkoalition zwischen ÖVP, SPÖ und WdU wird die Ablehnung der SPÖ durch ein „Njet“ beschrieben. Zwischen den Zeilen bleibt der Eindruck, Höbelt versuche der SPÖ mit dem **Topos der Schuldzuweisung** eine Beeinflussung durch die sowjetischen Besatzungsmächte zu unterstellen.

*„Reinhaller eilte der Ruf eines gemäßigten Nazi voraus, der sich persönlich nichts zuschulden hatte kommen lassen. Zum Unterschied von Kraus, Stendebach oder Stüber verfolgten ihn keine hartnäckigen, von der Flüsterpropaganda des politischer Gegners genüsslich aufgegriffene Gerüchte über Fehlverhalten während des Krieges.“*²¹⁹

Höbelt kreiert ein Oxymoron und bezeichnet Reinhaller – wie eingangs erwähnt – als einen „gemäßigten Nazi“. Im Sinne dieser Konstruktion wird der **Topos der Opfers** in Kombination mit dem **Topos der Verschleierung** hervorgehoben. Es wird versucht, Reinhallers Vergangenheit in ein harmloseres Licht zu rücken, gleichzeitig wird kaum auf seine SS-Vergangenheit eingegangen.

*„In Wirklichkeit waren es gerade Reinhaller und seine Mitstreiter, die sich der ‚troublemakers‘ entledigen konnten, mit einer Leichtigkeit, die Kraus nie gegönnt gewesen war. Reinhaller war der beste Garant gegen eine Radikalisierung der ‚Ehemaligen‘, nicht obwohl, sondern weil er ein ‚hochrangiger NS-Führer‘ gewesen war.“*²²⁰

Im Resümee wird Reinhaller zugleich als „hochrangiger NS-Führer“ und „bester Garant“ gegen eine Radikalisierung der „Ehemaligen“ bezeichnet. Es finden sich ein Hinweis auf die Verwendung des **Topos des Retters**, des **Topos des Nutzens** sowie des **Topos der Verschleierung**, denn mit Reinhaller gewann der nationale Kern mehr auftrieb, die liberalen verschwanden in der

²¹⁸ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 106

²¹⁹ Ebd., 110f.

²²⁰ Ebd., 119

Anfangsphase der FPÖ in der Bedeutungslosigkeit – wie im Kapitel „Historischer Kontext und Hintergründe“ der vorliegenden Arbeit beschrieben wurde. Nur Reinthaller sei in der Lage gewesen, die Partei zu retten.

*„Es steht selbstverständlich jedem frei, Reinthaller – oder Kamitz und Kery – als ‚braune Flecken‘ ihrer jeweiligen Parteien zu betrachten. Konsequenterweise müsste man dann freilich Angela Merkel als ‚dunkelroten Fleck‘ der CDU betrachten, ja den Landbündler Reinthaller selbst als grünen, den Großdeutschen von Tongel als blauen Fleck der NSDAP.“*²²¹

Ein gutes Beispiel für den **Topos der Schuldabweisung** findet sich am Ende des Beitrages, als Höbelt den Vergleich anstellt, wer Reinthaller als „braunen Fleck“ seiner Partei bezeichnet, müsse auch „Merkel als dunkelroten Fleck der CDU“ betrachten. Erneut liegt der **Topos der Verschleierung** nahe, denn nach Höbelts Schlussfolgerung wäre Reinthaller in diesem Kontext wäre im *Landbund* ein „grüner Fleck“ gewesen.

Höbelt: VdU und FPÖ in Oberösterreich 1949-1999

Der darauffolgende Beitrag von Höbelt setzt sich mit der Geschichte des VdU und der FPÖ in Oberösterreich auseinander. Die lokale Einschränkung auf Oberösterreich wird durch die Bedeutung als das Kernland des „nationalen Lagers“ hergeleitet. Es folgt ein historischer Abriss über die Rolle der *Großdeutschen Volkspartei* in Oberösterreich, der Bedingungen unter dem Hakenkreuz sowie der Geschichte des VdU und der FPÖ in der Nachkriegszeit ausgehend von Reintaller, über Peter und Steger bis in die Zeit unter Haider (1986-2000). Das Wechselspiel zwischen Landes- und Bundespolitik wird neben Standpunkten zu diversen Bereichen der politischen Arbeit, wie etwa der Arbeitnehmer_innenpolitik thematisiert. Sowohl ideologische Standpunkte des VdU und der FPÖ in Oberösterreich sowie auf Bundesebene als auch interne Wand-

²²¹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 122

lungsprozesse finden im Beitrag ihren Platz.²²² Die folgenden Zitate sind für die Fragestellung dieser Arbeit relevant:

„Nach 1918 waren die traditionellen Hochburgen der Nationalliberalen, die Sudetengebiete, weggefallen; in Wien und Umgebung hatte die Polarisierung zwischen Christlichsozialen und ‚Judenliberalen‘ das nationale Lager nicht recht aufkommen lassen; in Steiermark und Kärnten aber wurde das national-freiheitliche Lager vom Landbund dominiert.“²²³

Gleich eingangs findet der **Topos der Kultur** Anwendung, Höbelt spricht ab 1918 von den polarisierenden Hochburgen der „Judenliberalen“ und „Christlichsozialen“.

„Freilich: Die Erinnerung an politische Repressalien zwischen 1933 bis 1945 und die Pönalbestimmungen für politischen [sic!] ‚Formaldelikte‘ im Zuge der ‚Entnazifizierung‘ nach 1945 hatten die soziologischen Fronten zwischen den Lagern verhärtet. Unter den Unzufriedenen, denen Kraus eine bürgerliche Alternative bieten wollte, befanden sich deshalb automatisch viele der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, die 1948 das Wahlrecht zurückerhalten hatten, zum Teil aber weiterhin als Bürger zweiter Klasse behandelt wurden; daneben produzierte die Nachkriegszeit nach mehreren Seiten hin ‚Entfremdung‘: Von den ‚Heimkehrern‘, den Wehrmachtsoldaten, die vergeblich auf den Dank des Vaterlandes warteten, über die Vertriebenen, die zum Teil noch jahrelang in Lagern lebten, bis zu den Sparern, die über die Währungsreform klagten, und in dem wendigen Linzer Oskar Huemer einen Sprecher, in den ‚Salzburger Nachrichten‘ (SN) eine Zeitlang auch ein Sprachrohr gefunden hatten.“²²⁴

Mit dem **Topos der Geschichte** und dem **Topos des Opfers** wird im Zuge der Entnazifizierung von politischen „Formaldelikten“ gesprochen, die auf den Dank des Vaterlandes wartenden heimgekehrten Wehrmachtsoldaten werden Zug um Zug mit den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern erwähnt, allesamt Bürger_innen zweiter Klasse, wenn es nach Höbelt geht.

²²² Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 127-168

²²³ Ebd., 129

²²⁴ Ebd., 130

„Der eine oder andere geriet in Verdacht, auch für die Gegenseite zu arbeiten. Es ist zumindest nicht ganz auszuschließen, daß [sic!] die Turbulenzen, denen der VdU 1950 ausgesetzt war, auch auf die Aktivitäten sowjetischer ‚Schläfer‘ zurückgingen.“²²⁵

Um die holprige Situation des VdU im Jahre 1950 zu erklären, wird mithilfe des **Topos der Schuldzuweisung** die Vermutung aufgestellt, „sowjetische Schläfer“ seien an der Misere der Partei schuld.

„Auf der anderen Seite formierte sich 1967 im Sog der Entwicklungen in der Bundesrepublik auch die NDP, in der sich der Anhang des Südtirol-Aktivisten Norbert Burger mit einigen ausgeschlossenen oberösterreichischen FPÖ-Funktionären zusammenfand – dann aber doch nicht kandidierte.“²²⁶

Bei dieser Aussage wird der **Topos der Verschleierung** hervorgehoben, denn Norbert Burger, ein in Italien verurteilter Terrorist, wird euphemistisch als Südtirol-Aktivist bezeichnet.

Olt/Speckner: Die FPÖ und Österreichs Südtirol-Politik seit 1945

Olt und Speckner befassen sich in ihrem Beitrag mit den Positionen der FPÖ zur Südtirol-Frage im Wandel der Zeit, zudem wird sowohl auf den Südtirol-Terrorismus als auch freiheitliche politische Bewegungen in Südtirol selbst eingegangen. Neben der Bundespolitik in Südtirol-Fragen finden historische Ereignisse im Zusammenhang mit der Region Erwähnung sowie die Rolle der Burschenschaften im Südtirol-Konflikt. Die Vereinnahmung der Südtirol-Frage durch die FPÖ ist vor allem im Kontext einer deutschnationalen Positionierung der FPÖ zu verstehen.²²⁷ Folgende Textstellen sind für die Topoi-Analyse relevant:

„Zu den historischen Fakten seit der Annexion des südlichen Teils des einstigen Habsburger-Kronlandes Tirol durch Italien 1918 und der Eingliederung seines Territoriums zufol-

²²⁵ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 132

²²⁶ Ebd., 153

²²⁷ Ebd., 171-231

ge des (Unrechts-) Vertrags von Saint-Germain-en-Laye 1919 ist eine Fülle zeitgenössischer und zeitgeschichtlicher Literatur erschienen.“²²⁸

Gleich eingangs wird der Vertrag von Saint-Germain-en-Laye von 1919 als „Unrechtsvertrag“ bezeichnet. Hierbei wird der **Topos der Belastung** angewandt. Zwar wird auf die Problematik der Pariser Vororteverträge hingewiesen, da es sich um eine nicht unbedingt notwendige, aber wertende Bezeichnung handelt, die im wissenschaftlichen Kontext an dieser Stelle mehr Begründung erfahren muss, wurde dieser Topos vergeben.

„Mit der Südtirol-Frage hatte sich Burger schon während seines Studiums intensiv auseinandergesetzt, so dass das Thema seiner (von dem Volkswirtschaftler Ferdinand Ulmer sowie dem Völkerrechtler und Rechtsphilosophen Eduard Reut-Nicolussi betreuten) Innsbrucker Dissertation von 1956 geradezu folgerichtig ‚Die italienische Unterwanderung Deutschsüdtirols‘ lautete. (...)

Seine in Kleingruppen agierenden Kämpfer wollten durch gezielte Anschläge auf einige von dessen Einrichtungen den Staat Italien, den man – da er im Grunde wie der faschistische Vorgänger agierte, den Pariser Vertrag von 1946 nicht einhielt und die Entnationalisierungspolitik fortsetzte – als Besatzer empfand, nicht nur empfindlich schädigen, sondern zugleich die Weltöffentlichkeit auf das Südtirol-Problem aufmerksam machen.“²²⁹

Der **Topos der Belastung** findet wieder anklang, als die Autoren die Namenswahl Burgers Dissertation („Die italienische Unterwanderung Deutschsüdtirols“) als „folgerichtige“ Bezeichnung identifizieren. Der **Topos der Schuldzuweisung** und der **Topos der demokratischen Mitbestimmung** kommen zur Anwendung, um dem Nachkriegsstaat Italien faschistische Methoden zu unterstellen. Der **Topos des Retters** bezieht sich auf die Aussage zu Norbert Burgers Kämpfern, diese wollen mit ihren Attentaten die Weltöffentlichkeit wachrütteln.

²²⁸ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 173

²²⁹ Ebd., 178

*„Die Wiener Außenpolitik gegenüber Italien sei ‚dilettantisch, ignorant und peinlich‘ wie seinerzeit, als die damalige Staatssekretärin Ferrero-Waldner von ihrer ersten offiziellen ‚Reise nach Bolzano‘ sprach. Gar mancher Südtiroler machte aus seiner Böswilligkeit keinen Hehl, neben einem Akt der außenpolitischen Dankbarkeit für das baldige römische Ausscheren aus der EU-Sanktionsfront sogar eine Art nomineller Affinität darin zu sehen, dass die Wiener Außenamtschefin den Vornamen Benita trägt, die weibliche Form von Benito.“*²³⁰

Erwähnenswert ist die Nennung des schmähhafte Vergleichs der Vornamen von Benita Ferrero-Waldner und Benito Mussolini durch den Autor. Davor kommt klar der **Topos der Belastung** zum Vorschein. Die zwischen den Zeilen stehende Lösung, um die Belastung zu verringern, wäre – wie es auch in der rechtsextremen Szene oft gefordert wird – die Vereinigung von „Nord“-Tirol und Südtirol. Die Einstellung „mancher Südtiroler“ zur Südtirol-Politik weist auf den **Topos des Volkes** hin.

„So hielt beispielsweise der damalige Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer (FPÖ) am 22. Februar 2015 vor dem zuvor von der Meraner Schützenkompanie renovierten und auf Hochglanz gebrachten Andreas-Hofer-Denkmal in Meran die Gedenkrede aus Anlass der traditionellen Landesgedenkfeier für den Tiroler Volkshelden, woran neben zahlreichen Vertretern aus Politik und Gesellschaft Schützenkompanien aus allen Landesteilen teilnahmen. Hofer sagte, die Trennung Südtirols vom Vaterland Österreich sei und bleibe Unrecht. Der FPÖ-Politiker äußerte sich selbstverständlich auch zur Frage der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler: ‚Ich habe kein Verständnis für jene Stimmen, die behaupten, dass die Forderung danach den Anliegen Südtirols schädlich wäre‘. Er und die Mitstreiter seiner Gesinnungsgemeinschaft seien dafür, die Staatsbürgerschaft all jenen zu gewähren und ihnen den Doppelpass auszuhändigen, deren Vorfahren ihre österreichische Staatsbürgerschaft nach dem Losreißen ihres Tiroler Landesteils vom Vaterland verloren hätten. Diese Aussage schloss, was Hofer bewusst gewesen sein musste, auch Tri-

²³⁰ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 197f

entiner als Nachfahren der ehemals Welschtiroler Staatsangehörigen Österreichs mit ein.“²³¹

Auf der darauffolgenden Seite wird die FPÖ als einziger Garant für die Rechte der Südtiroler_innen bezeichnet, federführend dabei ist Norbert Hofer. Der Absatz kommt nicht ohne den **Topos des Retters** und den **Topos von Recht und Ordnung** aus.

*„Sie gelten nach wie vor als ‚Terroristen‘, ‚Attentäter‘, ‚Mörder‘. Dies nicht allein im Stiefelstaat und dessen (zumindest unter rechtshistorischem Aspekt) fragwürdiger Justiz, sondern auch weithin in der Publizistik und, was ebenso schlimm ist, in der wissenschaftlichen Südtirol-Geschichtsschreibung. Die akribischen Forschungsergebnisse des österreichischen Militärhistorikers Hubert Speckner (...) vermochten daran wenig zu ändern. Zu hoffen ist, dass seine großformatige Publikation (...) das zeitgeschichtliche Bild endlich zu revidieren vermag.“*²³²

Die Autoren hoffen auf eine Änderung der wissenschaftlichen Diskurshoheit, wenn es um das Attentat auf der Porzescharte geht. Dieses sei nämlich von Italien selbst verursacht worden, die „Südtirol-Aktivist(en)“ würden zu Unrecht als „Attentäter, Mörder und Terroristen“ bezeichnet. Da eine so umfangreiche Quellenrecherche im Zuge dieser Arbeit nicht möglich war, ist es fraglich, ob hier der **Topos der Verschleierung** angewandt wurde. Interessant ist jedoch, dass im selben Atemzug die *Nato-Geheimarmeen* und die *Operation Gladio* des berühmten Verschwörungstheoretikers Daniele Ganser es in den „den wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden“²³³ Bericht geschafft haben.

*„Der Begriff ‚Südtirol-Aktivist(en)‘ ist in der ‚linken‘ Historiographie sowie in Italien natürlich verpönt und ‚unbedingt‘ durch ‚Südtirol-Terrorismus‘ zu ersetzen, so man sich nicht der heftigsten Kritik dieser Kreise ausgesetzt sehen will.“*²³⁴

²³¹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 206

²³² Ebd., 208f

²³³ Ebd., vgl. dazu: Vorwort von Hafenecker, 7

²³⁴ Ebd., 211

Die Autoren sehen sich im Abschnitt *Burschenschaften und Südtirol-Konflikt* von der „linken Historiographie“ ausgegrenzt, da sie sich ungerechtfertigt angegriffen fühlen, wenn anstelle von „Aktivisten“ von „Terroristen“ gesprochen wird – hierbei handelt es sich um den **Topos des Opfers**.

„Dieses ‚Zwei-Phasen-Modell‘ Steiningers ist bei seriöser und vor allem Archivalienbezogener Forschung jedenfalls nicht aufrecht zu erhalten, wiewohl Südtiroler Historiker und Politologen wie Leopold Steurer oder Günther Pallaver nach wie vor daran festhalten. Die beiden Genannten neigen – abgesehen davon – ohnehin zu einer Art ‚Generalverdacht‘, der größte Teil der Südtirol-Aktivisten sei ‚rechtsextremen Kreisen‘ zuzuordnen. Dieser ‚Generalverdacht‘ wurde – wie in Arbeiten besonders von Steurer und Pallaver klar nachvollziehbar ist, auch auf die von Steurer sogenannte ‚patriotische Szene‘, also Schützen, den ‚Südtiroler Heimatbund‘ (als Vereinigung ehemaliger BAS-Aktivisten) oder die politische Bewegung (und Partei) ‚Süd-Tiroler Freiheit‘ (STF) sowie auf ‚Die Freiheitlichen‘ (Freiheitliche Partei Südtirols; FPS) ausgeweitet.“²³⁵

Erneut findet der **Topos des Opfers** Anwendung, als behauptet wird, alle „Südtirol-Aktivisten“ stehen unter dem Generalverdacht, rechtsextremen Kreisen anzugehören, obwohl manche nur der „patriotischen Szene“ angehören würden. Es lässt sich natürlich nicht feststellen, dass alle, die sich für den Anschluss Südtirols an Österreich einsetzen, rechtsextrem eingestellt wären, trotzdem sei angemerkt, dass der oftmals proklamierte Unterschied zwischen Patriotismus und Nationalismus wissenschaftlich angezweifelt wird.²³⁶

Grischany: Die Positionierung der FPÖ im Nationalrat

Grischany versucht in seinem Beitrag klarzustellen, dass die FPÖ nicht an Distanzierungen und Klarstellungen bezüglich des Nationalsozialismus gespart hat. Sein Beitrag beschränkt sich auf Redebeiträge Nationalratsabgeordneter. Zu diesem Zweck werden die Reden von Nationalrats-

²³⁵ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 212

²³⁶ Langewiesche, Dieter: Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: zwischen Partizipation und Aggression; Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 24. Januar 1994, 16

abgeordneten des VdU und der FPÖ seit 1949 analysiert und mit freiheitlichen Gesetzesvorschlägen in Verbindung gebracht, ohne dass ein Anspruch auf Vollständigkeit des Unterfangens erhoben wird. Folgende Themen werden behandelt: Restitutionen von aus der NS-Zeit enteigneten Gütern und Vermögen, die Amnestierungspolitik, die Kontroverse um den österreichischen Nationalfeiertag, das NS-Verbotsgesetz und Debatten um den „Verhetzungsparagraphen“, Entschädigungszahlungen an die Opfer des NS-Regimes, Entschädigungszahlungen für „Heimatvertriebene“, die Rückgabe von Kunst und die Rehabilitation von Deserteuren.²³⁷ Folgende Zitate sind relevant:

„Auch jetzt wird der FPÖ von ihren politischen Gegnern immer wieder vorgeworfen, dass sie nie mit ihrer eigenen Geschichte oder der jüngeren Geschichte Österreichs in Reine gekommen sei, weshalb sie sich nicht oft oder deutlich genug vom Nationalsozialismus oder Mitgliedern, die angeblich mit dem Nationalsozialismus sympathisieren, distanzieren. Es ist daher nicht überraschend, dass Frischenschlagers Redebeitrag auch eine Replik auf die Aufforderung des grünen Abgeordneten Renoldners war, ‚einmal entschlossen vor der eigenen Türe zu kehren‘ anstatt nur – obwohl, wie Renoldner einräumte, berechtigterweise – auf den Antisemitismus von Karl Renner oder Vertretern des christlichsozialen Lagers hinzuweisen.“²³⁸

Grischany wirft den politischen Gegner_innen vor, dass sie der FPÖ unterstellen, nicht mit ihrer eigenen Geschichte und der jüngeren Geschichte Österreichs ins Reine zu kommen und sich deshalb nicht vom Nationalsozialismus und angeblichen Sympathisant_innen des Nationalsozialismus distanzieren. Hier liegt der **Topos der Verschleierung** nahe, da eine Vielzahl an Fällen belegt ist, bei denen offener oder subtiler mit dem Nationalsozialismus sympathisiert wurde (siehe Kapitel „Historischer Kontext und Hintergründe“ der vorliegenden Arbeit). Im nächsten Atemzug findet vorwiegend der Antisemitismus von Karl Renner Erwähnung – ein klares Beispiel für den **Topos der Schuldzuweisung**.

„Im Einklang mit dem antifaschistischen Grundkonsens waren sich die Freiheitlichen immer vollkommen des Ausmaßes und der Schwere der Verbrechen des nationalsozialisti-

²³⁷ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 233-282

²³⁸ Ebd., 235

schen Regimes bewußt und haben diese auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit als das bezeichnet, was sie waren, und sich davon distanziert.“²³⁹

In der Zusammenfassung (aufgegliedert in vier Punkten) wird argumentiert, dass die FPÖ den antifaschistischen Grundkonsens aller relevanten politischen Kräfte nach 1945 teilten. Eine Behauptung, die bei einer Partei, die zwei hohe SS-Mitglieder als Spitzenfunktionäre hatte, sich für die Rechte von ehemaligen Nationalsozialist_innen stark machte und zudem ihre Schwierigkeiten mit der Existenz des Verbotsgesetzes hatte, bezweifelt werden kann. Im dritten Absatz behauptet Grischaný, die FPÖ wäre „sich immer vollkommen des Ausmaßes und der Schwere der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes bewusst und habe diese auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit als das bezeichnet, was sie waren, und sich davon distanziert.“ Dies trifft jedenfalls nicht für den früheren FPÖ-Obmann, Haider, zu.²⁴⁰ Wieder wurde der **Topos der Verschleierung** hervorgehoben.

„Die vierte und letzte Grundhaltung betrifft das Bekenntnis der Zugehörigkeit zur deutschen Sprach-, Kultur- und Volksgemeinschaft für die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Gleichzeitig bekannten sich die Freiheitlichen immer unmissverständlich zur Unabhängigkeit und Eigenständigkeit des österreichischen Staates. Aus dieser Haltung heraus ergab sich das immerwährende Eintreten für jene Deutschen, die als ehemalige österreichische Staatsbürger Unrecht ausgesetzt waren, wie die Unterdrückung der Südtiroler durch den italienischen Staat oder die Vertreibung und Ermordung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei. Andererseits leitete sich dadurch auch eine besondere Verantwortung für den Schutz jener Minderheiten unter den österreichischen Staatsbürgern her, die einer anderen Sprach-, Kultur- oder Volksgemeinschaft angehören. Diese Grundhaltungen führten zu folgendem Abstimmungsverhalten in den hier behandelten Fällen: Bei insgesamt 15 Gesetzen zum Themenkomplex Restitution – Opferfürsorge – Kunstrückgabe stimmte die FPÖ trotz Vorbehalten zehn Mal für die Materie. Wie alle anderen Parteien auch, stimmte die FPÖ für die NS-Amnestie 1957 und die Verbotsgesetz-

²³⁹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 274

²⁴⁰ vgl. dazu: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes: NS-Verharmlosung: Haider verliert Prozess gegen Pelinka: <<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextremismus-in-oesterreich/archiv-fpoe-bis-2004/ns-verharmlosung-haider-verliert-prozess-gegen-pelinka>>, abgerufen am 03.10.2020

Novelle von 1992, allerdings gegen die Ausweitung des Verhetzungsparagrafen 2011, weil sie darin eine Beschränkung der Redefreiheit sah.“²⁴¹

Im vierten Punkt der darauffolgenden Aufzählung erläutert Grischany einen ideologischen Grundsatz der FPÖ. Sie verortet die Zugehörigkeit zur deutschen Sprach-, Kultur und Volksgemeinschaft für die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. An dieser Stelle kommt der **Topos des Volkes** und der **Topos der Kultur** zum Einsatz. Es steht die Feststellung im Raum, wie sich die überwältigende Mehrheit zu definieren bzw. zu identifizieren hat. Der **Topos der Gefahr/Bedrohung** wird auf die Ausweitung des „Verhetzungsparagrafen“ von 2011 angewandt, da dieser eine „Beschränkung der Redefreiheit“ darstellen würde.

*„So lehnten die Freiheitlichen, gemäß dem Grundsatz *nullum crimen sine lege*, die rückwirkende Bestrafung von Verbrechen (anstelle der Anwendung des österreichischen Strafrechts) ebenso ab wie das im Verbotsgesetz wirkende Prinzip der Kollektivschuld, weil allein die Mitgliedschaft in der NSDAP ausreichte, um in Listen registriert zu werden, was die Entfernung aus Ämtern oder Wahlverbot für ehemalige Parteimitglieder zur Folge hatte.*“²⁴²

Es handelt sich hierbei um den **Topos der Belastung**, die FPÖ kritisierte die rückwirkende Bestrafung von (NS-)Verbrechen, sowie das „im Verbotsgesetz wirkende Prinzip der Kollektivschuld“, weil alleine die NS-Mitgliedschaft ausreichte, um von rechtlichen Konsequenzen ausgehen zu müssen. Die FPÖ fordere partielle Straffreiheit, es handelt sich hierbei um den **Topos von Recht und Ordnung**.

„Zwar herrschte sogar ein Minimalkonsens unter allen Parteien (sogar den Kommunisten), dass es nach 1945 auch Einzelfälle von Ungerechtigkeit gegeben hätte, aber das sei teilweise verständlich aus der Stimmung der Zeit heraus (noch unter dem unmittelbaren Eindruck der NS-Verbrechen) und zudem könnte man es auch unschuldigen Nazis ange-

²⁴¹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission 274f

²⁴² Ebd., 275

sichts der Schwere dieser Verbrechen zumuten, einen Teil des Unrechts von 1945 gewissermaßen als ‚Sühneleistung‘ in Kauf zu nehmen.“²⁴³

Wie sein Vorgänger Höbelt schafft Grischany ein Oxymoron, indem er kurz danach von „unschuldigen Nazis“ spricht, diese Aussage wird als **Topos der Verschleierung** klassifiziert.

„Das gesamte Argumentationssystem steht und fällt allerdings mit der Assoziation des Dritten Lagers mit der nationalsozialistischen Diktatur. Wenn man jedoch die freiheitlichen Abgeordneten in ihren Redebeiträgen zu Schlüsselthemen im Zusammenhang mit der Bewältigung der NS-Vergangenheit ‚beim Wort‘ nimmt, so ist diese Assoziation seriös nicht aufrecht zu erhalten.“²⁴⁴

Ein ambivalentes Verhältnis der FPÖ mit dem Nationalsozialismus werde der Partei laut Grischany im Satzesatz nur nachgesagt, weil das sogenannte „Dritte Lager“ mit der nationalsozialistischen Diktatur assoziiert werde, sie sei demnach ein Opfer unberechtigter Kritik. Hierbei handelt es sich um den **Topos des Opfers**. Zudem kann der Aussage der **Topos der Verschleierung** zugewiesen werden. Zahlreiche dokumentierte „Einzelfälle“ und Skandale mit Bezug zum Nationalsozialismus im Umfeld der FPÖ widersprechen Grischany’s Schlussworten.

Karner: Das „Dritte Lager“ aus der Sicht der Sowjetunion

Karner verdeutlicht in seinem Beitrag die Perspektive der Sowjetunion auf das „nationale Lager“ der Jahre 1945 bis 1956 und 1983 bis 1986. Für diesen Zweck wurden die Quellen russischer Zentralarchive herangezogen. Erhofft wurden außenpolitische Erkenntnisse zu der Gründungsphase des VdU bzw. der FPÖ sowie der ersten Regierungsbeteiligung der FPÖ. Die Sowjetunion beobachtete in erster Linie die ideologischen Komponenten des VdU und der FPÖ inklusive deren Umfeld. Karner stellt Fragen nach einer laufenden Beobachtung des sogenannten „Dritten Lagers“ von 1945 bis 1986 ins Zentrum seines Beitrages. Konkret interessiert er sich für die Intensität bzw. den Umfang der Beobachtung sowie den Unterschied zu anderen österreichischen

²⁴³ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 276

²⁴⁴ Ebd., 278

Parteien. Des Weiteren fragt Karner nach der Perspektive der sowjetischen Behörden auf die Parteien des sogenannten „Dritten Lagers“ und dessen Vorfeldorganisationen sowie einer etwaigen Einmischung der Sowjetunion in diesen Belangen. Karner kommt zum Schluss, dass es vor allem zwischen 1945 und den 1970ern eine relativ intensive Berichterstattung der sowjetischen Behörden zu den „nationalen“ Parteien und ihrem Umfeld gab. Besonders hervorgehoben werden die Berichte der Sowjetbehörden zu den Wahlen 1966 und 1970, den Landtagswahlen und den internen Grabenkämpfen im VdU sowie zu Neonazismus und Rechtsextremismus, die Positionierung zur Neutralität und die Parteinahme für Österreich als einen europäischen Bundesstaat. Nur selten wurde in tagespolitische Angelegenheiten der ersten zehn Jahren der Zweiten Republik eingegriffen, eine direkte Einflussnahme auf den VdU und die FPÖ wurde nicht nachgewiesen.²⁴⁵ Der Beitrag von Karner kommt ohne die Anwendung der im Rechtspopulismus üblichen diskursiven Strategien aus.

²⁴⁵ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 285-322

4.4. Zur Dogmengeschichte von VdU und FPÖ

Grischany: Die Positionierung der FPÖ in den Parteiprogrammen

Grischany befasst sich in seinem zweiten Beitrag mit der ideologischen Positionierung der FPÖ anhand ihrer Parteiprogramme von 1956 bis 2011. Er geht dabei von der Annahme aus, dass die manifestierte Niederschrift der Standpunkte einer Partei ihre Ideologie widerspiegelt. Zunächst werden die einzelnen Parteiprogramme von Grischany zusammengefasst dargestellt, um sie dann zu interpretieren. Der Fokus liegt auf besonders „heikle Passagen“. Aus allen Parteiprogrammen wird dann ein allgemeiner Wesenskern der FPÖ hergeleitet, unter Berücksichtigung etwaiger Nähe zum Nationalsozialismus.²⁴⁶ An dieser Stelle sei angemerkt, dass die nachfolgenden Topoi teilweise den Programmen entspringen und nicht zwingend der Feder des Autors entstammen müssen und daher nicht in der quantitativen Analyse bzw. den Schlussbetrachtungen berücksichtigt werden. Der Vollständigkeit halber werden diese Topoi jedoch sichtbar gemacht. Nachfolgend sind die Textstellen angeführt, die für die Analyse infrage gekommen sind:

„Diese Studie im Rahmen der Freiheitlichen Historikerkommission [sic!] widmet sich ebenjener programmatischen Positionierung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) auf der Grundlage ihrer offiziellen Parteiprogramme, um zu untersuchen, ob sich dahinter eine verdeckte oder gar offene Nähe zum Nationalsozialismus, wie von manchen politischen Gegnern immer wieder behauptet wird, feststellen lässt.“²⁴⁷

Grischany eröffnet den Beitrag mit dem **Topos des Opfers** – der FPÖ werde von politischen Gegner_innen immer wieder eine Nähe zum Nationalsozialismus unterstellt.

„Deren Verwendung nach 1945 wirft daher die Frage auf, ob sich dahinter tatsächlich konkrete Sympathien für die NS-Ideologie verbergen, oder ob eine Gesinnungsgemeinschaft, für die der nationale Gedanke – im Gegensatz zu ÖVP und SPÖ – immer eine bedeutende Rolle spielte, hier im Sinne des Zeitgeistes vom späten 19. Jahrhundert bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts Ausdrücke verwendete, die damals gebräuchlich waren, ohne

²⁴⁶ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 325-342

²⁴⁷ Ebd., 327

dass man seinerzeit darunter automatisch eine überzeugte nationalsozialistische Gesinnung vermutet hätte.“²⁴⁸

Das erste Programm von 1956/58 enthält mehrmals den **Topos des Volkes** („soziale Volksgemeinschaft“, „gemeinsamer Daseinskampf“, „gesellschaftlicher Organismus“, „völkisches und kulturelles Erbe“), den **Topos von Recht und Ordnung** („Demokratie“), die **Topoi der Gefahr/Bedrohung** (Marxismus, Kommunismus, „Proporzdictatur“). Grischany setzt die Begriffe „Volksgemeinschaft“, „Daseinskampf“ und „völkisch“ – allesamt Begriffe die im ersten Programm der FPÖ vorkommen²⁴⁹ – in ihren historisch etymologischen Kontext und kapselt sie so von der negativen Konnotation der Zeit des Nationalsozialismus ab. Da die Mitte des 20. Jahrhunderts näher an die Phase des Nationalsozialismus liegt als das 19. Jahrhundert, kann diese Argumentationsweise (**Topos der Verschleierung**) durchaus kritisch betrachtet werden.

„2016 sprach sich die damalige Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, für die Wiederverwendung des Begriffes als Attribut des Wortes ‚Volk‘ aus und erntete dafür großen Widerspruch. Umgekehrt verwendet der politische Gegner gerne den Begriff ‚völkischer Nationalismus‘ – also eines Nationalismus, der Elemente der völkischen Bewegung, wie Rassismus, enthält –, um nationalgesinnte Bewegungen oder Gruppen, wie die FPÖ oder die AfD, zu beschreiben und zu diskreditieren.“²⁵⁰

Auf ähnliche Weise wie beim davor behandelten Zitat wird mit dem Begriff „völkischer Nationalismus“ verfahren (**Topos der Verschleierung**), zudem findet sich abermals der Hinweis zu Kritik von politischen Gegner_innen (**Topos des Opfers**).²⁵¹

„Die Punkte 7 und 8 zum Erziehungssystem sind stark von den bereits erwähnten Prinzipien beeinflusst, etwa wenn eine ‚volksbewusste Erziehung‘ der Jugend gefordert und die Schule als ein Mittel zur Erziehung ‚auf der Grundlage eines gesunden Volksbewusstseins,

²⁴⁸ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 328

²⁴⁹ vgl. dazu: Ebd., 327ff

²⁵⁰ Ebd., 328

²⁵¹ Ebd., 327-329

der abendländischen Ehtik [sic!] und des Gedankenguts des Humanismus‘ charakterisiert wird, welches heranwachsenden Österreichern dabei helfen solle, gegenseitige soziale Vorurteile zu überwinden.“²⁵²

Punkt 7 und 8 des Programms fordern eine „volksbewusste Erziehung“ auf Grundlage eines gesunden „Volksbewusstseins“. Zudem wehrt sich die FPÖ dagegen, dass vielfach „ein unrichtiges Bild der Geschichte unseres Volkes“ gelehrt werde. Hier wurden die **Topoi der Geschichte**, des **Volkes** und der **Schuldzuweisung** hervorgehoben.

„Echte‘ Demokratie: Mit der Bezeichnung Österreichs als ‚Zerrbild einer Demokratie‘ wird hier erneut das rot-schwarze Proporzsystem angegriffen.“ (...)

*„Bekenntnis zum Deutschtum: Auch das mit dem Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft sowie dem Postulat, dass die ‚Treue zum Volk‘ eine ‚starke sittliche Kraft‘ sei, ausgedrückte nationale Prinzip wird mit der internationalen Ebene verknüpft, wenn es – analog zur Durchsetzung des Freiheitsprinzips in Österreich – heißt, dass Österreich ‚als ein Zentrum deutscher Kultur [...] an der Verteidigung und Entfaltung des Abendlandes mitwirken‘ muss und die FPÖ den Beitritt Österreichs zur EWG befürwortet. Auch die Verpflichtung gegenüber Südtirol wird an dieser Stelle betont.“*²⁵³

Im zweiten Programm finden wir den **Topos der Schuldzuweisung** („Zerrbild einer Demokratie“), den **Topos der demokratischen Mitbestimmung** („Echte Demokratie“), den **Topos der Kultur** („Bekenntnis zum Deutschtum“).

„Etwas stutzig – weil in keinem anderen Programm erwähnt – macht unter der Rubrik Familie nicht so sehr die Betonung der „biologischen Aufgabe“ derselben, da sich dies in vollem Einklang mit dem konsequent aufrechterhaltenen organischen Volkstumsbegriff und der traditionellen Auffassung von Familie befindet, sondern der Aufruf zur Erhaltung der

²⁵² Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 330

²⁵³ Ebd., 331

„Volksgesundheit“ vor allem in Form der „Erbgesundheitspflege“, was auf den seinerzeitigen Einfluss von Otto Scrinzi zurückgeht.“²⁵⁴

Grischany stört sich im Dritten Programm nicht so sehr an der „biologischen Aufgabe der Volksgemeinschaft“, er kritisiert jedoch zurecht den Aufruf zur „Erhaltung der Volksgesundheit“ und die „Erbgesundheitspflege“.

„An dieser Stelle sollte auch erwähnt werden, dass die Regierungsbeteiligung der FPÖ in einer Koalition mit der ÖVP unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel von 2000 bis 2005 zur Folge hatte, dass die übrigen 14 EU-Mitgliedstaaten wegen angeblicher fremdenfeindlicher und rassistischer Aussagen von FPÖ-Funktionären die offiziellen Kontakte zur österreichischen Regierung bis September 2000 auf ein Mindestmaß einschränkten. In einem Leitantrag zum 25. Ordentlichen Bundesparteitag am 1. Mai 2000 in Klagenfurt verwahrte sich die FPÖ daher gegen diese ‚Unrechtsmaßnahmen‘ sowie die Vorwürfe, ‚dass es in Österreich eine Politik, die Rassismus [sic!], Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz fördert‘, gebe. In Wahrheit trete die FPÖ – die seit ihrer Gründung eine proeuropäische Einstellung vertreten habe – für ‚Respekt, Toleranz und Verständnis für alle Menschen‘ ein.“²⁵⁵

Im Zuge der Analyse des fünften Programms von 1997 wurden sowohl der **Topos der Verschleierung** und der **Topos des Opfers** hervorgehoben, da die diplomatischen Sanktionen der EU im Zuge der schwarz-blauen Koalition Grischanys Meinung nach aufgrund „angeblicher fremdenfeindlicher und rassistischer Aussagen“ ungerechtfertigt waren. Um auf diesen Exkurs einzugehen: die FPÖ stellte laut Grischany am 1. Mai 2000 klar, dass sie für „Respekt, Toleranz und Verständnis für alle Menschen“ eintrete. Kurz davor, im Wahlkampf 1999, war die FPÖ jedoch mit Wahlplakaten aufgefallen, die ganz im Zeichen des Respekts, der Toleranz und des Verständnisses für alle Menschen entsprechend, „Stop der Überfremdung“ forderten.^{256 257}

²⁵⁴ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 332

²⁵⁵ Ebd., 333

²⁵⁶ vgl. dazu: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes: FPÖ gegen „Überfremdung“: <<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/september-1999/fpoe-gegen-ueberfremdung>>, abgerufen am 04.10.2020

²⁵⁷ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 333

Grischany kommt nicht ohne das Wort „angeblich“ aus, wenn es um die Wahrnehmung der FPÖ unter Haider als nationalistische und fremdenfeindliche Partei geht. Dieser euphemistische Zugang legt den **Topos der Verschleierung** nahe.

„In Anbetracht der ideologischen Grundzüge des historischen Nationalsozialismus erscheint die Frage nach einem fundamentalen Naheverhältnis zu der sich selbst als freiheitliche, sprich: liberale, Partei bezeichnenden FPÖ müßig.“²⁵⁸

In der abschließenden Analyse skizziert der Autor die ideologischen Kernpunkte der NSDAP, um sie mit den Parteiprogrammen der FPÖ zu vergleichen. Er kommt zum Punkt, dass das Naheverhältnis allein schon an der Eigendefinition der FPÖ als liberale Partei scheitere. Die FPÖ hatte liberale Episoden und einen liberalen Flügel, was hier verschwiegen wird ist der (deutsch)nationale Kern, der mal mehr, mal minder dominant war bzw. ist (**Topos der Verschleierung**).

„Davon völlig unabhängig steht jedoch fest, und ist in den Programmen eindeutig dokumentiert, dass diese Begriffe heutzutage nicht mehr verwendet werden. Wobei natürlich die reine Semantik nicht immer klare Auskunft darüber geben kann, welche Geisteshaltung sich möglicherweise hinter einem Ausdruck, und dies könnte sogar ein völlig unverdächtiger Begriff sein, verbirgt. Entsprechend wird sich daher der politische Gegner auch immer an bestimmten inhaltlichen Positionen stoßen, ganz gleich wie diese semantisch formuliert wurden. Wobei hier allerdings auch festgestellt werden muss, dass der politische Gegner es bei der Semantik von bestimmten Begriffen auch nicht immer sehr genau nimmt. Dies betrifft z.B. den oben bereits angesprochenen Gebrauch des Terminus ‚Rassismus‘, denn wenn man den Freiheitlichen einen ‚völkischen Nationalismus‘ unterstellt, womit ein von ‚rassistischen‘ Gedanken durchsetzter Nationalismusbegriff gemeint ist, dann wird dabei ignoriert, dass Rassismus in seiner klassischen Definition menschliche Gemeinschaften ausschließlich biologistisch definiert und immer deren unterschiedliche Wertigkeit betont. Wie immer man also zum freiheitlichen Nationalismus oder Nationsbegriff stehen mag, so

²⁵⁸ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 338

ist damit immer nur die Bedeutung der historisch gewachsenen und damit teilweise auf Abstammung beruhenden Gemeinschaft bzw. das Bewahren der sich daraus ergebenden eigenen Identität gemeint, aber niemals die Ansicht, dass etwa die Deutschen allen anderen Nationen aufgrund ihrer genetischen Anlagen überlegen seien.“²⁵⁹

Im Kontext der Semantik von Begriffen kritisiert Grischany erneut mit dem **Topos der Schuldzuweisung** politische Gegner_innen. Zudem erklärt er, dass im freiheitlichen Nationalismus kein Rassismus vorhanden sei, denn dieser sei klassischerweise ausschließlich biologistisch definiert. Im freiheitlichen Weltbild haben bloß Abstammung und das Bewahren der Identität Relevanz – diese Vorgangsweise kann mit dem **Topos der Kultur** und dem **Topos der Verschleierung** klassifiziert werden.

„Auch diese Haltung hat nichts mit engstirnigem Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit oder gar Rassismus zu tun, sondern wird mit dem rasanten Anstieg des moslemischen Bevölkerungsanteils begründet, welcher zur Bildung von Parallelgesellschaften und der Islamierung[sic!] von Teilen der Gesellschaft führe, wodurch sich das Zusammenleben vor allem in Gemeindebauten und öffentlichen Schulen erschwere.“²⁶⁰

Ein Bilderbuchbeispiel für die Verwendung des **Topos der Kultur** gepaart mit dem **Topos der Gefahr/Bedrohung**, findet sich im Kontext der kritischen Einstellung der FPÖ gegenüber „unkontrollierter Massenzuwanderung“.

„Rechnet man alle Elemente zusammen, so kommt man zu dem Schluss, dass ‚freiheitlich‘ am besten mit ‚nationalliberal‘ gleichzusetzen ist, und zwar im ursprünglichen Sinne als direkter Erbe der gemäßigten liberalen Bewegung, wobei einmal mehr und einmal weniger Anleihen von links und rechts genommen wurden, ohne dass eine von beiden Richtungen ausreichend gewesen wäre, vom nationalliberalen Kurs grundlegend und dauerhaft abzuweichen. (...) Summa sumarum bestätigt sich somit die oben geäußerte Ansicht, dass die

²⁵⁹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 338

²⁶⁰ Ebd., 341

*wichtigsten programmatischen Positionen der FPÖ eine ideologische Mittelposition ergeben.*²⁶¹

Grischany schließt seinen Beitrag beschönigend mit dem **Topos der Verschleierung**. Aus folgenden Gründen wurde wie folgt entschieden: In der Schlussbetrachtung definiert er die FPÖ als nationalliberale Partei in der Tradition der gemäßigten liberalen Bewegung mit linken und rechten Elementen. Sie nehme eine Mittelposition im politischen Spektrum ein. Eine Darstellung der FPÖ als eine übertrieben nationalistischen und daher rechtsradikalen oder -extremistischen Partei sei nach Grischany in jedem Fall eine grobe und unzulässige Vereinfachung.

Mally: Nationsbegriff der FPÖ

In seinem kurzen Beitrag setzt sich Mally mit dem Begriff der Nation nach dem Verständnis der FPÖ auseinander. Zunächst beschreibt der Autor den historischen und etymologischen Ursprung des Begriffs und stellt den Kontext für Österreich her und unterscheidet diese zwischen der im freiheitlichen Spektrum üblichen „deutschen Sprach- und Kulturnation“. Des Weiteren wird die ambivalente Dualität zwischen der Zugehörigkeit zu Österreich als Staat und Deutschland als Kulturraum aufgezeigt.²⁶² Der Beitrag von Mally kommt ohne die Anwendung im Rechtspopulismus üblichen diskursiven Strategien aus.

Schmidl: Die Wehrpolitik der FPÖ

Schmidl befasst sich in seinem Beitrag mit den wehrpolitischen Überlegungen der FPÖ. In diesem Sinne werden zunächst die Parteiprogramme des VdU und der frühen FPÖ herangezogen. In chronologischer Folge werden im weiteren Verlauf der Jahrzehnte die wehrpolitischen Konzepte der Freiheitlichen und Positionierungen von Parteifunktionären und der Vorfeldorganisationen hinzugezogen. Die Regierungsbeteiligungen der FPÖ, hier ab 1983 unter Verteidigungsminister Frischenschlager und die Affäre um den Kriegsverbrecher Reder werden thematisiert, als auch

²⁶¹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 341f.

²⁶² Ebd., 345-350

die Rolle der FPÖ in der darauffolgenden Opposition, wobei die Position der FPÖ zu Europa und dem Wandel zum Neutralitätsverständnis Österreichs besondere Bedeutung zukommt. Ab 2000 wird Herbert Scheibner Verteidigungsminister, dieser Phase ist ein eigenes Unterkapitel gewidmet. Neben den erwähnten Themenbereichen spielt die Debatte um die Wehrpflicht genauso eine Rolle wie die Rolle von Mario Kunasek als Verteidigungsminister in der dritten Regierungsbeteiligung der FPÖ zwischen 2017 und 2019. In diesem Sinne werden das wehrpolitische Regierungsprogramm der ÖVP und FPÖ präsentiert sowie politische Positionspapiere der FPÖ zu wehrpolitischen Fragen der letzten Jahre aufgezählt und beschrieben. Schmidl zitiert Franz Kernic, nach ihm bestehe zumindest bis 1988 – obwohl der FPÖ eine hohe Kompetenz in sicherheitspolitischen Fragen zugewiesen werde – kein besonders großes Interesse der Partei an der Wehrpolitik. Dies verhalte sich bei den anderen Parteien ebenso.²⁶³ Das folgende Zitat ist für die Fragestellung relevant:

*„Während sich das Schwergewicht der Aufgaben des Bundesheeres seit den 1990er Jahren – zusätzlich zu den Assistenz- und Katastrophen-Hilfseinsätzen im Inland – immer stärker in Richtung der internationalen Einsätze verschoben hatte, ergab sich ab 2015 – im Zeichen der ‚Migrationskrise‘ – ein Gegentrend.“*²⁶⁴

In seinem Beitrag über die Wehrpolitik der FPÖ spricht Schmidl mehrmals von der „Migrationskrise“ des Jahres 2015. In Zuge dessen wird kein Bezug zu Bürger_innenkriegen und Terrorismus hergestellt, die in Flucht – und die nicht damit zusammenhängende Migration (im rechten Diskurs häufig verwendetes Stichwort: „Wirtschaftsmigration“) – münden. Der **Topos der Verschleierung** wurde dieser Aussage zugeordnet. Neben der Verwendung dieses politischen Schlagwortes kommt der Beitrag ohne die Verwendung weiterer Topoi und die im Rechtspopulismus üblichen diskursiven Strategien aus.

²⁶³ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 353-375

²⁶⁴ Ebd., 368

4.5. Das Zivilgesellschaftliche Umfeld – die Korporationen

Hartmann: Der Wertewandel in den Studentenverbindungen

Zunächst befasst sich Hartmann in seinem Beitrag mit der Entstehungsgeschichte der Student_innenverbindungen, um daraufhin die ideologischen Einstellungen derselben sowie ihren Wandel zu verdeutlichen. Sowohl die katholischen als auch die schlagenden, deutschnationalen Verbindungen und ihr Verhältnis zueinander sind Thema des Beitrages. Die ersten Spuren von Korporationen fänden sich laut Hartmann im Mittelalter, im 17. bzw. 18. Jahrhundert die Landsmannschaften bzw. studentischen Orden, woraus sich in der Wende zum 19. Jahrhundert die Corps und Burschenschaften entwickelten. Laut Hartmann wurde in Jena die erste Burschenschaft gegründet. Zunächst waren diese christlich geprägt, später sollte sich dieser charakterisierende Grundsatz aufweichen. Neben der Entstehung von Burschenschaften werden auch der Antisemitismus und seine Verschärfung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts thematisiert. Sowohl die Auseinandersetzungen zwischen den schlagenden und katholischen Verbindungen als auch die Rolle dieser im Ersten Weltkrieg und danach finden sich im Beitrag. Der Autor beschreibt wenig später die politische Positionierung der Student_innenverbindungen und ihre Rolle im Austrofaschismus (vom Autor als „Ständestaat“ bezeichnet) und Nationalsozialismus. Dass das oftmals im rechten Diskurs beschriebene Verbot der Burschenschaften kein Verbot, sondern eine Selbstauflösung bzw. Eingliederung in die NS-Organisationsstrukturen war, wird kurz angeschnitten. Der historische Abriss setzt in der Nachkriegszeit fort und thematisiert die Gründung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft, das Wiederauferstehen der deutschnationalen Burschenschaften sowie dem Wertewandel an den Universitäten ab 1968. Abschließend wird vom Bedeutungsverlust der Burschenschaften gesprochen.²⁶⁵ Die folgenden Textpassagen kamen für die Topoi-Analyse infrage:

„Im Jahr 1945 bestand nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auch auf Hochschulboden die Gefahr einer Dominanz der Linken (SPÖ und KPÖ). Daher mußte an die Schaffung einer von der ÖVP offiziell anerkannten Studentenpartei geschritten werden, wie es die alliierten Bestimmungen damals vorschrieben. Bereits in der ersten Maiwoche 1945 wurde die Freie Österreichische Studentenschaft (FÖSt) gegründet, und die ÖVP gab ihr das Recht,

²⁶⁵ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 377-445

als ÖVP-Studentengruppe aufzutreten. Die Nationalratswahlen am 25. November 1945 (sog. ‚Kathreinswahlen‘) brachten klare innenpolitische Verhältnisse, und die Gefahr einer Dominanz der Linken war vorerst gebannt.“²⁶⁶

Hartmann verwendet den **Topos der Gefahr/Bedrohung** sowie den **Topos der Geschichte** im Kontext der Gründung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft und spricht von einer „Gefahr einer Dominanz der Linken“, die vorerst gebannt worden war.

„Bei den ersten drei Wahlen (1946, 1948, 1949) kandidierten nur drei Parteien (Union, VSStÖ, Kommunisten). Aufgrund der allgemeinen innen- wie auch außenpolitischen Situation stellten vorerst die Kommunisten die größte Gefahr dar.“²⁶⁷

„Die Vorgänge in Paris dienten auch linken Gruppen in Wien als Vorbild. Sie besetzten am 29. Mai den Hörsaal I des Neuen Institutsgebäudes der Wiener Universität und hißten am Podium eine rote Fahne bzw. die des Vietkong. Organisiert durch den Wiener CV wurde diesem Spuk ein Ende bereitet. Die rote Fahne wurde vom Podium genommen und durch die rot-weiß-rote ersetzt.“²⁶⁸

Wenig später verfährt er ebenso mit den Kommunist_innen, von denen die größte Gefahr ausginge. Im Zuge der Proteste des Jahres 1968 wurde an der Universität Wien von Studierenden die Rote Fahne gehisst, der Autor zeigt sich froh, dass der CV diesem „Spuk“ – es wird sowohl der **Topos der Gefahr/Bedrohung** als auch der **Topos des Retters** verwendet – ein Ende bereitet hat. Neben den Warnungen vor politisch links stehenden Gruppierungen kommt der Beitrag ohne die im Rechtspopulismus üblichen diskursiven Strategien aus.

Strigl: Das Liedgut des Farbstudententums

In seinem Beitrag befasst sich Strigl mit den Liedern, die von Burschen- und Mädlschaften im Lauf der Geschichte gesungen wurden und gesungen werden. Zunächst erläutert der Autor kurz

²⁶⁶ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 416

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Ebd., 421

die Geschichte der Student_innenverbindungen und den Ursprung ihrer Lieder sowie den Wandel im Lauf der Jahre – ein eigenes Unterkapitel widmet sich dem Vergleich zwischen Liedern in NS-Organisationen und Liedern von Student_innenverbindungen. Exemplarisch werden einzelne Lieder analysiert und kontextualisiert.²⁶⁹ Folgende Textpassagen waren für meine methodische Herangehensweise von Bedeutung:

„1990 wurden angesichts antikorporativer Demonstrationen in Deutschland Hübbes Worte durch den Würzburger Landsmannschafter Thomas Schindler nochmals aufgegriffen, aus dem ‚könnt‘ wurde aber ein ‚wollt‘, nicht mehr Unverständnis und Ablehnung, sondern Aggression und Gewalt wurden angeprangert:

*„Dem linken Gesinnungsterror gewidmet
Nein, ihr wollt uns nicht begreifen, die ihr hasst das Burschenband
und mit Johlen und mit Pfeifen schmäht das deutsche Vaterland.
Die ihr laut in blindem Eifern gegen uns ‚Faschisten‘ schreit
und nicht merkt vor lauter Geifern, dass ihr selber welche seid!
Denn wie einst in braunen Haufen randalierte die SA,
sieht man heut‘ zur Demo laufen sogenannte ‚Antifa‘,
hört sie Hetzparolen brüllen gegen uns CCer, die
wir die ‚Ziele‘ nicht erfüllen ihrer Ideologie.
Und wie damals Seit‘ an Seite mancher Sturmabteilungsmann,
treten heut‘ zum ‚heil‘gen Streite‘ linke Flintenweiber an.
Feige wird an Häuserwänden in der dunklen Nacht geschmiert,
fremdes Eigentum von Händen linker Täter demoliert.
Ideale, die wir leben – Toleranz, Demokratie –
solls angeblich bei euch geben, doch ihr praktiziert sie nie
Vorurteil und dumpfes Hassen leiten eure Taten an;
könnt ihr geistig nicht erfassen, dass es schon mal so begann.“*²⁷⁰

Strigl befasst sich mit einem Lied, das sich laut ihm gegen Aggression und Gewalt richtet. Es handelt von „linkem Gesinnungsterror“, Gegner_innen bzw. antifaschistische Aktivist_innen

²⁶⁹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 447-486

²⁷⁰ Ebd., 455

werden mit der SA gleichgesetzt und als Faschist_innen bezeichnet. Ebenso wird im sexistischen Duktus von „linken Flintenweibern“ gesprochen sowie das Beschmieren von Häuserwänden kritisiert. Es liegt auf der Hand, dass es in diesem Lied nicht um eine Aversion gegen Aggression und Gewalt, sondern um die Schmähung unliebsamer politischer Gegner_innen geht. Es liegt nahe, der Kategorisierung des Autors den **Topos der Verschleierung** zuzuordnen.

„Neben dem Volkslied hatten auch Soldatenlieder und Landsknechtlieder Einfluss auf das Studentenlied, implementierten Begriffe wie ‚Freiheitssinn‘ oder ‚Wehrhaftigkeit‘. Dies führt heute wiederholt zu Kritik von Autoren und politischen Strömungen, die (bewusst?) Patriotismus mit Nationalismus verwechseln.“²⁷¹

Der **Topos des Opfers** kommt zur Verwendung, als Strigl sich auf Kritik von politischen Gegener_innen an nationalistischen Begrifflichkeiten in Liedtexten bezieht. Er besteht – wie seine Vorgänger Olt und Speckner – darauf, dass Nationalismus und Patriotismus zwei vollkommen verschiedene Konzepte wären. Diese Trennung wird, wie bereits erläutert wurde, breit kritisiert und ist wissenschaftlich schwer aufrechtzuerhalten.

„Dieses Lied steht nunmehr seit Jahren wiederholt in der medialen Kritik, hartnäckig hält sich das Gerücht, es handle sich bei dem Lied um ein ‚SS-Lied‘. Die Geschichte des Liedes zeichnet jedoch ein anderes Bild.“²⁷²

Beim Lied *Wenn alle Untreu werden* hat Strigl zwar recht damit, dass das Lied in älterer Tradition steht, dennoch wird es sich nicht von seiner Konnotation mit dem Nationalsozialismus bzw. der SS lösen können. Strigl bemängelt die mediale Kritik, der das Lied ausgesetzt sei. Der **Topos der Schuldabweisung** kommt in Kombination mit dem **Topos des Opfers** zum Einsatz.

²⁷¹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 461

²⁷² Ebd., 474 f

4.6. Materialien

Hafenecker: Vorwürfe und „Einzelfälle“

Hafenecker eröffnet seinen Beitrag mit einem Freiheitlichen Bekenntnis, das ähnlich wie die *Rot-Weiß-Rot-Erklärung* aufgebaut ist (siehe Kapitel „Zur Einbegleitung“). Er versucht klarzustellen, dass die FPÖ jegliches problematische Verhalten (Antisemitismus, Rassismus etc.) ablehnt. Im Beitrag werden insgesamt 33 sogenannte „Einzelfälle“ – genau genommen: Polit-Skandale – im Zusammenhang mit der FPÖ analysiert, dessen Kontext von Hafenecker erklärt wird. Zudem wird angeführt, ob und welche Konsequenzen es in Zuge dessen gegeben hat.²⁷³ Aufgrund der großen Menge des zu bearbeitenden Materials wurde hier meinerseits stellenweise auf eine tabellarische Darstellungsform zurückgegriffen. Folgende Passagen sind für die Topoi-Analyse relevant:

„Die Freiheitliche Partei Österreichs hat bereits in ihrer Rot-Weiß-Rot Erklärung im Februar 2018 ein weiteres Mal bekräftigt, dass sie sich vorbehaltlos zur Republik Österreich sowie zur Förderung von Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit bekennt. Österreich ist natürlich ein Teil dieses großartigen Europas, welches durch die Ausprägung verschiedenster Nationen und Kulturen besteht. Die Akzeptanz dieser Verschiedenheit, welche die eigentliche Prägung Europas ausmacht, steht an vorderster Stelle. Zur Heimat Österreich gehört unsere deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft genauso wie alle autochthonen Minderheiten. Die Freiheitliche Partei mit ihren Mandataren lehnt seit jeher jegliche Gewalt, Totalitarismus und Rassismus strikt ab. In unseren Augen sind alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Antisemitismus lehnen wir entschieden ab und wissen, in welcher Verantwortung wir hier stehen. Die dunklen Kapitel Österreichs Geschichte sind zu beleuchten, das Gedenken an die vielen Opfer muss zur Pflicht werden. Diese Pflicht betrifft aber auch den neuen, importierten Antisemitismus und Extremismus. Der politische Islam, von sorglosen Politikern nach Österreich gebracht, ist mit aller Kraft abzulehnen. Diese ‚religiöse‘ Ausuferung ist menschen- und demokratiefeindlich und entspricht in keiner Weise unserem Rechtsempfinden, unserer Kultur und Heimatliebe. (...)

²⁷³ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 489-502

Fakt ist, dass Rechtsextremisten von der Öffentlichkeit mehr beleuchtet und medial verarbeitet werden als Linksextremisten. An dieser Stelle sei auch angemerkt, dass der im öffentlichen Diskurs in Österreich verwendete Rechtsextremismus-Begriff vor allem als politischer Kampfbegriff aufgefasst werden muss, der in tagespolitischen Debatten nahezu ausschließlich von deklarierten Gegnern des konservativen bzw. nationalen Lagers in Politik und Medien verwendet wird.“ ²⁷⁴

Bereits in der Einleitung verwendet Hafenecker den **Topos der Kultur** (zu Österreich gehören alle autochthonen – aber nur diese – Minderheiten), den **Topos der Gefahr/Bedrohung** (der vom Islam ausgeht) und den **Topos des Opfers** (Rechtsextreme bekämen mehr Aufmerksamkeit²⁷⁵ als Linksextreme²⁷⁶; schuld seien die Gegner_innen des konservativen bzw. nationalen Lagers).

Hafenecker arbeitet im Folgenden die 33 „Einzelfälle“ ab, die seit November 2017 in oder im Umfeld der FPÖ zugetragen haben. Nachstehend wird auf diese eingegangen.

Vorfall	Erklärung Hafeneckers	Topoi/Anmerkung
1. Kein Applaus der FPÖ beim Gedenken an die Novemberpogrome.	Christian Kerns Ablehnung von Rassismus richte sich nur gegen die FPÖ (Hetze).	Topos des Opfers: Die FPÖ wähnt sich hier als Ziel von Attacken der SPÖ.
2. Andreas Bors wird von der FPÖ zum Bundesrat nominiert, 2014 werden Fotos bekannt, auf denen er den Hitlergruß zeigt.	Bors war 17 Jahre alt, er hätte damals kein historisches Bewusstsein gehabt.	Topos der Schuldabweisung: Bors Verhalten habe nicht geschadet, da er zu jung war, um die Ernsthaftigkeit dieser Aktion zu verstehen.

²⁷⁴ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 481

²⁷⁵ Dies liegt wahrscheinlich daran, dass weitaus mehr Straftaten aus dem rechten Spektrum als umgekehrt registriert werden, vgl. dazu: Bundesministerium für Inneres: Verfassungsschutz: Mehr extremistisch motivierte Straftaten in Österreich <<https://bmi.gv.at/news.aspx?id=574D5562546C56584E4A343D>>, abgerufen am 19.03.2021

²⁷⁶ vgl. hierzu: Goetz, Judith: Anmerkungen zur Linksextremismusdebatte: <<https://oeh.univie.ac.at/zeitgenossin/macht-kaputt-was-euch-kaputt-macht-anmerkungen-zur-linksextremismusdebatte>>, abgerufen am 04.10.2020

3. René Schimanek wird von Norbert Hofer zum Kabinettschef im Verkehrsministerium, er nahm Ende der 80er an Veranstaltungen der <i>Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition</i> (Gottfried Küssel) teil.	Keine Konsequenz, weil er als unbescholten gilt.	Topos der Schuldabweisung: Schimanek habe sich nichts zu Schulden kommen lassen und wurde nicht gesetzlich belangt.
4. Bernhard Blochberger, Spitzenkandidat für die FPÖ in Krumbach, teilt Fotos von Wehrmachtsoldaten auf Facebook.	Unmöglich Konsequenzen gegen einen freien Mandataren zu erheben.	Topos der Schuldabweisung: Blochberger habe sich nichts zu Schulden kommen lassen und wurde nicht gesetzlich belangt.
5. Herwig Götschober, Mitarbeiter unter dem ehemaligen Verkehrsminister Hofer, ist Vorsitzender der antisemitischen Burschenschaft <i>Bruna Sudetia</i> .	Die Sudetia teilt keine antisemitischen Ansichten und lehnt jeden Antisemitismus und Rassismus ab.	Topos der Verschleierung (Ursprung eines antisemitischen Liederbuches, Verfahren wurde eingestellt ²⁷⁷ , was nicht bedeutet, es gäbe keinen Antisemitismus).
6. Andreas Rabl, FPÖ-Bürgermeister von Wels, beschäftigte einen Neonazi.	Die Person war kein FPÖ-Mitglied und wurde entlassen.	Topos von Recht und Ordnung: Die FPÖ ziehe Konsequenzen, wenn nötig.
7. Markus Ripfl, FPÖ Gemeinderat von Orth a.d. Donau, teilte ein Video der neonazistischen Band <i>Division Germania</i> .	Konsequenzen wurden gezogen (Parteiausschluss).	Topos von Recht und Ordnung: Die FPÖ ziehe Konsequenzen, wenn nötig.

²⁷⁷ vgl. dazu: Redaktion DerStandard: Verfahren gegen FP-Bezirksrat Götschhofer in Liederbuchaffäre eingestellt: <<https://www.derstandard.at/story/2000114121745/verfahren-gegen-fp-bezirksrat-goetschober-in-liederbuchaffaere-eingestellt>>, abgerufen am 04.10.2020

8. In der Burschenschaft <i>Germania</i> wird ein antisemitisches, NS-verherrlichendes Liederbuch gefunden („siebte Million“) – Udo Landbauer ist Stellvertretender Vorsitzender. ²⁷⁸	Landbauer war elf Jahre alt, als das Buch verfasst wurde, es wird versucht, Landbauers Zukunft zu zerstören.	Topos der Schuldabweisung: Landbauer war zur Erstellung ein Kind, in seiner Position als Vorsitzender wurde jedoch nichts gegen das Buch unternommen) sowie Topos des Opfers .
9. FPÖ-Gemeinderat Heinrich Sickl's Nähe zu der <i>Identitären Bewegung</i> (IB).	Kein Mitglied der IB, vermittelt bloß eine Liegenschaft an den rechtsextremen Verein, keine Konsequenzen.	Topos der Schuldabweisung: (Sickl hat durch die Vermittlung ein Naheverhältnis zur IB).
10. Kritik an Personenvorschlägen der FPÖ für Universitätsgremien aufgrund von Nähe zum Rechtsextremismus.	Kritisierte bzw. abgelehnte Personen sind unbescholten.	Topos der Schuldabweisung: Die Personen haben sich nichts zu Schulden kommen lassen und wurden nicht gesetzlich belangt.
11. FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek publizierte eine Anzeige in <i>Info-Direkt</i> , einem Magazin, dass vom Dokumentationszentrum[sic!] des österreichischen Widerstandes als rechtsextrem eingestuft wird.	Reine politisch-subjektive Sichtweise ohne qualitative Grundlage.	Topos der Schuldzuweisung: Politische Gegner hätten unge-rechtfertigt diese Anschuldigung erhoben.
12. Straches Pressesprecher Martin Glier verwendet den Begriff „Blutzeuge“ und zitiert das rechtsextreme und revisionistische Onlinelexikon <i>Metapedia</i> ²⁷⁹ .	Glier gestand seinen Fehler ein und bedankte sich für die Aufklärung.	Keine Topoi. Offen bleibt, ob Glier tatsächlich nicht über den Begriff und Metapedia Bescheid wusste.

²⁷⁸ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 494

²⁷⁹ vgl. dazu: Metapedia: Holocaust (Massenvernichtung):

<[https://de.metapedia.org/wiki/Holocaust_\(Massenvernichtung\)](https://de.metapedia.org/wiki/Holocaust_(Massenvernichtung))>, abgerufen am 04.10.2020

13. Reinhard Rebhandl gehört zum rechtsextremen Umfeld, trug 2010 für seinen Turnverein eine Flagge mit den Worten „Rassenreinheit“.	Fahne wurde mitgebracht, aber nicht ausgerollt.	Topos der Verschleierung (Hafenecker spricht hier nicht die Wahrheit, siehe Fotos am Ende des Kapitels).
14. Fund von antisemitischen Liederbüchern in der Burschenschaft <i>Bruna Sudetia</i> , Vorsitzender ist Götschober.	Das Buch gehöre nicht der Burschenschaft, Götschober ist unbescholtener Staatsbürger.	Topos von Recht und Ordnung: Götschober hat sich nichts zu Schulden kommen lassen und wurde nicht gesetzlich belangt.
15. Ein Kandidat der FPÖ Herzogenburg trug ein T-Shirt der Neonazi-Band <i>Der Stürmer</i> .	Konsequenzen wurden gezogen (Parteiausschluss).	Topos von Recht und Ordnung: Die FPÖ ziehe Konsequenzen, wenn nötig.
16. Stellvertretender Bürgermeister der FPÖ von Graz, Mario Eustachio, hielt 2018 eine Rede am Kongress der rechtsextremen <i>Identitären Bewegung</i> .	Keine Notwendigkeit, eine private, legale Veranstaltung zu kommentieren.	Keine Absicht Hafeneckers erkennbar, sich vom Rechtsextremismus zu distanzieren.
17. Wolfgang Neururer, FPÖ-Bezirksvorsitzender von Imst, verschickte Hitler-Bilder in einer Partei-internen WhatsApp-Gruppe.	Neururer und die involvierte Brigitte Grüber sind aus der Partei ausgetreten.	Topos von Recht und Ordnung: Die FPÖ ziehe Konsequenzen, wenn nötig.
18. Der FPÖ-Vorsitzende Lutz Weinzinger vergleicht die Kritik gegen Burschenschaften mit der Situation der jüdischen Bevölkerung in den 1930ern.	Vergleiche seien unangebracht, der ehemalige Kanzler Kern hat dasselbe mit der FPÖ gemacht, Burschenschaften wären oft Ziele von Angriffen.	Topos der Schuldabweisung: es wird auf andere politische Mitbewerber verwiesen, die Burschenschaften seien die eigentlichen Opfer (Topos des Opfers).
19. Die Plattform <i>unzensuriert.at</i> verbreite rechtsextreme Verschwörungstheorien.	Die FPÖ hat nichts mit unzensuriert zu tun, die Kritik ist politisch motiviert.	Topos der Verschleierung (FPÖ-nahes Medium, viele Personen im Umfeld der FPÖ publizieren auf unzensuriert.at).

20. FPÖ-Gemeinderat in Guntramsdorf, Wolfgang Preiszler, teilte rassistische und antisemitische Beiträge auf Facebook.	Keine Konsequenzen seitens der FPÖ.	
21. Jürgen-Michael Kleppich, FPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt, trägt ein T-Shirt der <i>Identitären Bewegung</i> und teilt Fotos von seinem Großvater in Nazi-Uniform.	Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Wien wurde eingeleitet, er wurde zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des „Historikerberichts“ nicht ausgeschlossen.	
22. Hans Fromm, FPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt, fällt mit antisemitischen Äußerungen auf („Die Juden kommen nur zu uns, weil sie Geld wollen.“)	Hans Fromm ist gegen Gedenkprojekte, weil sie das Budget des Bezirkes übersteigen würden, freiheitliche Mandatare werden ständig von der <i>Israelitischen Kultusgemeinde</i> diskreditiert. Die Äußerungen seien weder antisemitisch noch rassistisch.	Topos der Verschleierung (Die Äußerungen sind eindeutig als antisemitisch zu werten).
23. Zwei FPÖ-Funktionäre tauschen in WhatsApp-Gruppen Hitlerbilder aus.	Die betreffenden Personen sind selbst aus der Partei ausgetreten, Hafenecker meint, man könne keinen Einfluss auf die Mandatszurücklegung ausüben.	

24. Arndt Praxmarer, ehemaliger Angestellter von Hofer im Verkehrsministerium, versieht das Neonazi-Szene Restaurant <i>Goldener Löwe</i> in Thüringen mit einem „Like“ auf Facebook.	Hafenecker nimmt Praxmarer in Schutz und unterstützt die Behauptung, Praxmarer wisse nicht, wie es zu dem „Like“ gekommen sei.	Evtl. Topos der Verschleierung : Versehentlich ein „Like“ zu vergeben klingt dubios. Und evtl. Topos der Schuldabweisung : Hafenecker beschützt Praxmarer und nimmt die zweifelhafte Erklärung hin.
25. Udo Voigt, ehemaliger Leiter der <i>Nationaldemokratischen Partei Deutschlands</i> (NPD), wurde von der Burschenschaft <i>Olympia</i> eingeladen.	Die <i>Olympia</i> sei keine FPÖ-Hochburg, wenn auch viele FPÖ-Mitglieder ihr angehören.	Topos der Verschleierung : zwar handle es sich um keine offizielle Vorfeldorganisation, jedoch um eine der FPÖ nahestehende.
26. Die FPÖ-Gemeinderätin in Bad Vöslau, Stefanie Witzmann, ehrte ihren Großvater, einen NS-Bürgermeister, mit einem Transparent auf ihrem Hotel.	Witzmann feierte lediglich das Hoteljubiläum, sie habe nichts mit der politischen Verantwortung ihres Großvaters zu tun.	
27. Der Vorsitzende des <i>Rings Freiheitlicher Jugend</i> in Salzburg gab 2009 auf Facebook zu, dass er ein Nazi ist.	Konsequenzen wurden gezogen, die Person ist zurückgetreten und aus der Partei ausgetreten.	
28. Strache fällt mit einer antisemitischen Karikatur auf Facebook auf.	Karikatur sei nicht antisemitisch, es sei bloß eine diskreditierende Strategie der politischen Mitbewerber_innen.	Topos der Verschleierung : Die Karikatur ist klar antisemitisch, der ursprünglichen Karikatur wurden Hakennase und Davidsterne hinzugefügt ²⁸⁰ Topos des Opfers : diskreditierende Strategie der politischen Mitbewerber_innen.

²⁸⁰ Wodak: Politik mit der Angst, 73f

29. Hofer kündigte an, dass FPÖ-Mitglieder, die in der <i>Aula</i> publizieren, ausgeschlossen werden, Mario Kunasek und Strache widersprechen.	Die <i>Aula</i> wurde eingestellt, von der <i>Neuen Aula</i> erschien nur eine Ausgabe. ²⁸¹	
30. Razzia durch FPÖ-nahe Polizeibeamte beim Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, Akten zu Rechtsextremismus wurden mitgenommen. Die Betroffene Beamtin fühlte sich vom ehemaligen Bundesminister für Inneres, Kickl, unter Druck gesetzt.	Das einzige involvierte FPÖ-geführte Ministerium war das Bundesministerium für Inneres, dieses gewährleistete lediglich die Durchführung der Hausdurchsuchung.	
31. Manuel Kamper, FPÖ-Mitglied und Angestellter des Innenministeriums, teilte Videos von einem Flugzeug der Wehrmacht mit sichtbarem Hakenkreuz.	Hinweis auf strafrechtliche Ermittlungen.	Topos von Recht und Ordnung: Die FPÖ ziehe Konsequenzen, wenn nötig.
32. Das Bundesministerium für Sport und das Bundesministerium für Inneres inserieren in rechtsextremen Magazinen.	Subjektive Kritik – es ist ganz normal, dass Ministerien Inserate schalten.	Topos der Schuldabweisung (Andere Ministerien verfahren ebenso).
33. Gottfried Waldhäusl, FPÖ-Landesrat in Niederösterreich, schlug vor, Jüd_innen sowie Muslim_innen zu registrieren, wenn sie koscheres bzw. Halal-Fleisch beziehen wollen.	Der Vorschlag stamme ursprünglich von SPÖ-Landesrat Maurice Androsch.	Topos der Schuldzuweisung: Weil der Vorschlag ursprünglich von einer anderen Person stammt, treffe Waldhäusl keine Schuld.

Tabelle 4: Analyse der von Hafenecker behandelten „Einzelfälle“, eigene Darstellung

²⁸¹ vgl. dazu: Redaktion news.orf.at: „Neue Aula“ nach einer Ausgabe wieder eingestellt: <<https://orf.at/stories/3141880/>>, abgerufen am 04.10.2020



Abbildung 1: Rebhandl im Oktober 2010 neben der Fahne mit der Aufschrift „Rassenreinheit“²⁸²



Abbildung 2: Die im Oktober gezeigte Fahne mit der Aufschrift „Rassenreinheit“ im Detail²⁸³

²⁸² vgl. dazu: Redakiton Salzburger Nachrichten: „Rassereinheit“: FPÖ-Kandidat Rebhandl gerät weiter unter Druck: <<https://www.sn.at/salzburg/landtagswahl-2018/rassereinheit-fpoe-kandidat-rebhandl-geraet-weiter-unter-druck-25595575>>, abgerufen am 04.10.2020

²⁸³ Ebd., abgerufen am 04.10.2020

Mölzer: Erklärungen des ehemaligen-FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache zu Israel, sowie Distanzierungen von Antisemitismus und NS-Ideologie

Mölzer führt in seinem Beitrag OTS-Presseaussendungen von Strache zu den Themen Israel, Distanzierungen der FPÖ vom Antisemitismus sowie der NS-Ideologie an, und versucht somit zu verdeutlichen, dass die FPÖ weder eine antisemitische noch eine die nationalsozialistische Ideologie verherrlichende Partei sei. Durch die Feder Mölzers kommt Strache indirekt zu Wort.²⁸⁴ Da der „Historikerbericht“ nach dem Rücktritt Straches als Vizekanzler und Bundesparteiobmann im Zuge der *Ibiza-Affäre* veröffentlicht wurde, liegt die Vermutung nahe, Strache auf diesem Wege Raum im Bericht zu geben, ohne dass dieser direkt in den Beitrag involviert sein musste. Ein Vorwort oder gar ein Beitrag Straches wäre aller Wahrscheinlichkeit nach schädlich für die FPÖ gewesen. Folgende Passagen sind für die Topoi-Analyse von Bedeutung:

„Seit der Übernahme der Führung der FPÖ hat Heinz-Christian Strache keine Gelegenheit ausgelassen, sich von der nationalsozialistischen Ideologie und jeglichem Antisemitismus zu distanzieren.“²⁸⁵

Mölzer stellt die Behauptung in den Raum, dass Strache in seiner Zeit als Bundespartei-Obmann der FPÖ keine Gelegenheit ausgelassen hat, sich von der nationalsozialistischen Ideologie und vom Antisemitismus zu distanzieren. Man kann Strache jedoch eine Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut nachsagen, ein Grund dafür ist mitunter, dass er in der Vergangenheit nicht vor der Verwendung von antisemitischen Codes zurückschreckte, wie etwa bei der bereits erwähnten Karikatur. Hier liegt es nahe, dass Mölzer den **Topos der Verschleierung** verwendet hat.

„Deutliche Worte fand Strache auch zur Pauschalverurteilung der Burschenschaften durch manche Medien. „Ich selbst bin Burschenschafter und lasse es nicht zu, diese studentische Tradition in ein völlig falsches Licht zu rücken. Denn gerade diese Studentenverbindungen wurden im Dritten Reich, nicht zuletzt wegen ihrer demokratischen Einstellung, verboten und aufgelöst. Sie wurden nach dem Krieg wieder zugelassen und viele ihrer Mit-

²⁸⁴ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 505-523

²⁸⁵ Ebd, 507

glieder haben wesentlich zum Wiederaufbau unseres Landes beigetragen. Eine Reihe von ihnen haben bedeutende Positionen erreicht, in der Wirtschaft, aber auch in der Politik, und sind wertvolle Mitglieder der österreichischen Gesellschaft. Ich kann in Kreisky-Manier nur festhalten: Meine Damen und Herren Redakteure, lernen Sie Geschichte', so Strache. ²⁸⁶

An dieser Stelle zitiert Mölzer Strache, der die Burschenschaften in Schutz nimmt. Diese wurden „nicht zuletzt wegen ihrer demokratischen Einstellung verboten und aufgelöst.“ Diese Aussage kann unter dem **Topos der Verschleierung** klassifiziert werden, da sich die Burschenschaften feierlich selbstaufgelöst haben und in die Gliederungen des Deutschen Reiches übergangen.

„Sehr interessant sei es auch, eine Diskussion etwa über den ehemaligen deutschen Außenminister der Grünen, Joschka Fischer, zu führen. Christian Schmidt, ein ehemaliger linksextremistischer Kampfgenosse Joschka Fischers, schildert in seinem Buch ‚Wir sind die Wahnsinnigen – Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang‘, dass Joschka Fischer während der Zeit des linksextremistischen Terrors der berüchtigten ‚Roten Armee Fraktion‘ (RAF), der so genannten Baader-Meinhof-Bande, deren Sympathisant und ‚comandante‘ einer linksextremistischen Wehrsport- und Straßenschlachtgruppe in Frankfurt am Main war. ²⁸⁷

Im Zuge der Paintball-Fotos Straches, die an Wehrsportübungen erinnern, stellt Mölzer den Vergleich zum ehemaligen deutschen Außenminister Joschka Fischer und dessen „Kampfgenossen“ Christian Schmidt in den Raum (**Topos der Schuldzuweisung**).

„Ja, ich distanziere mich in aller Klarheit von den Verbrechen des Nationalsozialismus und verurteile diese. (...) Ja, ich verurteile Rassismus, Totalitarismus und Antisemitismus. Und ich fordere endlich Fairness, Objektivität und Tatsachenbezogenheit bei dieser mehr

²⁸⁶ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 508

²⁸⁷ Ebd., 508

als sensiblen Frage ein. Ich werde es nicht zulassen, mich und diese FPÖ in ein Eck zu drängen, in das wir nicht gehören.“ (...) ²⁸⁸

„Immer wieder behaupten die linke Jagdgesellschaft und selbsternannte Moralapostel (...) dass HC Strache keine klare Distanzierung zur NS-Ideologie vorgenommen habe. Einer Prüfung der Fakten halten alle diese Behauptungen nicht stand. Es gibt eine Unzahl von Handlungen und Aussagen, die Straches lupenreine demokratische Gesinnung beweisen. Nur, an Tatsachen war die Jagdgesellschaft nie interessiert. (...)“ ²⁸⁹

„Man müsse scharf unterscheiden zwischen jenen, die aus Dummheit und manchmal vielleicht aus jugendlichem Übermut heraus vielleicht Blödheiten von sich geben würden. Diesen solle man auch im Umgang mit ihnen die Überlegenheit der Demokratie beweisen. Und zwischen jenen, die die Demokratie angreifen, schädigen, aushöhlen und zerstören wollen und gegen die wir uns mit allen gebotenen Mitteln eines Rechtsstaates zur Wehr setzen müssen“, so Strache. „Das gilt für Rechtsextreme wie Linksextreme. Und diese Mühe der Unterscheidung müssen wir uns machen.“ ²⁹⁰

Hier wechseln sich Distanzierungen vom Nationalsozialismus sowie Antisemitismus Straches mit **Topoi der Schuldzuweisungen** ab – es ist von der „linken Jagdgesellschaft“, „selbsternannten Moralaposteln“ und „Linksextremen“ die Rede, während man selbst eine lupenreine demokratische Gesinnung aufweist (**Topos von Recht und Ordnung**). Man sei das Opfer einer Jagdgesellschaft (**Topos des Opfers**) dabei unterstütze die FPÖ die rechtliche Verfolgung jener, die im demokratischen System „Blödheiten“ begehen würden – aber nur, wenn dies gerechtfertigt sei (**Topos der demokratischen Mitbestimmung**).

„Nachdem die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts überwunden wurden, sieht sich die Menschheit gegenwärtig einer neuen weltweiten totalitären Bedrohung ausgesetzt: dem fundamentalistischen Islam. Wir betrachten uns als Teil des weltweiten Kampfes der Verteidiger von Demokratie und Menschenrechten gegenüber allen totalitären Systemen und

²⁸⁸ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 509

²⁸⁹ Ebd., 510

²⁹⁰ Ebd., 512

deren Helfershelfern. Damit stehen wir an vorderster Front des Kampfes für die westlich-demokratische Wertegemeinschaft.“²⁹¹

In der Jerusalemener Erklärung von 2010 wird vor einer totalitären Bedrohung (**Topos der Gefahr/Bedrohung** sowie **Topos der Kultur**) gewarnt: dem fundamentalistischen Islam.

Es folgt eine Reihe von Pressemeldungen, um zu verdeutlichen, wie gut das Verhältnis der FPÖ mit Israel und Menschen jüdischen Glaubens sei.²⁹² In diesem Fall ist ganz klar die diskursive Strategie hinter den vielen Pressemeldungen bezüglich Israel erkennbar, Ruth Wodak beschreibt eine ähnliche Situation folgendermaßen:

„Mithilfe einer bekannten Formel (‘Ich habe viele israelische, jüdische Freunde’) bestreitet Strache, dass die Karikatur antisemitisch gelesen werden sollte oder auch nur könnte – die typische Leugnung einer Absicht. Das irreführende Argument (Post hoc ergo propter hoc-Trugschluss) ist offensichtlich: Wenn seine jüdischen Freunde die Karikatur nicht als antisemitisch klassifizieren, kann sie nicht antisemitisch sein. Solche Argumente werden häufig verwendet, um zu beweisen, dass eine Äußerung nicht als rassistisch, sexistisch oder antisemitisch bezeichnet werden kann, weil türkische, arabische oder jüdischen Freunde die Ansichten eines Sprechers oder Autors teilen. Die Rechtfertigung bedeutet noch mehr: Wenn jemand jüdische Freunde hat, dann kann er gar nichts Antisemitisches äußern oder gar meinen.“²⁹³

„Unsere Gesprächspartner lassen sich durch linke Diffamierungsversuche nicht beeindrucken: (...) Strache betonte, dass die jahrzehntelange internationale Vernachlässigung und linke sozialistische Hetze gegen die FPÖ durch die SPÖ und SPÖ-nahe Vertreter aus der IKG wie Muzicant und Fastenbauer nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. „Unsere Gesprächspartner lassen sich von diesen Diffamierungsversuchen gegen die FPÖ und Österreich

²⁹¹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 513

²⁹² vgl. dazu die von Mölzer zitierten Pressemeldungen, Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 513-523

²⁹³ Wodak: Politik mit der Angst, 35

nicht beeindrucken‘, betonte der freiheitliche Klubobmann. ‘ Wir führen den Dialog auf offizieller Ebene. Dazu brauchen wir weder die SPÖ noch linke ideologische Quertreiber noch das Außenamt. ‘“²⁹⁴

Mölzer entschied sich dafür, eine breite Palette an Aussendungen mit Israelbezug in den *Bericht der Historikerkommission* aufzunehmen. Durch die Hervorhebung der guten Beziehungen der FPÖ zu einigen politischen Funktionär_innen in Israel und der *Israelischen Kultusgemeinde* (IKG) wird der Eindruck vermittelt, die FPÖ könne sich gar nicht antisemitisch äußern oder antisemitisch sein. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, warum zwei israelische Autoren angeworben wurden, um Beiträge für den Bericht zu verfassen. Gleichzeitig finden Schlagworte wie „linke Diffamierungsversuche“, „jahrzehntelange internationale Vernaderung und linke sozialistische Hetze gegen die FPÖ durch die SPÖ und SPÖ-nahe Vertreter aus der IKG“ Einzug in den Text (**Topos des Opfers**).

„Er [Strache] referierte über die Freiheitstradition der bürgerlichen Revolution 1848, die Selbstbestimmungs- und Verteidigungsrechten der Völker sowie die Religionsfreiheit, betonte die FPÖ-Positionen für ein föderales Europa der Vaterländer und schilderte die massiven Zuwanderungsprobleme in Österreich und Europa, die sich auch durch die Gefahr des Radikal-Islam als neue Form des Antisemitismus zeigen. Strache betonte auch einmal mehr, dass die FPÖ vehement gegen jegliche Form von Diffamierung, Totalitarismus und Antisemitismus auftrate. Die moderne Form von Antisemitismus manifestiere sich im radikalen Islam, welcher leider immer wieder durch linke politische Kräfte in Europa und vor allem auch in Österreich verharmlost werde.“²⁹⁵

Erneut findet sich der **Topos der Gefahr/Bedrohung**: „Die moderne Form von Antisemitismus manifestiere sich im radikalen Islam, welcher leider immer wieder durch linke politische Kräfte in Europa und vor allem auch in Österreich verharmlost werde.“

²⁹⁴ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 517

²⁹⁵ Ebd., 518

Mirzo: Über den Umgang der FPÖ mit dem Islam

Mirzo beschreibt in ihrem Beitrag das Verhältnis bzw. die Positionierung der FPÖ zum Islam und spricht dabei von Unvereinbarkeiten mit der europäischen Kultur und der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung Österreichs“. Nach kurzer Einleitung wird die Geschichte der Anerkennung des Islams als religiöse Gemeinschaft in Österreich thematisiert, um dann auf das Verhältnis der FPÖ zum Islam einzugehen. Sowohl der „Dschihad“ als auch der Umgang mit Personen, die sich dem muslimischen Glauben abwenden, die Religionsfreiheit, das Judentum und ein von der Autorin attestierter Überlegenheitsanspruch von Muslim_innen gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen werden thematisiert.²⁹⁶ Mirzo bezieht sich in Ihrem Text auf keine einzige Quelle, wodurch ihr Beitrag als klar unwissenschaftlich zu klassifizieren ist. Weil bestimmte Thesen in Mirzos Text nicht reproduziert werden bzw. eine Bühne finden sollen, werden einige Passagen nur indirekt zitiert (siehe Fußnote 295). Die anderen relevanten Passagen werden wie bisher üblich, im Nachfolgenden dargestellt.

Mirzos Text ist voller Verallgemeinerungen, Stereotype und Bedrohungsszenarien, Semantiken werden verdreht.²⁹⁷ Die Autorin spricht eingangs von „einem politisch und ideologisch aufgeladenen Islam“, „innerislamischer Radikalisierung“, „wachsenden Einfluss“ und dass die „Islamisierung“ bzw. der „radikale Islam“ die „größte Bedrohung für den Frieden seit dem Ende des Kalten Krieges“ sei. Ein weiterer Punkt ist der „imperialistische Auftrag“ bei dem „Säkularisierung und Demokratie im Weg stehen“; zudem sei nach Mirzo die „Installation der Scharia“ das Hauptziel des Islams. Weiters würden rechtsstaatliche Statuten durch „islamische Kindergärten, Moscheen oder Kulturvereine“ unterminiert werden. So viel ergab die Analyse der Einleitung, hier ist eine signifikante Häufigkeit der Verwendung von Topoi feststellbar, allem voran mehrere **Topoi der Gefahr/Bedrohung**, gefolgt von **Topoi der Kultur**, den **Topos der Schuldabweisung** und **Topoi der Belastung**.²⁹⁸

²⁹⁶ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 525-538

²⁹⁷ Ich habe länger darüber nachgedacht, an dieser Stelle eine Stellungnahme anzubringen und mich letzten Endes dafür entschieden. Der Beitrag ist nicht leicht zu lesen – jedoch liegt das nicht am Niveau des Geschriebenen. Vielmehr sind es die kruden, islamophoben Thesen, die meiner Meinung nach einer Volksverhetzung gefährlich nahekommen. Manche Zitate haben lediglich einen Verweis in den Fußnoten, ohne direkt zitiert zu werden, da diese Arbeit nicht dazu beitragen soll, antimuslimischen Rassismus – eine höchst aktuelle Problematik – im Übermaß zu reproduzieren. Die analysierten Zitate können im *Bericht der Historikerkommission* auf den Seiten 525-538 nachgelesen werden.

²⁹⁸ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 527.

„Etwa 700.000 Muslime leben derzeit in Österreich, seit der letzten Volkszählung im Jahr 2001 hat sich ihre Zahl damit fast verdoppelt. (...)“

Schwerpunktthema war die kritische Auseinandersetzung mit den Gefahren des ‚politischen‘ Islams.“²⁹⁹

Hier wird aufgezählt, wie viele Menschen muslimischen Glaubens in Österreich leben sowie die Information bereitgestellt, dass sich diese Anzahl seit 2001 verdoppelt hat. Im Kontext der Einleitung bleibt nichts anderes übrig, diesen diskursstrategischen Kniff ebenso als die Verwendung des **Topos der Gefahr/Bedrohung** sowie dem **Topos der Belastung** zu klassifizieren. Es ist nicht klar, woher Mirzo diese Zahl bezieht, da sie keinerlei Quellen verweist. Die Volkszählung im Jahr 2001 war die letzte, bei der es legal war, die Religionszugehörigkeit statistisch zu erfassen.³⁰⁰ Auf derselben Seite ist wieder von den „Gefahren des ‚politischen‘ Islams“ die Rede.

Mirzo geht auf das Positionspapier *Wir und der Islam* der FPÖ aus dem Jahr 2008 ein und stellt folgendes fest:

„in Anbetracht dieser Erfahrungen ist ohne Wenn und Aber festzuhalten, dass für antidemokratische Ideologien und religiöse Fundamentalisten im politischen Leben Österreichs und Europas kein Platz ist. Die Islamisierung Europas und der Vormarsch des radikalen Islamismus in Europa seien zu stoppen.“³⁰¹

Dieser **Topos von Recht und Ordnung** wird gefolgt vom **Topos des Nutzens**, in der Form eines Gegenmaßnahmenkataloges.³⁰² Auf den nächsten neun Seiten warnt Mirzo inflationär vor Gefahren, zitiert Thilo Sarrazin und Suren aus dem Koran, ganz klar um Stimmung gegen den Islam (und nicht nur radikal Formen des Islamismus) zu machen. Bis zum Abschnitt „Überlegenheitsanspruch der Muslime gegenüber Nichtmuslimen“ kommt der **Topos der Ge-**

²⁹⁹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 528

³⁰⁰ vgl. dazu: oesterreich.gv.at: Religionsgemeinschaften in Österreich – Statistik: <https://www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/kirchenein___austritt_und_religionen/3/Seite.820018.html>, abgerufen am 03.04.2021

³⁰¹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 529

³⁰² Ebd.

fahr/Bedrohung ein halbes Dutzend Mal vor, ähnlich verhält es sich mit dem **Topos der Belastung**. Das folgende Zitat ist äußerst fragwürdig:

„Die wiederholte Herabsetzung und Entmenschlichung der Nichtmuslime manifestierte sich bei vielen Muslimen und drückt sich in ihrem Denken und Handeln gegenüber Andersgläubigen aus. Was mit Menschen geschehen kann, wenn sie entmenschlicht werden, hat uns die Geschichte grausam gelehrt. Auch die Nationalsozialisten in Hitler-Deutschland haben die Juden mit Tieren gleichgesetzt. Die NS-Propaganda bezeichnete die Juden als ‚Ungeziefer‘, ‚Parasiten‘ oder ‚Wanzen‘. Ziel dieser Hassrhetorik war, die Hemmschwelle zur Gewalt gegen Juden zu überwinden. Es ist schließlich leichter, ein lästiges Ungeziefer zu töten als einen Menschen.“³⁰³

In erster Linie handelt es sich hierbei um den **Topos der Gefahr/Bedrohung**, den **Topos der Belastung** und den **Topos der Geschichte**. Der Vergleich von Muslim_innen – einer heute in Europa zur Genüge diskriminierten Minderheit – mit dem nationalsozialistischen Regime ist entbehrlich. Mirzos Vergleich ist unzureichend, weil die NSDAP sich in einer totalitären Machtposition befand; die gesellschaftspolitische Stellung von Menschen muslimischen Glaubens unterscheidet sich davon erheblich. Zudem ist rechte Gewalt in der heutigen Gesellschaft äußerst präsent und richtet sich oftmals gegen Muslim_innen.^{304 305} Es handelt sich hierbei um eine typische Sündenbock-Argumentation. Mirzos Beitrag ist als unwissenschaftlich und bedenklich einzustufen.

Kalwoda: Materialien des DÖW zum „Dritten Lager“ in Bezug auf die FPÖ

Bei dem Beitrag Kalwodas handelt es sich um eine Vorstudie, die sich dem Materialienumfang zur Geschichte der FPÖ im DÖW widmet. Das Ergebnis ist ein Überblick in der Form der statistischen Aufarbeitung einer Schlagwortrecherche. Kalwolda beschreibt seine Vorgehensweise

³⁰³ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 536

³⁰⁴ Seit der deutschen Wende ab 1989 kamen 209 Menschen in Deutschlands durch rechten Terror ums Leben. Vgl. dazu: Arbeiter, Armin: Bereits 209 Tote durch rechten Terror seit der deutschen Wende: <<https://kurier.at/politik/ausland/bereits-209-tote-durch-rechten-terror-seit-der-deutschen-wende/400760403>>. abgerufen am 04.10.2020

³⁰⁵ Zwei Mitglieder der identitären Bewegung versuchten ein Asylheim in Brand zu setzen. Anschläge gegen Asylheime sind leider nichts ungewöhnliches mehr. Vgl. dazu: Redaktion news.orf.at Niederösterreich: Identitäre wollten Asylheim in Brand setzen: <<https://noe.orf.at/stories/3021977/>>, abgerufen am 04.10.2020

und den erhobenen Materialumfang sowie erste Ergebnisse einer Literatur- und Quellenrecherche. 15 Anhänge sind dem Text beigelegt, sie zeigen beispielhaft – von Karikaturen über Zeitungsausschnitte bis hin zu E-Mails – einen Auszug aus den Quellen des DÖW.³⁰⁶ Der Beitrag kommt ohne die im Rechtspopulismus üblichen diskursiven Strategien aus.

Israeli: Remarks on the Findings of the Commission of Historians

Israeli beurteilt in seinem kurzen Beitrag die Ergebnisse des *Berichts der Historikerkommission*.³⁰⁷ Das folgende Zitat ist für die Fragestellung relevant:

*„Indeed, the Party has rejected all forms of violence, totalitarianism and racism, and seeks to ensure peace, self-determination and freedom, bound by the belief that all humans are born free and are equal in dignity in rights. The Party has also taken a firm stand against anti-Semitism, domestically and internationally, rejects extremism and will struggle against those societal plights with the tools of democracy, rule of law and free debate. It cites, in particular, radical Islam as fueling imported anti-Semitism[sic!] in Europe, bearing in mind the memory of the dark hours in Austrian history, when National Socialism reigned supreme.”*³⁰⁸

Der „Historikerbericht“ kommt in diesem Fazit gut davon. Der komplexe Prozess, die Vergangenheit einer Partei aufzuarbeiten, ist – um kurz dem Fazit der vorliegenden Arbeit vorwegzugreifen – nicht wirklich geglückt. Mordechai`s Urteil kann als **Topos der Verschleierung** klassifiziert werden, da die Aufarbeitung der Parteigeschichte nicht als annähernd abgeschlossen angesehen werden kann. Im selben Absatz wird vor dem Islam gewarnt (**Topos der Gefahr/Bedrohung** und **Topos der Kultur**). Die FPÖ stelle sich mit allen Werkzeugen der Demokratie gegen Antisemitismus und Extremismus. Diese Aussage ist sowohl mit dem **Topos von Recht und Ordnung** als auch mit dem **Topos des Retters** zu klassifizieren. Im weiteren Verlauf geht der Autor auf die Distanzierungs- und Restitutionsbemühungen der FPÖ, die etwa Harald Ofner gefordert hat, ein und kommt dabei ohne die Verwendung von weiteren Topoi aus.

³⁰⁶ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 541-617

³⁰⁷ Ebd., 619-626

³⁰⁸ Ebd., 621

Kedar: Expert opinion on contributions by FPÖ to overcoming the Nazi Past

Kedar befasst sich in seinem Beitrag – der im Titel als „Expertenmeinung“ bezeichnet wird – mit den Beiträgen der FPÖ, die sich der Überwindung der NS-Vergangenheit widmen. Kedar kritisiert etwa den Umstand, dass ehemaligen Nationalsozialist_innen, die der SPÖ und ÖVP beigetreten waren, eine weiße Weste zugeschrieben wurde, während jene, die der VdU bzw. der FPÖ beitraten, für immer mit dem Stigma des Nationalsozialismus gebrandmarkt seien. Nicht beachtet wird der Horizont der politischen Forderungen der zur Wahl stehenden Parteien.³⁰⁹ Folgende Zitate waren relevant für die Fragestellung:

„On the other hand, the issue of former NSDAP membership also pertains – with the exception of the Communists, who were instead associated with the crimes of Stalin – to politicians of the other parties which rebuilt Austria after WWII. The big difference: Politicians who joined the ÖVP or SPÖ after WWII were considered to have been ‘white-washed’, whereas those who joined the VdU/FPÖ were suspected of harboring a National Socialist mindset for ever.“³¹⁰

Der Akt, einer Partei beizutreten, die sich für ehemalige Nationalsozialist_innen und Wehrmachtsangehörige einsetzt, ist historisch kritischer zu werten als der Beitritt einer Partei, die davon absieht. Hier fehlt es eindeutig an Kontext (**Topos der Verschleierung**) sowie an einer Einbindung aktueller Forschung zur Geschichte der FPÖ, wie etwa der Erkenntnisse von Margit Reiter.

“It must be clear to every adherent of a secularized political culture or society, that in Europe the days of the Catholic Church – the traditional enemy of the national-liberal camp – are over. However, due to the demographic change, religion in the form of Islam can make a comeback through the backdoor, so to speak. It is unfathomable why the political Left does not see this danger. Too many core values of Islam are incompatible not just with the core values of the political Left, but also with liberal-democratic values altogether.“³¹¹

³⁰⁹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 629-638

³¹⁰ Ebd., 632

³¹¹ Ebd., 637

In der Zusammenfassung stellt der Autor klar, sachlich den Islam kritisieren zu wollen, um gleich danach festzustellen, dass die Aversion der FPÖ gegen den „politischen Islam“ nicht mit Xenophobie oder Rassismus konnotiert sei, sondern die Gefahr real wäre und von der politischen Linken nicht gesehen werde. Hier finden sich sowohl der **Topos der Gefahr/Bedrohung**, der **Topos der Kultur** als auch der **Topos der Schuldzuweisung**.

4.7. Zusammenfassung und Nachbemerkung

Nemeth/Grischany: Über die Aufarbeitung der Parteigeschichte

Nemeth und Grischany resümieren in ihrem Nachwort die Beiträge des „Historikerberichts“. Laut den beiden bestand der Auftrag der „Historikerkommission“ darin, das historische Naheverhältnis der FPÖ zum Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Nach dem erstellten Konzept sollten bezüglich Naheverhältnis die formelle, die materielle und die personelle Ebene abgedeckt werden. Diese drei Ebenen werden von Nemeth und Grischany kurz resümiert; die im Bericht enthaltenen Beiträge werden kurz zusammengefasst wiedergegeben. Die Autoren sprechen im Conclusio ihres Beitrages von eindeutigen Berührungspunkten des VdU und der FPÖ mit dem Nationalsozialismus nach 1945. Die stärksten Berührungspunkte wären in der personellen Ebene zu verorten.³¹² Folgende Textstellen kommen für die Topoi-Analyse infrage bzw. sind erwähnenswert:

„In den Medien und vom politischen Gegner wurde dieses Unterfangen mit dem Aufspüren sogenannter ‚brauner Flecken‘ der FPÖ verglichen. Konkret ist damit gemeint, dass der FPÖ ein historisches Naheverhältnis zur NSDAP unterstellt wird, weshalb es angeblich auch bis heute immer wieder zu Äußerungen von FPÖ-Funktionären kommt – den sogenannten ‚Einzelfällen‘ –, die dieses zu bestätigen scheinen.“³¹³

In der Vorbemerkung kritisieren die Autoren die Medien und politische Gegner_innen, da diese der FPÖ ein Naheverhältnis zur NSDAP unterstellen würden – und die *angeblichen* „Einzelfälle“ bestätigen dies (**Topos der Verschleierung** sowie **Topos des Opfers**).

„Die Geschichte des Dritten Lagers nach 1945 weist eindeutig Berührungspunkte mit dem Nationalsozialismus auf. Dies ergibt sich zunächst daraus, dass das deutschfreiheitliche Lager während der Ersten Republik schneller und vollständiger als jedes andere mit dem Nationalsozialismus sympathisierte und in dieser Bewegung aufging. Dieser Umstand ist aus bestimmten zeitspezifischen Umständen heraus historisch erklärbar. Aber weder VdU

³¹² Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 641-652

³¹³ Ebd., 643

noch FPÖ waren formell Nachfolgeorganisationen der NSDAP. Und sie strebten auch nicht – wie die Auswertung des inhaltlich-materiellen Bereichs zeigt – politisch die Wiedererrichtung eines nationalsozialistischen Regimes an. Die stärksten Berührungspunkte nach 1945 bestanden im personellen Bereich, wo sich mehr als bei den anderen Parteien ehemalige Nationalsozialisten in Führungspositionen befanden. Daneben haben von Anfang an auch Personen mit anderen Hintergründen wichtige Rollen gespielt. Der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten auf das nationalliberale Lager kann als wellenlinienartig verlaufend charakterisiert werden, wobei eine NSDAP-Mitgliedschaft oder NS-Vergangenheit allein nichts über die Gesinnung einer Person nach 1945 aussagt.“³¹⁴

Abschließend wird festgestellt, dass die stärksten Berührungspunkte der FPÖ mit dem Nationalsozialismus in dem Umstand der personellen Kontinuität sowie der aus der Anfangsphase zeitlich nahe liegenden und in der politischen Praxis des sogenannten „Dritten Lagers“ entlehnten Begriffswahl begründet liegen würden. Eine weitere Kontextualisierung fehlt, wir sehen uns hier mit dem **Topos der Verschleierung** konfrontiert.

„Auch das Eintreten für bestimmte politische Ziele, wie die Aufhebung des Verbotsgesetzes oder die Abmilderung der Entnazifizierungsmaßnahmen, führte zum Vorwurf der Nähe zum Nationalsozialismus und hatte zweifellos den Nebeneffekt, dass diese Themen vor allem ehemalige Nationalsozialisten ansprachen.“³¹⁵

Im nächsten Schritt gehen die Autoren auf das wahrgenommene Naheverhältnis des VdU und der FPÖ zum Nationalsozialismus ein, das dadurch entstanden sei, dass sich die Partei sehr früh für „Ehemalige“ stark gemacht hat.

„Dabei handelte es sich sachlich nicht um Wiederbetätigung, und primär ging es den Freiheitlichen hierbei – niemand stellte die Bestrafung von Verbrechern infrage – um Unverständnis für die Unverhältnismäßigkeit der Sanktionen für eine große Gruppe von Per-

³¹⁴ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 651

³¹⁵ Ebd., 652

sonen, die sich nichts weiter als eine Parteimitgliedschaft zuschulden hat kommen lassen.“³¹⁶

Für Verwirrung sorgt das obige pauschalisierende Argument, dass sich ehemalige Nationalsozialist_innen (ausgenommen von Kriegsverbrecher_innen) nichts weiter als eine Parteimitgliedschaft zuschulden haben kommen lassen. Wiederum ist diese Aussage – die revisionistisch einzuschätzen ist – ein **Topos der Verschleierung**.

*„Nach 1945 haben sich ehemalige Parteimitglieder und Mitläufer in großen Zahlen auch unter den Wählern und Mitgliedern der anderen Parteien befunden.“*³¹⁷

Im Schlussabsatz wird noch kurz der Vollständigkeit halber erwähnt, dass es auch in den anderen Parteien ehemalige Nationalsozialist_innen gegeben habe (**Topos der Schuldzuweisung**).

Mölzer: Der eigenen Geschichte illusionslos ins Auge sehen!

Mölzer stellt in seiner Nachbemerkung die Behauptung auf, die „Historikerkommission“ habe ihr Ziel erfüllt und sich der Erneuerung des eigenen Geschichtsbildes gewidmet. Mölzer wehrt sich gegen Kritik von Medien und anderen politischen Gegner_innen und stellt fest, es ginge nicht darum, die eigene Geschichte schönzufärben, sondern sich der eigenen Geschichte zu stellen.³¹⁸ Die nachfolgenden Textstellen waren für die Topoi-Analyse relevant:

*„Das Projekt, in das eine Reihe der Historikern, zum einen aus dem FPÖ-nahen Bereich, darüber hinaus aus dem FPÖ-unabhängigen oder gar FPÖ-kritischen Bereich, berufen wurde, um mittels Behandlung einzelner Perioden und Aspekte dieser Geschichte zur neuerlichen Erarbeitung dieses Geschichtsbildes beizutragen, musste naturgemäß auf Skepsis, wenn nicht gar heftige Kritik der politischen Gegner dieses Lagers und der FPÖ stoßen.“*³¹⁹

³¹⁶ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 652

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Ebd., 663-666

³¹⁹ Ebd., 665

Mölzer konstatiert, die Kommission bestehe sowohl aus Historikern mit FPÖ-nahem Hintergrund als auch Unabhängigen und der Partei kritisch Gegenüberstehenden. Der große Teil der Autor_innen hat jedoch – wie bereits verdeutlicht wurde – eine klare Nähe zur FPÖ, eine Affinität zu jener oder zu rechter Ideologie. Der Umstand, dass ein paar Wenige sich kritischer mit der Parteigeschichte befassen³²⁰, macht den „Historikerbericht“ nicht automatisch zu einer kritischen oder einer den wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Arbeit. Laut Mölzer könne nur Brauner eine Parteimitgliedschaft bzw. Höbelt eine gewisse Parteiaffinität nachgesagt werden. Diese Aussage wird im Unterkapitel *Mitglieder der Kommission* der vorliegenden Arbeit widerlegt, da auch Hofer, Kickl, Hafenecker, Nemeth und Mölzer selbst Mitglieder der FPÖ sind – entweder wurde diese Tatsache übersehen, oder es handelt sich hierbei um den **Topos der Verschleierung**.

„Aber dieses schloss er messerscharf, was nicht sein kann, auch nicht sein darf.“ Nach diesem Motto vorverurteilten die politischen Mitbewerber der FPÖ und die Mainstream-Medien die Arbeit dieser Kommission.“³²¹

Mölzer kritisiert die „vorverurteilenden politischen Mitbewerber“ sowie die „Mainstream-Medien“, er wendet hier den **Topos des Opfers** an. Der Autor schließt mit der Behauptung, die FPÖ sei keine NS-Nachfolgepartei, sondern dass sie

„geläuterte ehemalige Nationalsozialisten in das demokratische Gefüge der Republik zurückführte“.³²²

Diese Form der Argumentation missachtet jedoch personelle und ideologische Kontinuitäten zum Nationalsozialismus, diese Aussage kann mit dem **Topos der Verschleierung** klassifiziert werden.

³²⁰ vgl. dazu: Wladika: Michael Wladika: „Bin ich zum FPÖ-Parteihistoriker mutiert?“

<<https://www.derstandard.at/story/2000107338434/bin-ich-zum-fpoe-parteihistoriker-mutiert>>, abgerufen am 05.10.2020

³²¹ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 665

³²² Ebd.

Es ging laut Mölzer im *Bericht der Historikerkommission* „keineswegs darum, irgendwelche ‚braunen Flecken‘ zu exkulpieren oder auch die eigenen Geschichte schönzufärben, sondern eben dieser eigenen Geschichte illusionslos ins Auge zu sehen.“³²³

Der „Historikerbericht“ endet mit dem **Topos der Verschleierung** – hier muss dem Autor klar widersprochen werden. Der *Bericht der Historikerkommission* enthält eindeutige geschichtsrevisionistische Tendenzen, die in der vorliegenden Arbeit nachgewiesen wurden. Ob es die Absicht der FPÖ war, die Parteigeschichte „schönzufärben“, oder ob lediglich vorhandene Wissenslücken zur eigenen Vergangenheit diesen Eindruck erwecken, lässt sich an dieser Stelle nicht feststellen.

³²³ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 666

4.8. Quantitative Aspekte des „Berichts der Historikerkommission“

Da die verwendeten Topoi im *Bericht der Historikerkommission* analysiert wurden, findet sich an dieser Stelle eine Auswertung der gesammelten Erkenntnisse. Um die Analyse durchführen zu können, wurden die Autor_innen in drei Kategorien eingeteilt. Konnte eine Mitgliedschaft in der FPÖ nachgewiesen werden, fällt die Person unter die Kategorie „FPÖ-Mitglied“. Etwas schwieriger war die Einteilung in die Kategorie „FPÖ- bzw. Rechts-Affinität“. Ausschlaggebend für eine Zuordnung in diese Kategorie waren Naheverhältnisse, die im dritten Kapitel verdeutlicht wurden. Personen, die etwa in rechtsextremen Zeitschriften oder Zeitschriften mit Parteinähe publiziert haben, Position für rechtsextreme Gruppen (wie etwa die *Identitäre Bewegung*) ergriffen, in einem FPÖ-geführten Ministerium gearbeitet haben oder die allgemein als rechte Hardliner bekannt sind, wurde eine Affinität zur FPÖ oder zumindest eine Affinität zu rechten Ideologien zugewiesen. Wenn die Person Mitglied einer anderen Partei war bzw. ist oder sie eine Nähe zu nicht-freiheitlichen parteinahen Institutionen hat, wurde sie in die Kategorie „Kein Naheverhältnis zur FPÖ“ bzw. mit „keiner Affinität“ eingestuft. Ebenso verhält es sich mit Autor_innen, bei denen keine politische Affinität nachgewiesen werden konnte.

Von den FPÖ-Mitgliedern finden sich insgesamt neun Beiträge im Bericht, jedoch sei angemerkt, dass vier davon Vorworte sind. Bei den FPÖ- bzw. rechtsaffinen sind es ebenfalls neun Beiträge. Die Personen ohne Naheverhältnis zur FPÖ steuerten ebenso neun Beiträge bei. Die FPÖ-Mitglieder verfassten insgesamt 63, die FPÖ- bzw. rechtsaffinen Autor_innen 235 und die neutralen Autoren 315 Seiten. In Summe kommen wir auf 613 Seiten, die entweder Inhaltsverzeichnisse, Fließtext, Fußnoten bzw. Quellenverzeichnisse oder Bilder enthalten.

Werfen wir nun einen Blick auf die quantitative Analyse der argumentativen Strategien in Tabellenform auf der nachfolgenden Seite. Bei genauerer Betrachtung lassen sich einige Besonderheiten bzw. Auffälligkeiten feststellen: Je näher ein/e Autor_in der FPÖ steht, desto eher neigt die Person dazu, sich der typischen argumentativen Strategien des rechtspopulistischen Diskurses zu bedienen. Die Mitglieder der FPÖ verwenden 60 Topoi, die „Affinen“ 75 und die „ohne Affinität“ elf.

Topos	Volk	Recht u. Ordnung	Kultur	Belastung	Gefahr/Bedrohung	Retter	Dem. Mitbestimmung	Nutzen	Geschichte	Verschleierung	Schuldzu-/Abweisung	Opfer	Summe nach Affinität
FPÖ Mitglied									1				1
Hofer								1		1	1	1	4
Kickl													
Hafenecker		6	1		1				1	8	11	5	33
Brauneder										1	1		2
Mölzer		1	1		2		1			5	2	3	15
Nemeth										3	1	1	5
	0	7	2	0	3	0	1	1	2	18	16	10	60
FPÖ-/Rechtsaffinität													
Höbelt			1			1		1	1	4	3	2	13
Olt/Speckner	1	1		3		2	1			1	1	2	12
Grischany	1	1	3	1	3					11	2	4	26
Mirzo		1	2	4	5			1	1		1		15
Israeli		1	1		1	1				1			5
Kedar			1		1					1	1		4
	2	4	8	8	10	4	1	2	2	18	8	8	75
Keine Affinität													
Scholz													0
Wladika							1			1			2
Kamer													0
Mally													0
Schmidl										1			1
Hartmann					2	1			1				4
Strigl										1	1	2	4
Kalwolda													0
	0	0	0	0	2	1	1	0	1	3	1	2	11
Summe Absolut	2	11	10	8	15	5	3	3	5	39	25	20	146

Tabelle 5: Topoi im Bericht der Historikerkommission, eigene Darstellung

Affinität	Topoi	Seiten	Topoi pro Seite	Häufigkeit im Ø
FPÖ-Mitglied	60	63	0,95	1 Topos alle 1,1Seiten
FPÖ-/Rechts-Affinität	75	235	0,32	1 Topos alle 3,1 Seiten
Keine Affinität	11	315	0,03	1 Topos alle 28,6 Seiten

Tabelle 6: Häufigkeit Topoi nach Affinität, eigene Darstellung

Auf den ersten Blick wirken diese Zahlen nicht besonders spannend, wenn man sie jedoch mit Hinblick der Seitenzahl nach Affinität betrachtet, kommt man zu interessanten Ergebnissen. Im Durchschnitt wurden bei den FPÖ-Mitgliedern pro Seite 0,95 Topoi festgestellt. Bei den „Affinen“ finden sich 0,32 Topoi, bei den Autoren „ohne Affinität“ nur 0,03 Topoi pro Seitenzahl. Beachtlich ist zudem, dass die Autoren ohne Naheverhältnis zur FPÖ oder rechten Ideologien für über die Hälfte der Seitenanzahl und dennoch nur für 7,5% der Topoi verantwortlich waren.

Es sei der Vollständigkeit halber angemerkt, dass diese Ergebnisse als ein Richtwert zu betrachten sind. Das Ergebnis wird durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst, wie etwa der Themenvorgabe durch die „Historikerkommission“. Es ist anzunehmen, dass ein Parteistrategie wie Kickl, der das Parteiprogramm in Schutz nimmt, sich öfter rechtspopulistischen argumentativen Strategien bedienen wird als eine Person ohne Parteimitgliedschaft. Dennoch ist es genau diese hohe Affinität zur Partei, die dazu führt, dass Topoi im Durchschnitt öfter Anwendung finden als bei einer Person mit Distanz zur Partei. Mitglieder der FPÖ verwenden den *Topos der Verschleierung* im Durchschnitt bzw. pro Seitenzahl 7,5-mal so häufig wie andere am Bericht beteiligte Personen. Vergleichen wir die Häufigkeit dieses Topos zwischen FPÖ-Mitgliedern und den Autoren ohne Affinität zur Partei oder rechten Ideologien, sprechen wir von der durchschnittlichen 28,5-fachen Häufigkeit pro Seite.

5. Schlussbetrachtungen und Ausblick

Der *Bericht der Historikerkommission* erhebt den Anspruch, sich mit die Parteigeschichte der FPÖ aufzuarbeiten, Bezüge zum Nationalsozialismus zu problematisieren und das historische Selbstbild der Partei zu reflektieren. Wer sich kritisch mit der FPÖ (und rechten Strukturen sowie Parteien) auseinandersetzt, wird erkennen, dass eine solche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte längst überfällig war. Als die ersten Medien berichteten, dass die FPÖ beschlossen hatte, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen, waren so manche auf das Ergebnis gespannt. Eine Historiker_innenkommission sollte auf den Plan gerufen werden, um öffentlichkeitswirksame Vorwürfe zu prüfen und die Vergangenheit an sich, sowie eventuelle Überschneidungen zum Nationalsozialismus – seien diese auf personeller, ideologischer oder institutioneller Ebene – aufzuarbeiten. Relativ bald wurde klar, dass der Vorsitz der Kommission von Wilhelm Brauneder übernommen werden würde, einem Mitglied der FPÖ in vormals hoher Funktion. Es wäre zu Beginn nur fair gewesen, darauf zu hoffen, dass die FPÖ reinen Tisch machen und sich problematischen Vergangenheitsbezügen stellen würde. Je mehr Informationen zur Konstellation der „Historikerkommission“ bekanntgegeben wurden, desto pessimistischer fiel die Rezeption des Projekts aus. Der Publikationsprozess des Berichts verzögerte sich, innenpolitische Umwälzungen trübten den Blick auf das Vorgenommene. Spätestens, als die 32-seitige Vorabveröffentlichung auf den Tischen der politisch Interessierten lag, war vielen klar, wohin die Reise gehen sollte. Manch Andere wiederum beäugten das Geschehen viel früher, wenn nicht sogar von Anfang an, mit großer Skepsis.

Selbst federführend am Bericht beteiligt, erklärte Andreas Mölzer im April 2018 in der Zeitschrift *Kärntner Monat*, dass das Projekt nur ein „taktisches Manöver“ sei, um aus den Schlagzeilen zu kommen.³²⁴ Die Ehrlichkeit Mölzers ist interessant – denn mit einer solchen Attitüde lässt sich nur schwer argumentieren, dass es sich beim „Historikerbericht“ um ein unvoreingenommenes und vom wissenschaftlichen Niveau her tadelloses Projekt handelt. Nach der umfassenden Analyse des *Berichts der Historikerkommission* sowie des historischen Kontexts der FPÖ ist klar geworden, dass der Bericht tatsächlich – wie Mölzer treffend formulierte – ein taktisches

³²⁴ vgl. dazu: Pfarrhofer, Herbert: FP-Historikerkommission laut Mölzer „taktisches Manöver“ <<https://www.diepresse.com/5413311/fp-historikerkommission-laut-molzer-taktisches-manover>>, abgerufen am 07.10.2020

Manöver ist. Und er ist noch viel mehr als das: Der Bericht entspricht zu großen Teilen nicht den wissenschaftlichen Standards und ist voller historisch sowie politisch fragwürdiger Inhalte und Rechtfertigungen; die Autor_innen sind in ihrer Gesamtheit als Kommission nicht unabhängig. Der Bericht wirft – bei genauerer Reflexion – Licht auf das relativierende und teilweise revisionistische Geschichtsverständnis der FPÖ. Es ist im höchsten Ausmaße davon abzuraten, den „Historikerbericht“ als eine Referenz für wissenschaftliche Arbeiten jedweder Art heranzuziehen. Wenn es der „Historikerkommission“ jedoch darum ging, ein politisches Manifest für Sympathisant_innen herauszugeben, dann hat sie ihr Ziel erfüllt.

In der vorliegenden Arbeit ging es darum, die genannten argumentativen Strategien im *Bericht der Historikerkommission* zu finden, zu entschlüsseln und einer Analyse zu unterziehen. Dies wurde erreicht, indem zwölf verschiedene Topoi definiert wurden, die typisch für die rechtspopulistische Argumentation sind. Neben allen verschiedenen Argumentationsmustern kam die Verschleierung von wissenschaftlichen, historischen oder einfach dokumentierten Erkenntnissen am häufigsten zur Anwendung. Obwohl diese Vorgangsweise, mit der eigenen Vergangenheit und breiter Kritik umzugehen, für sich stehend schon bedenklich ist, wähnt sich der Bericht in seiner Gesamtheit in einer Verteidigungsposition. Selbst ausgesuchte Themenschwerpunkte veranlassen die Autor_innen an vielen Stellen dazu, die Schuld für Entwicklungen, Begebenheiten oder sonstige Vorwürfe anderen Personen, Parteien oder Institutionen zuzuschieben oder sie zumindest von sich abzuweisen. Man stellt sich in der Opferrolle dar oder vertauscht Täter_innen und Opfer. Es wird vor Bedrohungen und „fremden“ Kulturen gewarnt, vereinzelt grenzen die Formulierungen an Volksverhetzung nach § 283 StGB.³²⁵ Manche Passagen sind wenig glaubhaft bis widersprüchlich – etwa jene, in der Strache von Mölzer zitiert wird und dieser fordert, dass es für Intoleranz keine Toleranz geben dürfe.³²⁶ Dass die FPÖ versucht, das Popper'sche Toleranzparadoxon für sich zu vereinnahmen, während die Partei Proponent_innen in ihren Reihen hat, die mit Rassismus, Antisemitismus, Xenophobie, Sexismus, Nationalismus, Rechtsextremismus und Anti-Intellektualismus kokettieren, wirkt unglaublich.

³²⁵ vgl. dazu: Rechtsinformation des Bundes: Strafgesetzbuch § 283:

<<https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10002296&Artikel=&Paragraf=283&Anlage=&Uebergangsrecht=>>, abgerufen am 09.04.2021

³²⁶ Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.): Bericht der Historikerkommission, 521

Aus resümierender Perspektive ließen sich nach der Analyse des *Berichts der Historikerkommission* sowie des historischen Kontexts der FPÖ die nachfolgenden Erkenntnisse gewinnen:

- Die „Historikerkommission“ war in ihrer Zusammensetzung weder neutral noch ein Abbild einer gesellschaftlichen Durchmischung.
- Der Bericht in seiner Gesamtheit kann nicht als wissenschaftliche Publikation bezeichnet werden.
- Der Bericht relativiert nationalsozialistische Verbindungen zur FPÖ und konstruiert eine geschichtsrevisionistische Eigenperspektive.
- Hinter dem Projekt stand parteitaktisches Kalkül, ein Wille zur ernsthaften Beschäftigung mit der Vergangenheit konnte nicht festgestellt werden.
- Je näher die Autor_innen der FPÖ stehen, desto häufiger werden die für den Rechtspopulismus klassischen argumentativen Strategien angewandt.

Die in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse verdeutlichen, dass die FPÖ ihr proklamiertes Vorhaben, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten, nicht ausreichend nachgekommen ist. Sie spricht sich mehrmals gegen den Nationalsozialismus aus, zeigt sich auf den ersten Blick einsichtig und bereit, sogenannte „braune Flecken“ hinter sich zu lassen. Nach entsprechender Vorbereitung und eineinhalb Jahren Arbeit war das auch zu erwarten.

Aber:

Je unvorbereiteter und spontaner freiheitliche Überlegungen zur nationalsozialistischen Vergangenheit jedoch ans Tageslicht gelangen, desto eher kommen kontroverse und problematische Äußerungen zum Vorschein. Auf jeden Fall ist eine deutliche Kontinuität freiheitlicher Argumentation in Bezug auf Verbindungen zum Nationalsozialismus erkennbar. So zeigt etwa Luther, dass die ahistorische und unkritische Selbstdarstellung der FPÖ-Geschichte seit dem Gedenkjahr 1988 einen leichten Wandel vollzogen hat, was auch im Kontext der *Waldheim-Affäre* zu erklären ist. Auf der einen Seite werden die nationalsozialistische Vergangenheit Österreichs und Antisemitismus verurteilt, auf der anderen Seite werden historische Gegebenheiten nicht wirklich ernst genommen. Den schriftlichen Aussagen der FPÖ-Funktionär_innen stehen mündliche Aus-

sagen gegenüber, die oft eine viel unkritischere und teilweise rechtsextreme Färbung aufweisen.³²⁷ Diese sogenannten „Ausrutscher“ oder auch „Einzelfälle“ sind vielfältig und wurden ebenfalls in dieser Arbeit behandelt, wenn auch nur in Reaktion auf den entsprechenden Beitrag von Christian Hafenecker.³²⁸ Abschließend lässt sich sagen, dass eine Beschäftigung der FPÖ mit ihrer Vergangenheit nicht nur längst überfällig war, sondern nach wie vor ist.

³²⁷ Luther: Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung. Nazivergangenheit, Antisemitismus und Holocaust im Schrifttum der Freiheitlichen Partei Österreichs, 138-167

³²⁸ Eine Aufarbeitung aller sogenannten „Einzelfälle“ des VdU sowie der FPÖ und ihr Umfeld seit 1945 würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

Monographien:

- Bailer-Galanda Brigitte/Neugebauer Wolfgang, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Berlin 1997
- Bonvalot Michael, Die FPÖ – Partei der Reichen, Wien 2017
- Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 2003
- Gehmacher Johanna, Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, Wien 1994
- Gehmacher Johanna, Völkische Frauenbewegung. Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich, Wien 1998
- Grigat Stephan (Hg.), Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert, Freiburg 2012
- Höbelt Lothar, Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz 1999
- Landwehr Achim, Historische Diskursanalyse, Frankfurt am Main, 2018
- Ötsch Walter/Horaczek Nina, Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung, Frankfurt am Main 2017
- Reinfeldt Sebastian, Nicht – wir und Die – da. Studien zum rechten Populismus, Wien 2000
- Reinmann Viktor, Die Dritte Kraft in Österreich, Wien 1980
- Stäuber Roland, Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945, St. Gallen 1974
- Steininger Gerhard, Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall? Wien 2007
- Vocelka Karl, Österreichische Geschichte, München 2010
- Weinzierl Erika/Skalknik Kurt, Österreich 1918-1938: Geschichte Der Ersten Republik, Graz/Wien 1983

Sammelbände:

Benedikt Heinrich (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954

Darin:

Wandruszka Adam, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, 289-485

Bergmann Werner/Erb Rainer/Lichtblau Albert (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin (Bd. 3), Frankfurt/New York 1995

Darin:

Bergmann Werner/Erb Rainer/Lichtblau Albert, Einleitung. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Vergleich: Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland, 11-17.

Blänsdorf Agnes, Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte: Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, 18-48

Luther Kurt Richard, Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung: Nazivergangenheit, Antisemitismus und Holocaust im Schrifttum der Freiheitlichen Partei Österreichs 138-167

Gehler Michael, Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis in die jüngste Zeit, 236-266

Forum Politische Bildung (Hg.), Gedächtnis und Gegenwart. Historikerkommissionen, Politik und Gesellschaft (Informationen zur Politischen Bildung, Band 20), Innsbruck/Wien/München/Bozen, 2003/2004

Darin:

Jablonek Clemens, Die Historikerkommission der Republik Österreich, 15-21

Gehler Michael/Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Studienverlag, Innsbruck 2007

Darin:

Kasemir Gerard, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Boro-dajkewycz-Affäre 1965, 486-501

Trettler Heidi, Der umstrittene Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder, 592-613

Gehler Michael, „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“. Die Waldheim-Affäre 1986-1992, 614-665

Bailer Brigitte, „Ideologische Mißgeburt“ und „ordentliche Beschäftigungspolitik“. Rechtspopulistische Skandale, 666-678

Hauch Gabriella/Hellmuth Thomas/Pasteur Paul (Hg.), Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich, Innsbruck 2002

Darin:

Hauch Gabriella, »Neue Wege in viele Richtungen« Geschlecht und Politik in der Freiheitlichen Partei Österreichs von 1986 bis 2000, 63-92

Ötsch Walter, Demagogische Vorstellungswelten. Das Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs, 93-104

Zogholy Andre, Antonio Gramsci und die kulturpolitischen Strategien der Freiheitlichen Partei Österreichs, 123-142

Institut für Zeitgeschichte (Hg.), Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017

Darin:

Reiter Margit, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, 143-159

Pelinka Anton/Haller Birgitt (Hg.), Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie, Wien 2012

Darin:

Pelinka Anton, Populismus – zur Karriere eines Begriffes, 9-20

Reisigl Martin, Zur kommunikativen Dimension des Rechtspopulismus, 141-162

Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994

Darin:

Bailer-Galanda Brigitte/Neugebauer Wolfgang, Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften, informelle/illegale Gruppen, 103-253

Bailer-Galanda Brigitte/Neugebauer Wolfgang, Die FPÖ: Von Liberalismus zum Rechtsextremismus, 357-494

Tálos Emmerich/Dachs Herbert/Hanisch Ernst/Staudinger Thomas (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995

Darin:

Dostal Thomas, Die Großdeutsche Volkspartei, 195-206

Burkert Günther R., Der Landbund für Österreich, 207-217

Jagschitz Gerhard, Die Nationalsozialistische Partei, 231-244

Lehnert Detlef, Politisch-kulturelle Integrationsmilieus und Orientierungslager in einer polarisierten Massengesellschaft, 431-443

Vorträge:

Foucault Michel: Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte; Vorlesung vom 21. und 28. 1. 1976 am Collège de France in Paris, Berlin 1986

Langewiesche Dieter: Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: zwischen Partizipation und Aggression; Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 24. Januar 1994

7. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1: Rebhandl im Oktober 2010 neben der Fahne mit der Aufschrift „Rassenreinheit.....	118
Abb. 2: Die im Oktober gezeigte Fahne mit der Aufschrift „Rassenreinheit“ im Detail“	118
Tab. 1: Wichtige Topoi im rechtspopulistischen Diskurs in Anlehnung an Wodak.....	12
Tab. 2: Weitere Topoi des rechtspopulistischen Diskurs	14
Tab. 3: Analyse der von Hafenecker behandelten „Einzelfälle“	111
Tab. 4: Topoi im Bericht der Historikerkommission	136
Tab. 5: Häufigkeit der Topoi nach Affinität	136

Selbstständigkeitserklärung

Hiermit gebe ich die Versicherung ab, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Publikationen entnommen sind, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form weder im In- noch im Ausland (einer Beurteilerin/ einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt.

Wien, 13. April 2021